

Nützliche Nachrichten 1-2 / 2019

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

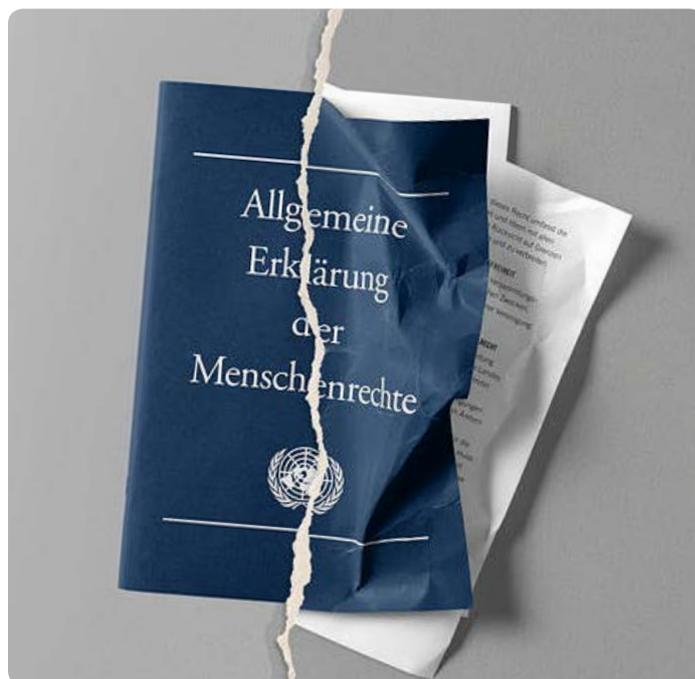
Postfach 90 31 70 · 51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · dialogkreis@t-online.de

Spendenkonto Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

Redaktion Andreas Buro †, Mani Stenner †, Luise Schatz, Barbara Dietrich, Gisela Penteker und Memo Şahin,

Redaktionsschluss: 27. Januar 2019

dialogkreis@t-online.de



Leyla Güven,
gewählte Abgeordnete der HDP
und bis 25. Januar in türkischer Haft,
befindet sich seit 8. November 2018
im Hungerstreik



Inhalt

Die Deutsche Türkeipolitik gehört auf den Müllhaufen der Geschichte	3
Leyla Güven wurde aus der Haft entlassen	5
Nobelpreisträger rufen für ein Ende der Isolation Öcalans auf	6
Zum Gesundheitszustand der Hungerstreikenden in Straßburg	7
Eine neue Offensive der Türkei in Syrien verhindern	7
Appell der kurdischen Politikerinnen und Politiker im deutschen Exil für Leyla Güven	8
Türkische Armee tötet in Sheladize/Irakisch-Kurdistan Zivilisten	11
Die Schikanen gegen Eren Keskin müssen beendet werden	12
Erdoğan ignoriert das EGMR-Urteil im Fall Demirtaş	12
Lob und Tadel für EU-Flüchtlingspakt	14
„Im Osten nichts Neues“ – Festnahme von Akademikern und Kulturschaffenden	15
Hozan Cane verurteilt Adil Demirci bleibt weiter in Haft!	16
Festnahme nach Facebook-Posting?	17
Illegaler Datenhandel – 21 Millionen Passwörter im Angebot	18
Eine Regierungspartei eines Bündnispartners Namens Türkei klaut Daten	19
Innenministerium sammelt Informationen von Vereinsmitgliedern	19
Inflation auf 25 Prozent geklettert	20
Die Geisterwähler spuken	20
„Maas billigt Erdogans Unterdrückung“	21
EU-Erweiterungskommissar fordert Einstellung der Verhandlungen	22
Kann die Türkei noch ein Bündnispartner sein?	22
Türkischer Geheimdienst weitet Spionage in Deutschland aus	23
Zur Problematik deutsch-türkischer Geheimdienst-, Polizei- und Justiz-Zusammenarbeit	24
PKK zu Unrecht auf EU-Terrorliste	26
Bundesregierung verschärft die Verfolgung	27
Trumps Entscheidung hat IS neues Leben eingehaucht	28
Wegen Afrin-Protesten in München: Kurde zu Geldstrafe verurteilt	29
Beschluss des Berliner Landgerichts wegen YPG-Fahnen und Apo-Rufen	29
Anselm Schindler: „Ich nehme das Urteil nicht hin“	30
15.000 € für ein Transparent gegen Rheinmetall	31
Kirchen kritisieren Rüstungsexporte	31
Bundestags-Gutachten: Türkei ist Besatzungsmacht in Syrien	32
Afrin ein Jahr unter türkischer Besatzung	33
Afrin wird in eine türkische Provinz umgewandelt	36
920 Kriegsverbrechen dokumentiert	38
Bericht aus Kobanê	39
Photovoltaikanlage in Kobanê installiert und übergeben!	41
„Hau ab, es ist genug! Wir werden die Türkei schon irgendwie unterstützen!“	41
Verfolgung iranischer Exil-oppositionelle in Deutschland	43
Iran: Druck auf Opposition sowie ethnische und religiöse Minderheiten wird stärker	43
Entwicklungspartnerschaft mit kurdischer Autonomieregion im Nordirak eingehen	43
Auszeichnung für mutige Kurdin	44
„Kann die Türkei noch ein Bündnispartner sein?“	46
Kölner*innen fordern Freilassung von Hozan Canê und Adil Demirci	47
IPPNW-Delegationsreise	48
taz gazete: „Nicht loslassen“	48
Eine Blume für Zehra	48

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde,

in der letzten Ausgabe der Nützlichen Nachrichten haben wir kurz auf unsere finanzielle Lage hingewiesen und Sie gebeten, uns nach Kräften zu unterstützen.

Auf unseren Appell haben nur vier Personen reagiert und insgesamt 660,00 € gespendet. Zwei von ihnen gehören der Redaktion der Nützlichen Nachrichten an und ihre Spende beträgt 550,00 €. Wir bedanken uns sehr für die geleistete Unterstützung.

Um die Fortführung der Herausgabe der Nützlichen Nachrichten finanziell zu sichern, brauchen wir keine großen Summen, lediglich etwa 150,00 € im Monat, die für Büromiete, Telefon- und Internetkosten vorgesehen sind.

Unseren Appell wiederholen wir:

Wenn Sie auf die weitere Erscheinung der Nützlichen Nachrichten Wert legen, helfen Sie uns mit kleinen Beträgen, damit diese Stimme nicht verstummt!

Unsere Bitte und unser Appell an Sie!

Wenn Sie auf weitere Erscheinung der Nützlichen Nachrichten Wert legen, helfen Sie uns mit kleinen Beträgen, damit diese Stimme nicht verstummt!

Hier sind unsere Bankdaten:

Dialog-Kreis

Stadtparkasse Köln

IBAN: DE55 3705 0198 0009 1525 39

BIC COLSDE33XXX

Vielen herzlichen Dank!

Ihre Redaktion

Die Deutsche Türkeipolitik gehört auf den Müllhaufen der Geschichte

Memo Şahin

In den letzten Jahren wurde in der Türkei ein maßgeschneiderter Ein-Mann-Apparat installiert. Manchmal muss man einiges vergleichen, damit man besser versteht. Ich übertreibe und sage es provokativ: Das neue System Erdogans hat in vielen Bereichen enorme Ähnlichkeit mit den orientalischen Herrschaftssystemen und Diktaturen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter und vergleiche Erdogans „Neue Türkei“ mit dem Staatsapparat von Saddam im Irak. Auch Saddam hatte ein Parlament, eine Verfassung und Gesetze. Auch er hat Wahlen durchgeführt. Auch Saddam hat sich Zeitweise mit anderen Gruppen und Parteien arrangiert und koalitiert.

Man durfte aber Saddam nicht kritisieren, man durfte im Irak nicht demonstrieren, seine Meinung nicht frei äußern. Und unter seinem Diktat mussten Gerichte entscheiden.

Viele Gemeinsamkeiten sehen wir mit der „Neuen Türkei“ von Erdogan.

Während im Iran der Staatspräsident vor das Parlament zitiert wird, müssen in der „Neuen Türkei“ weder Erdogan noch seine Minister im Parlament Rechenschaft ablegen. Die Exekutive, Legislative und die Judikative befinden sich fest in Erdogans Händen. Gesetze, die Verfassung und das Parlament spielen keine Rolle mehr. Alle diese Staatsorgane agieren unter dem Diktat Erdogans und das Land wird hauptsächlich per Dekret regiert.

Der Unterschied zwischen beiden Apparate besteht darin, dass Saddam auf nackte Gewalt setzte, Erdogan aber die Soft-Gewalt bevorzugt, um die vom Außen betrachtete Fassade nicht zu beschädigen.

Nach dieser kurzen Einführung komme ich zu einem anderen Vergleich.

Ich möchte ganz kurz und in einigen Bereichen die 1990er Jahre mit Erdogans „Neuer Türkei“ vergleichen. In vieler Hinsicht ist die heutige Lage schlimmer als die der 1990er Jahre. Damals waren fast nur Kurden und Kurdinnen auf der Zielscheibe. Heute gilt fast jeder, der Erdogan und seine Machenschaften kritisiert, als potenzieller Terrorist.

Der Romancier und Journalist Ahmet Altan wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil der Erdogan kritisiert hat. Ein Industrieller wie Osman Kavala, der die demokratischen und sozialen Gruppen und den Gezi-Widerstand unterstützte, wird wie ein Terrorist behandelt. Ein kurdischer Politiker und Vorsitzender der HDP, Selahattin Demirtas, sitzt mit weiteren über 10.000 seine Kampfgenossen im Gefängnis,

weil er es gewagt hat, als Präsidentschaftskandidat gegen Erdogan anzutreten.

In den 1990er Jahren wurden kurdische Dörfer zerstört und ihre Anwohner vertrieben. In der „Neuen Türkei“ Erdogans waren dann die kurdischen Städte dran. In den Jahren 2015 und 2016 wurden über 10 kurdische Städte mit Panzern beschossen und niederwalzt und etwa eine Million Kurden erneut vertrieben, weil diese Städte Hochburgen der kurdischen Bewegung waren, die mit bis zu 80-90 Prozent die HDP gewählt haben.

In den 90er Jahren wurden grenzüberschreitende Operationen im Irak durchgeführt. In der „Neuen Türkei“ Erdogans wurde die kurdische Enklave Afrin in Syrien mit islamistischen Mörderbanden besetzt und die Kurden vertrieben.

Damals, in den 1990er Jahren hatte man in der Türkei die formelle Gewaltenteilung. Das Parlament konnte die Regierenden kontrollieren. Gerichte konnten nach Gesetzen handeln und entscheiden. Selbst in den blutigen Kriegsjahren der 1990er Jahre wurden parlamentarische Untersuchungskommissionen eingeschaltet, um z.B. die Zerstörungen kurdischer Dörfer zu untersuchen. Die illegalen Hinrichtungen kurdischer Politiker, Intellektuellen, Journalisten und Menschenrechtler sowie das Bündnis „Politik-Sicherheitsapparat-Mafiabanden“ war 1997 das Hauptthema und beschäftigte einen Parlamentsausschuss Namens „Susurluk“.

Die Herrschenden der 90er Jahre konnten die Presse nicht gleichschalten, Erdogan aber hat es geschafft. Damals konnte man, wenn es auch schwierig war, vom Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen und demonstrieren. Heute dürfen nicht einmal die Samstagmütter, Mütter der vom Staat verschleppten und getöteten Menschen, auf die Straße gehen.

Damals hat man kurdische Parteien verboten. Heute verbietet man sie nicht, nimmt aber massenhaft die Kader, gewählte Parlamentarier und Bürgermeister der HDP in Haft und versucht die legalen kurdischen Einrichtungen und Parteien zu lähmen.

Man könnte die begonnene Liste fortsetzen und noch eine ganze Liste der Willkür aufzählen. Dazu aber haben wir keinen Platz.

Die Deutsch-Türkische Beziehungen

Sie sind ist ein weites Feld, deshalb nur einige kurze Stichwörter und Anmerkungen.

Die deutsch-türkische Zusammenarbeit hat eine lange Geschichte. Dabei darf die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft nicht unerwähnt bleiben, auch die Rolle und Mitäterschaft Deutschlands beim Völkermord an Armeniern.

Allemaal spielen zwischen den Staaten die politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen eine große Rolle. Dazu kamen dann 2015 der von Erdogan in Richtung

Deutschland und Europa in Gang gesetzte Flüchtlingsstrom und Flüchtlingsdeals beider Parteien. (laut EU-Kommission fehlen Belege in Höhe für mindestens 1,1 Milliarden Euro der von der EU an die Türkei gezahlten 6 Milliarden.)

Über 6.000 deutschen Firmen arbeiten in der Türkei und Deutschland verkauft jährlich Waren in Wert von über 22 Milliarden Euro an die Türkei. Beide Staaten sind außerdem Mitglied in der NATO und die Türkei ist EU-Beitrittskandidatin. Darüber hinaus ist die Türkei ein großes Land und liegt an einer Schnittstelle zwischen Osten und Westen, Norden und Süden.

Mehrere Millionen Menschen aus der Türkei leben in Deutschland und über 1,5 Millionen von ihnen haben hier Wahlrecht, d.h. sie sind deutscher Staatsbürger, die bei den Wahlen in Deutschland berücksichtigt werden.

Außerdem hat die Türkei als Staat neben Dutzenden Konsulate viele Einrichtungen wie die DITIB mit 1.000 Moscheen mitten in Deutschland. Die Imame dieser Moscheen werden in Ankara ausgewählt und fühlen sich nicht Deutschland verbunden, sondern der Türkei.

In diesen Moscheen wird keine Integrationsarbeit betrieben, sondern Solidaritätsarbeit für Erdogans „Neue Türkei“. In diesen Moscheen werden Menschen systematisch bespitzelt. Obwohl dies alles bekannt ist, werden diese Moscheen weiterhin mit Steuergeldern unterstützt.

Alle diese Faktoren spielen eine Rolle. Bezüglich der Türkei wurden in den letzten Jahren die Werte und Normen Deutschlands und der EU immer wieder verwässert.

Je höher der Druck aus der Türkei in Richtung Deutschland zunahm, je mehr Erdogan die Bundesregierung angriff und beschimpfte, desto schwieriger wurde die Situation für hier lebende kurdische und türkische Demokraten. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich nur einige der Öffentlichkeit bekannte Fälle noch einmal kurz erwähnen:

Deutsche Waffenlieferungen mussten in den 90er Jahren durch öffentlichen Druck, wenn auch nur vorübergehend, eingestellt werden. Ein Kriegsminister namens Dr. Gerhard Stoltenberg musste Ende März 1992 sein Hut nehmen und die politische Bühne verlassen, weil deutsche Waffen und Panzer von der Türkei gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden. (31. März 1992)

Im Fall von Afrin erklärte die Bundesregierung, dass keine Waffen mehr in die Türkei geliefert würden. Entgegen dieser Erklärung lieferte sie noch während der türkischen Invasion in Afrin Waffen an die Türkei und ist mitschuldig an der Besatzung Afrins und Vertreibung hunderttausender Zivilisten. Der Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages bezeichnet die Türkei als eine Besatzungsmacht in Syrien.

Die Bundesregierung unterstützt die von der Muslimbruderschaft dominierte syrische Nationalkoalition und lässt Millionen Euro in die Kassen der Islamisten fließen (jw, 7.4.18). Außerdem unternimmt sie alles, damit die kurdischen Vertreter an den UN-Verhandlungen über Syrien in

Genf nicht teilnehmen (Andreas Zumach). Die Hermesbürgschaften für die Türkei seien eingestellt, erklärte die Bundesregierung. Später kam aber heraus, dass sie uns belogen hat.

Auch die hier lebenden kurdischen und türkischen Demokraten haben Rechte

Die Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Kunst- und die Reisefreiheit sind feste Bestandteile der Grundrechte und werden vom Grundgesetz geschützt.

Wenn wir auch anders aussehen, leben doch seit Jahrzehnten in Deutschland. Viele von uns haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Und die verbrieften Grundrechte gelten auch für uns. Dennoch hindert der lange Arm Erdogans uns von diesen Grundrechten Gebrauch zu machen. Bezüglich der Verletzung der Grundrechte der hier lebenden kurdischen und türkischen Demokraten ist die Bundesregierung fast untätig.

Um dies zu verdeutlichen, folgen nun einige Beispiele:

Nicht nur in der Türkei, auch hier in Deutschland und in Europa sind die kurdischen und türkischen Demokraten nicht sicher. Gegen etwa 60.000 Menschen wurden Haftbefehle an Interpol übermittelt. Tausende kurdischer und türkischer Demokraten können sich wegen dieser scheinheiligen Haftbefehle nicht einmal in Europa frei bewegen. Erdogans „Neue Türkei“ verhält sich wie einen Piratenstaat und hat durch die Zusammenarbeit der Geheimdienste aus 20 Staaten um die Hundert Menschen in die Türkei verschleppt. (Heute-Journal, 5.4.18)

Wenn die Bundesregierung und Bundesbehörden die Kölner*innen Dogan Akhanli, Kemal K., Adil Demirci, Hozan Canê und Weitere gewarnt hätten, wären sie nicht in Gefängnisse gelandet.

Adil Yigit lebt seit Jahrzehnten in Deutschland. Weil er beim Erdogan Besuch in Berlin mit einem T-Shirt „Freiheit für Journalisten“ auf der Pressekonferenz Platz nahm, wollte die Ausländerbehörde ihn in Januar 2019 in die Türkei abschieben und in die Hände Erdogans ausliefern.

Ali Zülfikar lebt in Köln und ist Maler. Er hatte in Linz eine Ausstellung. Nach Druck des türkischen Konsulats musste er eines seiner Gemälde zensieren. Eine Statue von Erdogan während der Biennale in Wiesbaden musste auf Druck des türkischen Konsulats entfernt werden. Der Krimiautor Matthias Gibert muss unter Polizeischutz leben, weil er in seinem Buch die Willkür Erdogans thematisiert hat.

Auch die Versammlungsfreiheit der hier lebenden kurdischen und türkischen Demokraten ist gefährdet. Nicht nur Kundgebungen und Demonstrationen werden mit lächerlichen Gründen verboten und nicht genehmigt, selbst Saalveranstaltungen werden nicht geduldet. In Köln zum Beispiel werden selbst bei den genehmigten Kundgebungen keine Essen- und Infostände mehr erlaubt. Ermittlungsverfahren gegen kurdische Aktivisten nehmen jährlich zu

und Kurd*innen werden drangsaliert. Während bei der Kirme auf der Deutzer Werft in Köln an allerlei Ständen ganz selbstverständlich auch Alkohol angeboten wird, dürfen Kurden nicht mal Wasser oder Tee anbieten. Nicht einmal einen Büchertisch erlauben die Kölner Herrschaften.

Während Deutschland wegen des Giftattentats in England im Fall Skripal russische Diplomaten ausgewiesen hat, operieren über 6.000 Agenten des türkischen Geheimdienstes MIT weiterhin ungestört in Deutschland. Die regierende AKP klagt Daten der hier lebenden Menschen und hier tätigen NGOs; türkische Geheimdienstler brechen in die Büros der kritischen Organisationen ein und stehlen Computer und verwüsten Räumlichkeiten.

Im September 2018 wurde Erdogan in Berlin hofiert und Merkel fuhr in die Türkei, um die türkischen Bestrebungen in Syrien zu unterstützen. Dieser Besuch kommt einer Anerkennung der türkischen Besetzung in Afrin und in Nordsyrien gleich.

Die Türkeipolitik Deutschlands wird immer noch von der Türkeipolitik Schröders beeinflusst. Dank seine direkten Kontakte zu Erdogan agierte Schröder in den letzten Jahren als Botschafter zwischen beiden Staaten und wirkte so erfolgreich bei der Befreiung einiger Geiseln mit.

Wenn die SPD sich an ihre ursprünglichen Ideale und Werte verbunden gefühlt hätte, hätten wir bezüglich Erdogans „neue Türkei“ eine andere Türkeipolitik in Deutschland. Diese wenigen Beispiele stellen der Bundesregierung ein Armutszeugnis für ihre Türkeipolitik aus. Als Note bekommt sie eine 5. Um das Blatt zu wenden, müssen die Genossinnen und Genossen der SPD den ersten Schritt tun! Wie Harzt IV gehört auch die Schrödersche Türkeipolitik auf den Müllhaufen der Geschichte!

Eine Umkehr von dieser verfehlten Politik ist möglich

Eine Umkehr von dieser verfehlten Politik könnte schon heute beginnen, indem sich die Bundesregierung bei der EU und bei den Vereinten Nationen gegen die neuen Kriegs- und Invasionspläne der Türkei bezüglich Nordsyrien positioniert und den Rückzug der türkischen Truppen aus Afrin und Nordsyrien gemäß dem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages öffentlich fordert.

Bundeskriminalamt und Bundesjustizministerium könnten, von der Türkei auf die Interpolliste gesetzte, hier lebende kurdische und türkische Demokraten informieren und in der EU ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Willkür vereinbaren.

Die Bundesregierung könnte die Freilassung der politischen Gefangenen, allen voran der gewählten Abgeordneten und Bürgermeister fordern, den Export der Rüstungsgüter einstellen und die Hermesbürgschaften aussetzen.

Auch wenn wir nicht Bio aussehen, sind wir doch Menschen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Zweiklassenbürgerschaft muss endlich aufhören, weil sie verletzt und das Zugehörigkeitsgefühl der betroffenen Menschen mit ihren Familien, Verwandten und Freunden abmildert.

Leyla Güven wurde aus der Haft entlassen

Am 79. Tag ihres Hungerstreiks hat das Gericht in Amed die Haftentlassung der HDP-Abgeordneten Leyla Güven angeordnet.



Im Prozess gegen Leyla Güven vor dem 9. Strafgericht in Diyarbakir (Amed) ist am fünften Verhandlungstag die Haftentlassung der seit 79 Tagen hungerstreikenden Politikerin angeordnet worden. Die HDP-Abgeordnete ist seit einem Jahr im Gefängnis und am 8. November in einen Hungerstreik gegen die Isolation Abdullah Öcalans getreten. Ihr wird unter anderem die Gründung und Leitung einer bewaffneten Organisation vorgeworfen.

An der Verhandlung nahmen weder Leyla Güven noch ihre Anwälte teil. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Fortsetzung der Untersuchungshaft gefordert, das Gericht beschloss jedoch die Haftentlassung mit der Auflage, dass die Politikerin das Land nicht verlassen darf.



Der Prozess gegen Leyla Güven wird fortgesetzt. Sie erklärte, dass sie den Hungerstreik bis zum Durchbrechen der Isolationshaft Öcalans fortführen werde.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/leyla-gueven-wird-aus-der-haft-entlassen-9145>, 25.01.2019

Nobelpreisträger rufen für ein Ende der Isolation Öcalans auf

Insgesamt 50 Nobelpreisträger haben in einem gemeinsamen Offenen Brief das Ende der Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan und allen politischen Gefangenen gefordert.

Der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel hat einen Brief, in dem er mit 49 weiteren Nobelpreisträger*innen die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan und allen anderen politischen Gefangenen in der Türkei fordert, an verschiedene europäische Institutionen gerichtet. Der argentinische Nobelpreisträger, der 1980 für seinen gewaltfreien Einsatz für die Menschenrechte ausgezeichnet wurde, drückt in dem Brief die Sorge der Unterzeichner*innen über den Gesundheitszustand von Leyla Güven aus und appelliert an die OSZE, das CPT, den Europarat und an die Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, jeden nur möglichen Schritt einzuleiten, damit die grundlegenden Menschenrechte und die Würde der politischen Gefangenen in der Türkei gewahrt werden können.

In dem **gemeinsamen Appell** der Nobelpreisträger*innen wird ein sofortiges Ende der Isolationshaftbedingungen von Abdullah Öcalan und aller politischen Gefangenen in der Türkei gefordert.

Folgende Nobelpreisträger*innen haben den Brief unterzeichnet:

Adolfo Pérez Esquivel, Argentina. Nobel Peace Prize Laureate 1980 – Betty Williams, Northern Ireland. Nobel Peace Prize Laureate 1976 - Desmond Tutu, South Africa. Nobel Peace Prize Laureate 1984 - F. W. De Klerk, South Africa. Nobel Peace Prize Laureate 1993 - Jody Williams, United States. Nobel Peace Prize Laureate 1997 - José Ramos Horta, East Timor. Nobel Peace Prize Laureate 1996 - Leymah Roberta Gbowee, Liberia. Nobel Peace Prize Laureate 2011 - Mairead Corrigan Maguire, Northern Ireland. Nobel Peace Prize Laureate 1976 - Oscar Arias, Costa Rica. Nobel Peace Prize Laureate 1987 - Shirin Ebadi, Iran. Nobel Peace Prize

Laureate 2003 - Dudley R. Herschbach, United States. Nobel Laureate in Chemistry 1986 - Elias James Corey, United States, Nobel Laureate in Chemistry 1990 - Gerhard Ertl, Germany. Nobel Laureate in Chemistry 2007 - Joachim Frank, Germany / U.S. Nobel Laureate in Chemistry 2017 - John C. Polanyi, Canada. Nobel Laureate in Chemistry 1986 - Kary B. Mullis, United States. Nobel Laureate in Chemistry 1993 - Richard Henderson, Great Britain. Nobel Laureate in Chemistry 2017 - Robert H. Grubbs, United States. Nobel Laureate in Chemistry 2005 - Roger D. Kornberg, United States. Nobel Laureate in Chemistry 2006 - Thomas R. Cech, United States. Nobel Laureate in Chemistry 1989 - Walter Gilbert, United States. Nobel Laureate in Chemistry 1980 - Yuan T. Lee, Taiwan. Nobel Laureate in Chemistry 1986 - Edward C. Prescott, United States. Nobel Laureate in Economics 2004 - Eric S. Maskin, United States. Nobel Laureate in Economics 2007 - Finn E. Kydland, Norway. Nobel Laureate in Economics 2004 - Oliver Hart, Great Britain. Nobel Laureate in Economics 2016 - Alice Munro, Canada. Nobel Laureate in Literature 2013 - Elfriede Jelinek, Austria. Nobel Laureate in Literature 2004 - J. M. Coetzee, South Africa. Nobel Laureate in Literature 2003 - Mario Vargas Llosa, Peru. Nobel Laureate in Literature 2010 – Wole Soyinka, Nigeria. Nobel Laureate in Literature 1986 - Carol W. Greider, United States. Nobel Laureate in Medicine 2009 - Edmond H. Fischer, Switzerland / U.S. Nobel Laureate in Medicine 1992 - Eric R. Kandel, Austria. Nobel Laureate in Medicine 2000 - Erwin Neher, Germany. Nobel Laureate in Medicine 1991 - J. Robin Warren, Australia. Nobel Laureate in Medicine 2005 - Jack W. Szostak, Great Britain. Nobel Laureate in Medicine 2009 - Leland H. Hartwell, United States. Nobel Laureate in Medicine 2001 - Louis J. Ignarro, United States. Nobel Laureate in Medicine 1998 - Sir Richard J. Roberts, Great Britain. Nobel Laureate in Medicine 1993 - Sydney Brenner, South Africa. Nobel Laureate in Medicine 2002 - Thomas C. Südhof, Germany / U.S. Nobel Laureate in Medicine 2013 - Tim Hunt, Great Britain. Nobel Laureate in Medicine 2001 - Torsten N. Wiesel, Sweden. Nobel Laureate in Medicine 1981 - Anthony J. Leggett, Great Britain. Nobel Laureate in Physics 2003 - Gérard Morou, France. Nobel Laureate in Physics 2018 - Kip Stephen Thorne, United States. Nobel Laureate in Physics 2017 - Sheldon Glashow, United States. Nobel Laureate in Physics 1979 - Steven Weinberg, United States. Nobel Laureate in Physics 1979 - William D. Phillips, United States. Nobel Laureate in Physics 1997.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/nobelpreistraeger-rufen-fuer-ein-ende-der-isolation-Oecalans-auf-9126>, 24.01.2019

Zum Gesundheitszustand der Hungerstreikenden in Straßburg

Nach vierzig Tagen Hungerstreik sind die betreuenden Mediziner besorgt über den Gesundheitszustand von sieben Aktivistinnen und Aktivisten in Straßburg. Der extreme Gewichtsverlust führt zu gefährlichen Symptomen.



Seit dem 17. Dezember sind 14 Personen in Straßburg im Hungerstreik gegen die Isolation des PKK-Gründers Abdullah Öcalan. Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich zunehmend, bei der Hälfte von ihnen sind besorgniserregende Symptome festgestellt worden.

Laut Dr. Fahrettin Gülşen, der die Hungerstreikenden täglich untersucht, bietet der Zustand vor allem von Yüksel Koç, aber auch von Kerem Solhan, Gülistan İke, Ekrem Yılmaz, Ayvaz Ece, Ramazan İmir, Mehmet Nimet Sevim und Mustafa Sarıkaya Anlass zur Sorge. Die Hungerstreikenden haben zwischen acht und 13 Kilogramm Gewicht verloren. Yüksel Koç, der Ko-Vorsitzender des kurdischen Dachverbands KCDK-E ist, hat 11,5 Kilogramm abgenommen und ist auch aufgrund seines Alters besonders geschwächt. Wie der betreuende Arzt mitteilt, zeigen sich bei Koç Symptome wie Tinnitus, Magenschmerzen, Übelkeit, Schwindel, Schlaflosigkeit und Blutdruckschwankungen, die in den kommenden Tagen eine gefährliche Dimension annehmen können.

Mustafa Sarıkaya leidet zudem an einer Atemwegsinfektion, die aufgrund des geschwächten Immunsystems in eine Lungenentzündung münden könnte, so Dr. Gülşen. <https://anfdeutsch.com/aktuelles/zum-gesundheitszustand-der-hungerstreikenden-in-strassburg-9144>

Eine neue Offensive der Türkei in Syrien verhindern

Die Türkei hat schon vor Wochen angekündigt, eine neue Offensive in Nordsyrien zu beginnen. Sie plant die Eroberung eines Großteils der von Kurden kontrollierten Gebiete, in denen seit 2015 eine halbautonome kurdische Selbstregierung („Rojava“) aufgebaut wurde. Der Abzug der bislang in dieser Region stationierten US-Truppen macht den Weg für eine türkische Intervention frei. Die Türkei will anscheinend warten, bis dieser Abzug vollzogen ist. Damit ist der Angriff wohl um wenige Wochen verschoben und damit Zeit für diplomatisches Handeln gewonnen.

Wir rufen die Vereinten Nationen auf, sofort eine Sondersitzung des Sicherheitsrates einzuberufen und dort geeignete Schritte zur Verhinderung dieser völkerrechtswidrigen Invasion zu beschließen. Dies könnte z.B. die Stationierung einer unbewaffneten, aus Freiwilligen gebildeten Peacekeeping-Truppe sein, die aus den Mitgliedsländern der UN rekrutiert wird und durch ihre Präsenz den türkischen Truppen den Weg versperrt.



Sämtliche NATO-Länder müssen erklären, dass eine solche Invasion ihres NATO-Partners nicht hingenommen werden würde, sondern man mit allen diplomatischen Mitteln, bis hin zu einem Ausschluss der Türkei aus der NATO und sofortiger Einstellung aller Waffenhilfe, darauf reagieren würde. Insbesondere muss deutlich gemacht werden, dass durch einen völkerrechtswidrigen Einmarsch in Syrien in keinem Fall ein Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags werden kann, auch nicht, wenn der Einmarsch Kampfhandlungen in der Türkei, also auf NATO-Gebiet, zur Folge haben sollte.

Und zum dritten sollten alle Gesprächskanäle mit Russland und dem Iran genutzt werden, damit auch diese Staaten die Türkei zur Aufgabe ihrer Interventionspläne bewegen. Die Bundesregierung fordern wir auf, sofort entsprechende Schritte auf all den genannten Ebenen zu machen.

Unterstützer*innen:

Ekkehard Lentz, Sprecher Bremer Friedensforum; Matthias Jochheim, IPPNW; Pater Wolfgang Jungheim, Sprecher des Inikreis Rhein-Lahn, Pax-Christi-Mitglied und Mitglied des Dialogkreises; Reiner Braun, Vorstand Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für den Frieden; Dirk Harmsen, Karlsruhe; Dr. Günter Rexilius, Mönchengladbach; Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes; Niels Detloff und Ulrike Laubenthal, „Sichelschmiede“ Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide; Ullrich Sander, Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten VVN/BdA; Michael Schmid, Lebenshaus Schwäbische Alb; Memo Sahin, Dialog-Kreis, „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“; Bernhard Trautvetter, Essen; Nina Nünning; Winfried Belz, Wilhelmsfeld; Adalbert Kuhn, Esslingen; Dr. Dieter Jakob, Heidelberg; Bernd-Dieter Fischer, Nürnberg; Heidrun Singer, Eppelheim; Dr. med. Mechthild Klingenburg-Vogel, Kiel; Bernhard Völk; Jan Gildemeister, Geschäftsführer Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF); Cay Gabbe, Hennef/Sieg; Brunhild Müller-Reiß, Hannover; Dieter Stolpe, Erlangen; Beate Roggenbuck; Doris Kommerell, Schorndorf; Ulrich Kommerell, Schorndorf; Martin Singe, Mitglied im Redaktionsteam FriedensForum, Pax-Christi-Gruppe Bonn; Dr. Wolfgang Steuer für Netzwerk Friedenssteuer e.V.; Barbara Gladysch, „Mütter für den Frieden“; Agnes Bennhold; Siegfried Winter, Friedensmuseum Nürnberg; Wolfgang Nick, Friedensmuseum Nürnberg; Elke Winter, Friedensmuseum Nürnberg; Wolfgang Hauf, Friedensmuseum Nürnberg; Dr. Henry Stahl; Irmgard Hofer, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Vorsitzende; Dr. Achim Schmitz, Krefeld, Mitglied im BSV und im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung; Lucas Wirl, IALANA; Andrea Behling, Willich; Dr. Gisela Penteker, Otterndorf; Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg; Andrea Kockmann, Krefeld; Sigrid Lorie Kunkel-Lorraine, Friedrichstadt; Peter Harren, Aachen; Ingrid Vogel, Krefeld; Ernst Uhl, Bremen; Martin Hausmann, Bremen; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist (Bremen), Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin); Heike Oldenburg; Friedensbüro Hannover e.V.; Andreas Neumann, Bremen; Barbara Heller, Bremen; Andrea Keckmann, Krefeld; Reinhard Potts, Bottrop; Stefan Peter, Essen; Margret Dick, Dülmen; Leo Franken, Baesweiler; Heinz Josef Farber, Aachen; Werner Kohler, Krefeld; Jacob Reinhard, Ratingen; Thomas Kohlen, Viersen; Elisabeth Scheidt, Krefeld; M. Niehaus, Krefeld; Theo Bamberg, Krefeld; Dagmar Bamberg, Krefeld; E. Jittler, Krefeld; R. Schütz, Krefeld; Petra Podelat; Braur, Mönchengladbach; Ingo Herzer, Krefeld; Schulz, Duisburg; S. Goßen, Mönchengladbach; N. Collmann, Krefeld; Kreuzer, Krefeld; M. Kirsch, Krefeld; S. Bink,

Krefeld; D. Claus, Krefeld; Katharina Wienand, Meerbusch; R. v. d. Boris, Duisburg; Cornelius Schmidt, Krefeld; Anja Lauf, Krefeld; Bärbel Punesum, Krefeld; Isabelle Sudholt, Krefeld; David Nys, Krefeld; Jennifer Spiegel, Krefeld; Rosi van den Born, Duisburg; Brigitte Lübbers, Krefeld; Ursula Mende, Krefeld; Bella Dura, Krefeld; Thomas Holm, Krefeld; Simon Scholl, Krefeld; Kristian Stahl, Krefeld; Sabine Trebo, Krefeld; Stephan Hagemes, Krefeld; Judith Stein, Krefeld; Harry von Bargin, Krefeld; Christoph Bönders, Krefeld; Doan Heller-Steibach, Köln; Lisa Jäger, Krefeld; Ingo Krämer, Krefeld; Holger M. Geibel, Krefeld; Amir Sallachi, Krefeld; Max-David Krieg, Krefeld; Frank Schürhoff, Krefeld
https://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/international/Tuerkei-Syrien20181223_mit_UnterstuetzerInnen.pdf, 23.12.2018

Appell der kurdischen Politikerinnen und Politiker im deutschen Exil für Leyla Güven



Zahlreiche gewählte kurdische Politikerinnen und Politiker leben aufgrund ihrer Verfolgung in der Türkei in der Bundesrepublik im Exil. Angesichts des kritischen Gesundheitszustands von Leyla Güven, einer Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker, die sich im Gefängnis in Amed (Diyarbakir) seit dem 7. November im Hungerstreik für die Aufhebung der Isolation des PKK-Gründers Abdullah Öcalan befindet, richten sie einen dringenden Aufruf an die Bundesregierung, den Bundestag und die bundesdeutsche Öffentlichkeit:

„Als HDP-Politikerinnen und -Politiker, die gezwungen sind im Exil in Deutschland zu leben, möchten wir mit Ihnen unsere äußerste Besorgnis über die gegenwärtige politische Situation in der Türkei mitteilen. Die Türkei erlebt in Hinsicht auf die demokratische Opposition, Gedanken- und

Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und die zentralen Menschenrechte ihre dunkelste Phase. Die diktatorische und faschistische Politik nimmt jeden Tag schlimmere Züge an. Die Politikerinnen und Politiker in der Türkei sind starker Repression ausgesetzt. So wurden unzählige Bürgermeister, gewählte Abgeordnete, Journalisten, Akademiker und Aktivist*innen inhaftiert. Trotz der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wird Selahattin Demirtaş weiterhin in Haft gehalten. Und vor den anstehenden Kommunalwahlen am 31. März schürt die türkische Regierung erneut eine ultranationalistische Stimmung im Land, die das friedliche Zusammenleben der Völker gefährdet.

Drohende Besetzung von Nordsyrien

So droht die AKP gegenwärtig, jeden Moment eine Besatzungsoperation zu beginnen, um die demokratische Selbstverwaltung der Kurdinnen und Kurden in Syrien zu beseitigen. Die Folgen wären ähnlich fatal wie bei dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei im nordsyrischen Efrîn. Dort treiben nun islamistische Gruppierungen ihr Unwesen und begehen tagtäglich Kriegsverbrechen. Sollte es zu einem weiteren Feldzug der türkischen Armee im Norden Syriens kommen, sind ähnliche Bilder wie in Efrîn zu erwarten. Und wieder wäre davon auszugehen, dass auch deutsche Waffen zum Einsatz kommen.

In solch einer aufgeheizten politischen Atmosphäre hat die Ko-Vorsitzende der größten zivilgesellschaftlichen Institution in der kurdischen Region, des Demokratischen Gesellschaftskongresses (DTK), und Abgeordnete der HDP aus der Provinz Hakkari Leyla Güven (55) die Entscheidung für einen Hungerstreik getroffen. Die einzige Forderung des Hungerstreiks, der mittlerweile an seinen 69. Tag gelangt ist, ist die Aufhebung der Isolation gegen Abdullah Öcalan. Denn dies würde einen neuen Friedensprozess mit sich bringen. Zudem ist die Abgeordnete Leyla Güven die einzige Abgeordnete in der Geschichte der türkischen Republik, die zur Parlamentarierin gewählt und trotzdem nicht aus der Haft entlassen wurde, um ihr Amt auszuführen.

Öcalan als Schlüsselfigur für eine Lösung der kurdischen Frage

Der wichtigste Repräsentant der kurdischen Gesellschaft, Abdullah Öcalan, ist seit 1999 im Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel Imrali im Marmarameer inhaftiert. Seit dem 27. Juli 2011 verwehrt der türkische Staat seinen Anwältinnen und Anwälten einen Zugang zu ihrem Mandanten. Seit April 2015 gestattete der türkische Staat lediglich am 11. September 2016 und kürzlich am 12. Januar 2019 seinem Bruder einen kurzen Besuch bei Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel.

Öcalan bleibt weiterhin der wichtigste Partner für eine politische Lösung der kurdischen Frage und einer damit einhergehenden Demokratisierung der Türkei. Bereits im

Jahr 2012 waren knapp 10.000 politische Gefangene in der Türkei in einen Hungerstreik getreten, um ein Ende der Isolationsbedingungen Öcalans zu fordern. Damals bewirkte der kollektive Widerstand aus den Gefängnissen der Türkei, dass die Regierung zunächst die Kontaktsperre gegen Öcalan aufhob, um anschließend zwischen 2013 und 2015 Friedensgespräche mit ihm zu führen. Trotz fehlender Bereitschaft des türkischen Staates hielt Öcalan bis zum Schluss an der Möglichkeit des Friedens fest, bis schließlich Erdoğan persönlich den Friedensprozess einseitig beendete.

Seit zwei Jahrzehnten Ausnahmezustand auf Imrali

Seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 nutzt nun das Vollzugsgericht in Bursa den erklärten Ausnahmezustand, um Abdullah Öcalan als politischem Gefangenen jegliche Grundrechte zu verweigern. So sind ihm sämtliche Kommunikationsmittel wie Briefe, Faxnachrichten oder Telefonanrufe auf unbestimmte Zeit und ausnahmslos verboten. Die im Zusammenhang mit dem Putschversuch erlassenen Dekrete eröffnen dem Staat die Möglichkeit, die seit 2005 auf Imrali angewandten unrechtmäßigen Maßnahmen landesweit umzusetzen. Dazu gehören unter anderem Besuchsverbote, die Anwesenheit von Regierungsbeamten bei Gesprächen zwischen Inhaftierten und Verteidigern sowie die Beschlagnahmung rechtlicher Dokumente oder Aufzeichnungen von Gesprächen. Diese massiven rechtswidrigen Maßnahmen wurden zwischen Juni 2005 und Juli 2011 in Gesetze gegossen und legitimiert. Im Grunde herrscht auf Imrali seit zwei Jahrzehnten ein Ausnahmezustand.

Einseitiger Abbruch der Friedensgespräche

Die Isolationsmaßnahmen sind dem Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT), welches an den Europarat angebunden ist, regelmäßig vorgelegt worden. Doch bislang weigert sich das CPT, in diesem Fall aktiv zu werden und das Gefängnis Imrali mit einer Abordnung zu besuchen. Seit mittlerweile 30 Tagen befinden sich aus Protest gegen die Untätigkeit des CPT in Straßburg 15 bedeutende kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, unter ihnen auch die ehemalige HDP-Abgeordnete aus der Provinz Urfa, Dilek Öcalan, im Hungerstreik. Auch ihre Forderung ist die Durchbrechung der Isolationsbedingungen auf Imrali.

Die einstigen Friedensgespräche, die zwischen türkischer Regierung, Herrn Öcalan und weiteren kurdischen Politiker*innen bis April 2015 stattfanden, wurden durch Präsident Recep Tayyip Erdoğan im Juli 2015 beendet und durch einen bis heute andauernden blutigen Krieg ersetzt. Dialog, politische Diskussion, Pluralismus und Grundrechte sind de facto abgeschafft.

Leyla Güven in Lebensgefahr

Die Ko-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses, Abgeordnete der HDP und einstige Bürgermeisterin, Leyla Güven, wurde am 22. Januar 2018 wegen ihrer Kritik an der Invasion der türkischen Armee gegen den nordsyrischen Kanton Efrîn und wegen weiterer Erklärungen, festgenommen und inhaftiert. Bei einer Anhörung vor einem Gericht in Diyarbakir am 7. November 2018 hat sie unter anderem ausgeführt: „Heute wird die Politik der Isolation gegen Herrn Öcalan nicht nur ihm auferlegt, sondern in seiner Person der ganzen Gesellschaft. Isolation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich beginne einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Isolation von Herrn Öcalan zu protestieren. Ich werde mich ab sofort nicht mehr vor Gericht verteidigen. Ich werde weiter protestieren, bis die Justiz ihre rechtswidrigen Entscheidungen beendet hat und diese Isolationspolitik beendet ist. Wenn nötig, werde ich diesen Protest in den Tod münden lassen.“ Dieser Situation ist Leyla Güven schon gefährlich nahe gekommen. Neben Blutdruckschwankungen, Übelkeit und Kopfschmerzen klagt sie mittlerweile über Magenkrämpfe und hohe Sensibilität gegen Licht- und Lärm Einflüsse. Wegen ihres Gesundheitszustandes kann sie ihre Zelle nicht mehr verlassen.

Ihrem Hungerstreik haben sich mittlerweile viele Menschen unter dem Motto „Die Forderung von Leyla Güven ist unsere Forderung“ inner- und außerhalb der Gefängnisse weltweit angeschlossen. Aktuell befinden sich allein in den türkischen Gefängnissen mindestens 164 politische Gefangene im Hungerstreik. Zuletzt haben sich am 15. Januar auch die beiden inhaftierten ehemaligen Abgeordneten und führenden Aktivistinnen der kurdischen Frauenbewegung Selma Irmak und Sebahat Tuncel dem Hungerstreik angeschlossen.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass Leyla Güven als Ko-Vorsitzende des DTK im Falle eines tödlichen Ausgangs ihres Hungerstreiks eine Auswirkung für die Türkei mit sich bringen wird, wie die des Hungerstreiks von



Verbarrikadierung der Geschäftsstellen der HDP, diesmal in Diyarbakir am 12. Dezember.2018

Bobby Sands für Irland und Großbritannien. Das Vertrauen in die demokratische Politik wird in diesem Falle einen schweren Schlag erleiden. Artikel 90 der türkischen Verfassung legt dar, dass völkerrechtliche Verträge für die türkischen Gesetze gelten. Und Isolation ist nicht vereinbar mit dem internationalen Recht.

Appell an den Bundestag und die Bundesregierung

In diesem Sinne rufen wir als exilierte Vertreterinnen und Vertreter der HDP alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD, dazu auf,

- » sich mit dem dringlichen Thema des Hungerstreiks in den türkischen Gefängnissen und der Forderung der Hungerstreikenden zu befassen;
- » vor dem Hintergrund der kritischen Gesundheitslage der inhaftierten HDP-Abgeordneten Leyla Güven aktiv zu werden und mit öffentlichen Statements Druck auf die türkische Regierung auszuüben;
- » Solidarität mit den Hungerstreikenden zu zeigen, Menschenrechtsdelegationen in die Türkei zu entsenden und Besuchsanträge für die hungerstreikenden Gefangenen zu stellen.

Weiterhin rufen wir die Bundesregierung und das deutsche Außenministerium dazu auf, als wichtiger Bündnispartner der Türkei ihren politischen Einfluss geltend zu machen, um der Eskalationspolitik der türkischen Regierung Einhalt zu gebieten. Dazu gehören auch ein Ende der Isolationshaftbedingungen Abdullah Öcalans sowie die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit ihm.

Schweigen ist tödlich

Zum Schluss möchten wir an die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Medien den Appell richten, sich dem dringlichen Thema der Hungerstreiks und einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage stärker anzunehmen. Denn Schweigen und Desinteresse können in diesem Fall tödlich sein.“

Unterzeichnet wurde dieser Appell von folgenden Exilpolitiker*innen der HDP, die im deutschen Exil leben:

Herr Ahmet Yildirim, Abgeordneter von 2015 – 2018; Frau Besime Konca, Abgeordnete von 2015 – 2018; Herr Burhan Kocaman, Ko-Bürgermeister von Karakocan von 2014-2017, abgesetzt durch die AKP; Herr Faysal Saryıldız, Abgeordneter von 2011 – 2018; Frau Dilek Öcalan, Abgeordnete von 2015 – 2018; Herr Hatip Dicle, Abgeordneter und ehemaliger DTK-Vorsitzender; Herr Hasip Kaplan, Abgeordneter von 2007 – 2015; Herr Hassan Basri Firat, Ko-Bürgermeister von Hınıs 2014-2017, abgesetzt durch die AKP; Herr Hüseyin Günes, Ko-Bürgermeister von Varto von 2014-2016, abgesetzt durch die AKP; Frau Leyla Birlik, Abgeordnete von 2015 – 2018; Frau Leyla Imret, Ko-Bürgermeisterin von Cizre von 2014-2016, abgesetzt durch die AKP; Herr Lezgin Botan, Abgeordneter

von 2011 – 2018; Frau Nursel Aydoğın, Abgeordnete von 2011 – 2018; Herr Orhan Şansal, Ko-Bürgermeister von Suruç von 2014-2016, abgesetzt durch die AKP; Frau Sibel Yiğitalp, Abgeordnete von 2015 – 2018; Frau Tuba Hezer, Abgeordnete von 2015 – 2018; Herr Ziya Pir, Abgeordneter von 2015 – 2018
<https://anfdeutsch.com/aktuelles/aufruf-fuer-leyla-gueven-aus-dem-deutschen-exil-8937>, 15.01.2019

Türkische Armee tötet in Şeladize/Irakisch-Kurdistan Zivilisten



Bei den Protesten gegen die türkische Militärpräsenz in Südkurdistan/Irak und Luftangriffe auf die Region Behdınan sind am 26. Januar zwei Menschen ums Leben gekommen, darunter auch ein Minderjähriger. Mindestens sechs weitere Personen wurden bei dem Beschuss durch türkische Soldaten verletzt, zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr.

Zu dem Aufstand war es in der Gemeinde Şeladizê (Şiladze) nahe der Stadt Amêdî im Gouvernement Dihok gekommen. Zivilist*innen stürmten dort die türkische Militärbasis Sire und setzten alle Fahrzeuge, Munitionslager und Rüstungsgut in Brand, unter anderem auch deutsches Militärgerät. Die Luftwaffe der Türkei fliegt nahezu täglich Angriffe auf die Region. Betroffen sind neben den Medya-Verteidigungsgebieten unter Kontrolle der Guerilla auch zivile Siedlungsgebiete. Am 23. Januar starben vier junge Männer bei türkischen Luftschlägen in der nahegelegenen Gemeinde Deralok. Im benachbarten Hetutê wurden am 25. Januar die Leichen von zwei Zivilisten entdeckt, die sechs Tage zuvor einen türkischen Luftangriff nicht überlebten. In den letzten drei Jahren sind allein in der Region Amêdî 23 Zivilisten bei gezielten Angriffen der türkischen Armee ums Leben gekommen.



Das Gouvernement Dihok wird von der PDK (Demokratische Partei Kurdistans) kontrolliert. Noch während Kampfsjets der türkischen Luftwaffe im Tiefflug über den Demonstranten in Şeladizê kreisten, gab die Autonomieregierung (KRG) eine Erklärung ab, in der sie „Besorgnis und Trauer über die Opfer bei dem Vorfall“ zum Ausdruck brachte. Es seien „Unruhestifter“, die hinter den Protesten stecken würden, so die KRG mit Verweis auf die PKK. Die „Randalierer“ und solche, die hinter ihnen stünden, werde man „bestrafen“, hieß es weiter.



Etwa zeitgleich äußerte sich das türkische Verteidigungsministerium in Ankara und beschuldigte ebenfalls die PKK, für die Proteste verantwortlich zu sein. Mehrere NRT-Reporter, die seit dem Ausbruch der Proteste live aus Şeladizê berichteten, wurden vom Asayiş (Sicherheitsorgane) der PDK verschleppt und über mehrere Stunden in der Asayiş-Zentrale von Dihok festgehalten. Außerdem soll ihr Equipment beschlagnahmt worden sein.

Die getöteten Zivilisten wurden im Laufe des Tages beigesetzt. In den sozialen Medien wurden Aufnahmen des Moments verbreitet, in dem eines der Todesopfer - der 13-jährige Hussain Rekani – von dem Beschuss türkischer Militärs getroffen wird.

<https://anfdeutsch.com/kurdistan/tuerkische-armee-toetet-in-Seladize-13-jaehrigen-9186>, 27.01.2019

Die Schikanen gegen Eren Keskin müssen beendet werden



Barbara Neppert von Amnesty International schrieb:

„Liebe AI-Freundinnen und Freunde,

die deutsche Sektion von Amnesty hat heute im Rahmen der Kampagne für verfolgte Menschenrechtsverteidiger eine Online-Aktion für die türkische Menschenrechtsverteidigerin und Rechtsanwältin Eren Keskin gestartet. Ihr drohen viele Jahre Gefängnis sowie hohe Geldbußen, die in Haftstrafen umgewandelt werden, wenn sie sie nicht bezahlen kann. Die Inhaftierung von Eren Keskin wäre ein schwerer Schlag für den Menschenrechtsschutz in der Türkei. Der türkische Justizminister wird aufgefordert, dafür zu sorgen,

- » dass die juristischen Schikanen gegen Eren Keskin umgehend beendet werden.
- » dass Eren Keskin ihre Menschenrechtsarbeit ungehindert und ohne Angst vor Repressalien fortführen kann.

Manche von Euch kennen Eren Keskin noch von Veranstaltungen, zu denen wir sie vor Jahren als Referentin eingeladen hatten. 2001 hatte sie den Menschenrechtspreis unserer Sektion erhalten. Wir sind seit 25–30 Jahren mit ihr eng verbunden.“

Seit dem Putschversuch im Jahr 2016 gehen die türkischen Behörden noch rigoroser als zuvor gegen kritische Stimmen im Land vor. Auch nach Ende des Ausnahmezustands hat sich die Menschenrechtssituation in der Türkei nicht wesentlich verbessert.

Im Fadenkreuz der Behörden stehen diejenigen, die sich couragiert für Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzen: Menschenrechtsverteidiger_innen in der Türkei wird Gewalt angedroht und sie müssen jederzeit damit rechnen, wegen haltloser Anschuldigungen angeklagt und inhaftiert zu werden.

Dennoch setzt sich die Rechtsanwältin Eren Keskin seit Jahrzehnten unbeirrt für die Menschenrechte ein. Sie vertritt Opfer sexualisierter Gewalt, macht sich für die

Rechte verfolgter Angehöriger von Minderheiten stark und erhebt mutig ihre Stimme für die Meinungsfreiheit. Wegen ihres Engagements wurde sie bereits in der Vergangenheit mehrfach angeklagt und verurteilt. Immer wieder erhielt Eren Keskin Morddrohungen und war physischen Angriffen ausgesetzt.

Nun könnte sie jederzeit wieder inhaftiert werden. Allein wegen ihrer Solidarität mit der prokurdischen Zeitung „Özgür Gündem“, für die sie symbolisch die Rolle der Chefredakteurin übernommen hatte, haben die türkischen Behörden 129 Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet.

Sollte sie rechtskräftig verurteilt und inhaftiert werden, wäre dies ein schwerer Schlag für die unabhängige Zivilgesellschaft in der Türkei und für all die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, denen Eren Keskin zur Seite steht.

Bitte beteiligt Euch zahlreich an der Online-Petition, die Ihr hier findet:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/juristische-schikanen-gegen-eren-keskin-beenden?ref=23652>

Bitte leitet den Link zur Online-Petition auch weiter, damit wir möglichst viele Unterzeichner_innen gewinnen können!“

barbara.neppert@amnesty-tuerkei.de

Erdoğan ignoriert das EGMR-Urteil im Fall Demirtaş

Wer tatsächlich gehofft haben sollte, Präsident Erdoğan und seine Regierung würden im Zuge ihrer momentanen Charme-Offensive und der neuerlichen Annäherung an die Europäische Union die restriktive Politik gegenüber Oppositionellen im Inland lockern, wird dieser Tage eines Schlechteren belehrt. Erdoğan bleibt nun mal Erdoğan – und es ist mal wieder Wahlkampf angesagt in der Türkei! Bis zu den Kommunalwahlen am 31. März 2019, die als ein wichtiges Stimmungsbarometer gelten, sind es weniger als drei Monate und der Präsident beginnt bereits jetzt, sich der bewährten Taktik zu bedienen: Stimmung anheizen, polarisieren, diffamieren. Wie bei den Wahlen zuvor wird auch diesmal der antiwestliche Diskurs einen festen Bestandteil der Kampagne bilden. Wie dies mit dem angeblichen Interesse der Türkei an einem EU-Beitritt zu vereinbaren sein könnte, bleibt der Weisheit des engen Führungszirkels im Präsidentenpalast überlassen.



Zwei Ereignisse der letzten Tage können als Orientierung dafür dienen, womit in den kommenden Monaten gerechnet werden kann/muss. Zunächst bezeichnete Erdoğan das Urteil des in Straßburg ansässigen Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), den inhaftierten Politiker Selahattin Demirtaş freizulassen, für sein Land als „nicht bindend“. Zur Info: Die Türkei ist seit 1949 Mitglied des Europarats, dessen Mitglieder wenige Jahre später den EGMR errichtet haben; die Mitgliedsstaaten sind an die Urteile des EGMR gebunden. Des Weiteren verteidigte Erdoğan die Festnahme von Akademikern und Vertretern der Zivilgesellschaft, indem er sie für die Gezi-Protteste von 2013 verantwortlich machte und sie somit kriminalisierte. Parallel zu Erdoğan's scharfer Rhetorik findet dieser Tage in den regierungsnahen Medien – mal wieder – eine gesteuerte Kampagne gegen Oppositionelle, ausländische Organisationen und politische Stiftungen statt, die für die kommenden Wochen nichts Gutes erahnen lässt. Als eine Konsequenz der medialen Attacken entschied die von dem bekannten amerikanisch-ungarischen Milliardär und Mäzen George Soros begründete „Open Society Foundation“ (OSF), ihre Arbeit in der Türkei einzustellen und ihr Istanbul Büro zu schließen.

Der EGMR hat von Ankara die Freilassung des kurdischen Politikers und ehemaligen Co-Vorsitzenden der pro-kurdischen HDP, Selahattin Demirtaş, aus der Untersuchungshaft gefordert. Er müsse so schnell wie möglich entlassen werden – es sei denn, die Türkei trage neue Begründungen und Beweise für die Inhaftierung vor. Die Untersuchungshaft sei ein „unrechtmäßiger Eingriff in die freie Meinungsäußerung des Volkes“, urteilte das Straßburger Gericht. Zwar habe für die Verhaftung ein begründeter Verdacht bestanden, doch sei die Länge der Untersuchungshaft von knapp zwei Jahren nicht gerechtfertigt, hieß es. Die Tatsache, dass der demokratisch gewählte Abgeordnete Demirtaş seiner Arbeit in der Nationalversammlung nicht nachgehen kann, stellt den Richtern zufolge einen Eingriff in die Meinungsfreiheit dar. Die Inhaftierung, insbesondere während der Präsidentschaftswahlen und des umstrittenen Referendums über die Einführung eines Präsidialsystems, habe das eigentliche Ziel gehabt, Pluralismus zu ersticken und die Freiheit der politischen Debatte einzugrenzen.

Zudem muss die Türkei 10.000 Euro Schadensersatz und 15.000 Euro Gerichtskosten an Demirtaş zahlen.

Die AKP-Regierung sieht in der HDP den politischen Arm der PKK und wirft dem ehemaligen Co-Vorsitzenden der Partei vor, die PKK zu unterstützen. Demirtaş war im November 2016 unter Terrorvorwürfen verhaftet worden. Er steht in mehreren Prozessen vor Gericht. Im September wurde er in erster Instanz wegen ‚Terrorpropaganda‘ zu vier Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Er sieht sich aus politischen Gründen verfolgt und hatte Beschwerde gegen seine U-Haft eingelegt. Bei den Wahlen im Juni war der 45-jährige Anwalt aus dem Gefängnis heraus als Kandidat gegen Präsident Erdoğan angetreten und hatte mit 8,4 Prozent den dritten Platz erreicht und so einen Achtungserfolg erzielt. Der Beschluss des EGMR müsse zügig umgesetzt werden, verlangte die HDP. Die Türkei als Mitglied des Europarats muss sich prinzipiell an die Urteile aus Straßburg halten, was sie jedoch – wie auch Russland – immer wieder missachtet. Rechtskräftig ist das Urteil noch nicht. Beide Seiten können innerhalb von drei Monaten die Verweisung an die Große Kammer des EGMR beantragen. Außenminister Çavuşoğlu hat dies bereits im Namen der Regierung angekündigt.

Kurz nach Bekanntgabe des Urteils machte Erdoğan sehr deutlich, was er davon hält. „Die Urteile des EGMR sind nicht bindend für uns. Der EGMR hat in der Vergangenheit viele Urteile in Sachen Terrororganisationen gefällt, die für uns stets zum Nachteil ausgingen. Wir machen einen Gegenzug und beenden die Sache“, sagte er. Was damit genau gemeint war, blieb offen. Die regierungsnaher Zeitung Star zitierte Erdoğan auf ihrem Titelblatt: „Wir können den Terrorverstehrer EGMR nicht ernst nehmen“. Ein Gericht in der Türkei reagierte umgehend auf die Worte des Präsidenten – und lehnte es ab, Demirtaş freizulassen. Devlet Bahçeli, Chef der ultranationalistischen MHP und Erdoğan's Partner in der ‚Volksallianz‘, bezeichnete das Urteil des EGMR als einen ‚Skandal‘ und Demirtaş als einen ‚Separatisten‘; an dessen Händen klebe Blut und der EGMR sei ein Gericht des ‚Verrats‘.

„Damit haben wir nicht gerechnet“, sagte Demirtaş' Anwalt Ramazan Demir in Bezug auf die gerichtliche Ablehnung, seinen Mandanten freizulassen. Die Entscheidung laufe dem EGMR-Urteil zuwider. Man werde Berufung einlegen und den Fall vor das türkische Verfassungsgericht bringen, so Demir. In einer Stellungnahme in den sozialen Medien kritisierte die türkische Anwaltskammer die Worte des Präsidenten und unterstrich, dass die Urteile des EGMR für die Türkei rechtlich bindend seien.

Die Ironie der Geschichte will es, dass Erdoğan selbst in der Vergangenheit mehr als einmal vom Rechtsinstrument EGMR Gebrauch gemacht hat. Damals war er allerdings noch in der Opposition und die alten Kräfte der kemalistischen Staatselite waren an der Macht. Ein Gedichtvortrag

am 12. Dezember 1997 in der südostanatolischen Stadt Siirt brachte Erdoğan damals eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten ein. Er legte Berufung ein und ging, nachdem die Berufung von allen gerichtlichen Instanzen der Türkei abgelehnt worden war, mit dem Fall nach Straßburg. Nur dank des EGMR-Urteils wurde sein Strafregistereintrag gelöscht und er konnte so nachträglich als Abgeordneter ins Parlament einziehen. Der weitere Verlauf von Erdoğans Vita ist allseits bekannt.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2Ebe3PV>

BERICHT DES EU-RECHNUNGSHOFS

Lob und Tadel für EU-Flüchtlingspakt

Der Rechnungshof der Europäischen Union hat den Umgang der Türkei mit Hilfgeldern für Flüchtlinge in Teilen kritisiert. Die Gelder gingen zwar an Flüchtlinge, stellt der Rechnungshof fest. Allerdings sei nicht sicher, dass ihnen die gesamte Summe zugute komme. Grundsätzlich habe „unter schwierigen Bedingungen zügig auf die Flüchtlingskrise reagiert werden“ können.

Die Prüfer befassten sich mit einer Anfangshilfe in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für etwa vier Millionen größtenteils syrischen Flüchtlinge in der Türkei. Demnach konnten die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge gedeckt werden, in manchen Fällen wurde jedoch nicht die erwartete optimale Mittelverwendung erreicht.

Rund die Hälfte der mit dem Geld finanzierten humanitären Projekte habe bislang nicht die geplanten Ergebnisse erzielt, heißt es in einem Prüfbericht. Die Mittelverwendung könne optimiert werden. Bei neun von zehn Projekten sei die Laufzeit verlängert worden. Der Rechnungshof räumt ein, dass die rechtzeitige Umsetzung durch das schwierige Arbeitsumfeld erschwert worden sei.

Gemischte Bilanz

Zu den Projekten, die bislang nicht die gewünschten Wirkungen gezeigt haben, gehören dem Rechnungshof zufolge solche, die Flüchtlingen einen besseren Schutz und bessere Bildung ermöglichen sollen.

Auch ein Projekt aus dem Gesundheitsbereich zählt dazu. Hier fanden sich laut Rechnungshof einige gute Beispiele, bei denen die Kommission den Übergang von humanitärer zu längerfristiger Entwicklungshilfe unterstützte. Diese Unterstützung sei aber nicht systematisch erfolgt.

Gründe für Mängel sind laut Rechnungshof zudem ineffiziente Verwaltungsstrukturen und hohe Nebenkosten bei externen Partnern. Zudem bemängelt er die unzureichende Berücksichtigung des notwendigen Ausbaus der kommunalen Wasserwirtschaft und der Abfallentsorgung sowie der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. „Der Rechnungshof stellte fest, dass den Tätigkeitsschwerpunkten kommunale Infrastruktur und sozioökonomische Unterstützung nicht ausreichend Rechnung getragen wurde“, heißt es in dem Bericht.

EU-Kommission bemängelt eingereichte Projekte

Zurückzuführen sei dies in erster Linie darauf, dass sich die für Hilfen zuständige EU-Kommission und die türkischen Behörden nicht einig geworden seien, wie diese anzugehen seien.

In einer Stellungnahme an den Rechnungshof weist die EU-Kommission darauf hin, „dass in der Planung beide Schwerpunktbereiche berücksichtigt wurden, im Bereich kommunale Infrastruktur jedoch keine Maßnahmen durchgeführt werden konnten, da die von der Türkei zur Finanzierung eingereichten Projekte nicht ausgereift waren.“

Größte Einschränkung sei gewesen, dass die türkischen Behörden sich geweigert hätten, Zugang zu den Daten der Empfänger von zwei Bargeldhilfe-Projekten zu gewähren. Dadurch hätten weder die Kommission noch der EU-Rechnungshof die Begünstigten von der Registrierung bis zur Auszahlung ermitteln können.

Sechs Milliarden für Ankara

Die Unterstützung der Türkei mit bis zu sechs Milliarden Euro war mit dem im März 2016 geschlossenen Flüchtlingspakt vereinbart worden. Er sieht vor, dass die EU alle Migranten, die illegal über die Türkei auf die griechischen Inseln kommen, zurückschicken kann. Im Gegenzug nehmen EU-Staaten der Türkei schutzbedürftige Flüchtlinge aus Syrien ab und finanzieren Hilfen für in der Türkei lebende Flüchtlinge. Die Türkei hat bislang insgesamt knapp 3,6 Millionen Syrien-Flüchtlinge aufgenommen – so viele wie kein anderes Land auf der Welt.

Von den rund sechs Milliarden Euro sind drei Milliarden bereits aufgebraucht. Sie kamen zu einem Drittel aus dem Gemeinschaftshaushalt der EU und zu zwei Dritteln aus den nationalen Haushalten der EU-Staaten. Die zweite Tranche soll umgekehrt finanziert werden.

<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-tuerkeihilfen-effizienz-101.html>, 13.11.2018

218.000 Festnahmen seit Juli 2016

Nach Angaben des Innenministers Süleyman Soylu wurden seit dem sogenannten Putschversuch am 15. Juli 2016 rund 218.000 Menschen festgenommen. Davon wurden bislang nur 16.684 rechtskräftig verurteilt, so Soylu im Parlament bei der Vorstellung neuer Zahlen zu den umfassenden Fahndungsaktivitäten.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2FseS8p>

„Im Osten nichts Neues“ – Festnahme von Akademikern und Kulturschaffenden

Im November 2018 hatte Ibrahim Kalin, Sprecher und Berater von Präsident Erdoğan, in Ankara vor ausländischen Journalisten erklärt, er hoffe, der Fall Kavala werde „bald gelöst“. Doch die Realität sieht wieder einmal ganz anders aus: In einer groß angelegten Polizeiaktion in den Provinzen Istanbul, Antalya, Adana und Muğla gingen Sicherheitsbeamte der Abteilung „Organisiertes Verbrechen“ gegen Akademiker und Mitglieder der Zivilgesellschaft vor. Nachrichtenagenturen zufolge richtete sich die Operation gegen 20 Personen aus dem Umfeld des Vorsitzenden des Kulturinstituts Anadolu Kültür, Osman Kavala. 13 der 20 Gesuchten seien festgenommen worden. Die Aktion erfolgte nur einen Tag, nachdem die Türkei-Berichterstatlerin des EU-Parlaments, Kati Piri, der EU-Kommission in einem Bericht empfohlen hatte, die Beitrittsverhandlungen mit Ankara wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen einzufrieren und als Begründung u.a. die fortdauernde Haft Kavalas erwähnt hatte. Der Unternehmer und Kulturmäzen Osman Kavala befindet sich schon seit einem Jahr in Untersuchungshaft. Es gibt weiterhin keine Anklageschrift gegen ihn. Sein renommiertes Institut Anadolu Kültür setzt sich dafür ein, durch Kulturprojekte zum Abbau der Spannungen und zur Verständigung zwischen den Volksgruppen in der Türkei beizutragen. Die NGO kooperiert mit zahlreichen internationalen Organisationen, u.a. dem Goethe-Institut.

Kavala wird nach Angaben seiner Anwälte u.a. vorgeworfen, in Verbindung mit Ausländern gestanden zu haben, die eine „Rolle“ beim Putschversuch vom Juli 2016 gespielt haben sollen. Außerdem werde ihm – im Zusammenhang mit den regierungskritischen Gezi-Park-Protesten von Sommer 2013 – versuchter Umsturz der Regierung vorgeworfen. Die damaligen Proteste hatten sich im Zentrum Istanbuls entzündet, weil die Regierung plante, den

dortigen kleinen Park zu bebauen. Nach einem Einsatz der Polizei gegen Umweltschützer, die die Grünanlage nahe dem symbolträchtigen Taksim-Platz besetzt hatten, hatten sich die Proteste auf das ganze Land ausgeweitet. Der damalige Regierungschef und heutige Präsident Erdoğan wertete die landesweiten Proteste seinerzeit als „Umsturzversuch“ und ließ sie gewaltsam niederschlagen.

Die Zeitung Cumhuriyet berichtet unter Berufung auf die Polizei, dass die 20 Verdächtigen mit Kavala zusammengearbeitet hätten. Gemeinsam hätten sie – so die Anschuldigung – die Gezi-Demonstrationen auszuweiten versucht; z.B. hätten sie „Ausbilder“ und „Aktivisten“ für die Proteste aus dem Ausland in die Türkei gebracht. Dies mag eine bizarre Interpretation der Vorgänge sein, aber sie hat aus Sicht derer, die an sie glauben, eine große innere Logik. Unter den Festgenommenen befinden sich u.a. die bekannte Mathematikprofessorin Dr. Betül Tanbay von der renommierten Boğaziçi-Universität, der stellvertretende Dekan der juristischen Fakultät der Bilgi-Universität, Prof. Dr. Turgut Tarhanlı, ein Vorstandsmitglied der türkischen Vertretung von Open Society Foundation (OSF) des US-Milliardärs George Soros sowie zahlreiche Mitarbeiter des Kulturinstituts Anadolu Kültür. Erdoğan hatte Kavala, der ebenfalls dem Vorstand des türkischen Ablegers der OSF angehört, einmal als „türkischen Soros“ bezeichnet. Yusuf Cırcır, einer der Regisseure des Theaterstücks „Mi Minör“, dem vorgeworfen wurde, die Gezi-Demonstrationen in seinem Stück thematisch aufzugreifen, befindet sich ebenfalls unter den Festgenommenen. Der Vizechef von Anadolu Kültür, Yiğit Ekmekçi, der Akademiker Turgut Tarhanlı sowie sechs weitere Festgenommene sind in der Zwischenzeit unter Auflagen wieder auf freiem Fuß.

Kritik aus dem Ausland rührte sich prompt. Die Europäische Union zeigte sich angesichts der Festnahmen von Akademikern und Aktivisten besorgt; Sprecher der EU bezeichneten die Vorgänge laut Medienangaben als „alarmierend“. Die Behörden müssten „eine schnelle Lösung“ finden, hieß es in einer Mitteilung. Die EU werde die wiederholten Festnahmen von Kritikern und den Druck auf Vertreter der Zivilgesellschaft weiter zum Thema machen.

Auch Washington äußerte sich zu den Verhaftungen: Auf der Twitter-Seite der US-Botschaft Ankara hieß es: „Die USA sind besorgt über die Festnahmen von Akademikern, Aktivisten und Journalisten im Rahmen der Ermittlungen gegen Anadolu Kültür. Wir rufen die Türkei auf, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zu respektieren sowie die grundlos verhafteten Menschen freizulassen.“

Der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zufolge basieren die Festnahmen auf „absurden Vorwürfen“. Jede Illusion, dass es nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Türkei zu einer „Normalisierung“ kommen werde, würden durch das harte Durchgrei-

fen zerstört, hieß in einem Statement der Organisation. Die türkischen Behörden gingen „verzweifelt“ gegen jede Form von Dissens vor. Dass die Verhaftungen Teil der Ermittlungen gegen Kavala sind, sieht Amnesty als „bezeichnend“ an. „Osman Kavala und alle, die heute festgenommen wurden, müssen sofort und bedingungslos freigelassen werden. Das Durchgreifen gegen die unabhängige Zivilgesellschaft der Türkei muss beendet werden.“

Der türkische Oppositionsabgeordnete Sezgin Tanriku von der kemalistisch-laizistischen CHP twitterte: „Jene, die von diesem Regime eine ‚Normalisierung‘ erwarten, sollen weiter träumen.“ Kommentator Aydın Engin von der Nachrichtenwebseite T24 erinnerte daran, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall Kavala von Ankara bis Jahresende eine Stellungnahme verlangt habe. Offenbar, so Engin, sei die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage, eine Anklageschrift gegen Kavala zu verfassen. Deshalb weite sie nun die Festnahmen aus. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2FseS8p>

Hozan Cane verurteilt Adil Demirci bleibt weiter in Haft!



Heute, am 21. November hat ein türkisches Gericht entschieden, dass der Kölner Sozialarbeiter und Journalist Adil Demirci weiter in Haft bleibt. Angeklagt wird er – wie nahezu alle politisch Missliebigen in der Türkei – des Terrorismus, in seinem Fall der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation. Der Grund dafür ist ähnlich absurd wie die Gründe in allen anderen politischen Verfahren: Er hatte an drei Beerdigungen und einer Gedenkveranstaltung teilgenommen.



Kurz zuvor war am 14.11.2018 die deutsch-kurdische Sängerin Hozan Canê aus Köln zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden – auch wegen Terrorvorwürfen, in ihrem Fall vor allem wegen kritischer Facebook-Einträge.



Ein ähnliches Schicksal ereilte in diesem Jahr auch İlhami Akter und Patrick K., die beide zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden – beide wegen Terrorismus und beide mit ähnlich abwegigen Begründungen.



Es fällt uns nicht leicht angesichts der vielen tausend Verhafteten in der Türkei, den Fokus auf die wenigen deutschen Staatsbürger*innen zu legen. Wir wollen damit keine Wertung vornehmen und die deutsche Mitverantwortung für die anderen Inhaftierten nicht zurückweisen. Wir möchten jedoch auf den Umstand aufmerksam machen, dass der

Verzicht einer Reisewarnung durch das Auswärtige Amt für die Türkei, eine Sicherheit vorgetäuscht hat, die der Lage in der Türkei nicht angemessen war. Aufgrund der vielen persönlichen Beziehungen werden zwar auch in Zukunft Menschen aus Deutschland in die Türkei reisen – auch trotz einer Reisewarnung. Wir sind aber der Ansicht, dass das Auswärtige Amt keine falsche Sicherheit suggerieren, sondern die Gefahr klar benennen sollte. Spätestens die letzten Fälle haben gezeigt, dass diese Gefahr alle Reisenden betrifft und nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt ist. Wir fordern das Auswärtige Amt dazu auf, die letzten Verurteilungen und die weitere Inhaftierung von Adil Demirci zum Anlass zu nehmen, eine offizielle Reisewarnung für die Türkei auszusprechen. Wir würden es außerdem sehr begrüßen, wenn diese Maßnahme nicht zu Wahlkampfzwecken oder zur persönlichen Profilierung benutzt werden würde, sondern ausschließlich dem Schutz der Türkei-Reisenden diene. Wir sehen die Tendenzen zu einer „Normalisierung der Beziehungen“ zwischen der Türkei und Deutschland mit großer Sorge. Aus unserer Sicht wird damit ein folgenschweres Signal ausgesendet an alle Menschen in der Türkei, die den gegenwärtigen Kurs der Regierung nicht mittragen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die Zusammenarbeit in allen Bereichen in einer Weise zurückzunehmen, die deren Wiederaufnahme bei einer verbesserten Menschenrechtslage in Zukunft erlaubt.

TÜDAY-Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V.
info@today.de, www.today.de

Festnahme nach Facebook-Posting?

Von Karaman Yavuz, NDR, und Massimo Bognanni, WDR

Ein Trauerfall in der Familie wurde Adnan Sütcü offenbar zum Verhängnis. Der Münchner landete am 27. Dezember in Ankara. Er hatte sich eigenen Angaben zufolge auf die Reise gemacht, um seine verstorbene Mutter in ihrem Heimatland zu beerdigen.

Doch es kam anders: Noch in Ankara wurde er festgenommen und im Polizeipräsidium vorübergehend inhaftiert. Nach Informationen von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ lautet der Vorwurf, Sütcü habe mit Posts auf Facebook eine Terrororganisation unterstützt.

Einträge auf Facebook?

Statt seine Mutter zu beerdigen, musste er in einem Verhör Fragen zu Facebook-Einträgen beantworten, die er gepostet haben soll. Das geht aus dem Vernehmungsprotokoll hervor, das NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ vorliegt.

In den Einträgen soll es um ein unabhängiges Kurdistan gegangen sein. Dies steht in der Türkei unter Strafe. Sütcü bestritt gemäß des Vernehmungsprotokolls die Vorwürfe. Mit einem unabhängigen Kurdistan habe er nichts zu tun. Er lehne Gewalt ab. Er könne sich nicht erinnern, ob er die Posts geteilt habe.

Gegen Auflagen durfte Sütcü das Polizeipräsidium verlassen. Gemäß der Vorwürfe und der Höhe der vorgesehenen Strafe, heißt es in dem Vernehmungsprotokoll, werde Sütcü unter die Kontrolle der Justiz gestellt. Er muss sich nun jeden Tag bei der Polizei melden und in der Türkei bleiben.

Engagement für Kurden-Verband

Seit seinem 17. Lebensjahr lebt Sütcü in Deutschland, er ist deutscher Staatsbürger. Als Elektriker arbeitet er für die Stadtwerke München. Politisch engagiert er sich für den linken Kurden-Verband Komkar, besucht auch Demonstrationen.

Auswärtiges Amt ist informiert

Aus dem Auswärtigen Amt heißt es, der Fall sei dort bekannt. Die Botschaft in Ankara betreue den Betroffenen konsularisch.

In den vergangenen Monaten wurden immer wieder Deutsche türkischer Abstammung wegen angeblicher staatsfeindlicher Posts festgesetzt. Mal wurden sie bei Reisen in die Türkei festgesetzt, einmal leitete sogar eine deutsche Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf Bitten türkischer Kollegen ein. Von 49 inhaftierten Deutschen in der Türkei stuft das Auswärtige Amt fünf als politisch motiviert ein. Ob dies auch im aktuellen Fall gegeben ist, wird noch geprüft.

Das „Liken“ reicht

Erst im Oktober hatte die Behörde die Sicherheitshinweise für die Türkei verschärft. „In den letzten beiden Jahren wurden vermehrt auch deutsche Staatsangehörige willkürlich inhaftiert. Festnahmen und Strafverfolgungen deutscher Staatsangehöriger erfolgten mehrfach in Zusammenhang mit regierungskritischen Stellungnahmen in den sozialen Medien“, heißt es in den Sicherheitshinweisen der Behörde.

Ausreichend sei im Einzelfall das Teilen oder Liken eines fremden Beitrags entsprechenden Inhalts. Im Falle einer Verurteilung drohe eine mehrjährige Haftstrafe.

Wie der Fall Sütcü ausgeht, ist ungewiss. Heute hat sein Anwalt vergeblich versucht, das Ausreiseverbot gegen eine Kautionsaufhebung. Eine Entscheidung fällt erst im kommenden Jahr. Silvester wird Sütcüs ohne seine Familie in München verbringen.

<https://www.tagesschau.de/ausland/haft-tuerkei-103.html>,
31.12.2018

Illegaler Datenhandel – 21 Millionen Passwörter im Angebot

von Peter Welchering

Sicherheitsforscher Troy Hunt hat eine riesige Datensammlung von Mail-Adressen und Passwörtern gefunden. Was das bedeutet - und ob auch Ihre Adresse auftaucht.

Die erste Lektüre zahlreicher Sicherheitsexperten gilt jeden Morgen dem Blog des australischen Sicherheitsexperten Troy Hunt. Sein Eintrag vom heutigen Tage hat nicht wenige Security-Analysten das zweite Frühstück im Büro etwas schneller beenden lassen.

Sammelsurium aus unterschiedlichen Quellen

„Der Datendiebstahl in der Datensammlung Collection Nr. 1 von 773 Millionen“, betitelte Troy Hunt seinen heutigen Eintrag. Es geht dabei um 773 Millionen Mail-Adressen und 21 Millionen Passwörter. Das klingt zunächst einmal hochdramatisch und scheint gigantisch. Doch auf den zweiten Blick entpuppt sich die von Troy Hunt „Collection #1“ genannte Datensammlung als ziemliches Sammelsurium. Die Daten stammen aus sehr unterschiedlichen Hacks und Datenleaks der vergangenen Monate.

Bin ich auch betroffen?

Hier können Sie überprüfen, ob die eigene Mail-Adresse in einer gehandelten Datensammlung auftaucht:

<https://haveibeenpwned.com>. Die Seite wird von Troy Hunt betrieben. Auch das Hasso-Plattner-Institut bietet einen „Identity Leak Checker“ an:

<https://sec.hpi.de/ilc/search>. Wer dort seine Mail-Adresse eingibt, bekommt eine Mail mit konkreten Handlungsempfehlungen. Wer betroffen ist, sollte so oder so sein Passwort ändern. Weitere Tipps, um sich vor Datendiebstahl zu schützen.

Datensammlungen haben lange Untergrund-Tradition

Die Verkäufer, die diese Datensammlung über ein Untergrundforum angeboten haben, waren offensichtlich enorm fleißig beim Zusammentragen von Mail-Adressen und Passwörtern für sehr unterschiedliche Web-Services und verschiedene Webseiten. Troy Hunt hat Collection Nr. 1 genauer analysiert und kommt zu dem Schluss, dass die Struktur der Datensammlung nahelegt, dass sie für das sogenannte „Credential Stuffing“ angelegt wurde. Bei dieser Art des digitalen Angriffs auf eine Webseite oder einen Webservice versuchen die Online-Kriminellen, sich mit einer Kombinationsliste aus Mail-Adressen als Account-Namen und Passwörtern Zugang zu verschiedenen Diensten und Seiten zu verschaffen.

Je öfter Nutzer von Web Services dasselbe Passwort

für unterschiedliche Dienste nutzen, umso erfolgreicher ist dieser digitale Angriff namens „Credential Stuffing“. In der Vergangenheit galten solche Angriffe, um sich in Dienste und auf Seiten zu hacken, als sehr vielversprechend.

Profitabel durch Mehrfach-Verkauf

Entsprechend lukrativ ist der Vertrieb solcher Datensammlungen über diverse Untergrundforen. Dabei werden allerdings in der Regel ältere und neuere Daten aus verschiedenen Quellen zu immer neuen Datensammlungen zusammengestellt. So kann es durchaus passieren, dass einige Mail-Adressen und Passwörter in mehreren Dutzend Datensammlungen auftauchen. In einigen Fällen sogar in über hundert Datensammlungen. Dabei verwischt oftmals die Grenze zwischen dem legalen und dem illegalen Datenhandel.

Denn am Anfang solcher Datensammlungen steht nicht selten das Tracken der Nutzer. Gut 1.000 Datenhändler weltweit gewinnen so ihre Handelsware. Wer im Internet surft, twittert oder postet, den tracken sie. Standardmäßig ermittelt diese Tracking-Software ein Nutzerprofil aus Daten wie dem installierten Betriebssystem, der aktuellen Bildschirm-Auflösung, dem verwendeten Browser mit seinen Zusatzprogrammen sowie den installierten Schriften und Sprachen.

Datenhändler spähen Nutzer oft legal aus

Über eindeutige Identitätsnummern, Signaturen und Schlüssel werden nicht nur Rechner und Smartphones wiedererkannt, sondern auch deren Besitzer. Teilweise laufen diese Identifizierungen noch immer über die Facebook-ID. Zunehmend setzen die Datenhändler allerdings auf eigene Identitätsnummern. Die Identitätsnummer, die ein Datenhändler einem Kunden auf dessen Laptop oder Smartphone überspielt hat, wird über weitere Zugriffe an andere Datenhändler weitergegeben. Das geschieht geräteübergreifend für jede einzelne Zielperson.

Um von diesen Daten auf die persönliche Identität eines Internet-Surfers zu schließen, brauchen die Datenhändler die Mail-Adresse, und die ermitteln sie, wenn der Surfer einen seiner Social-Media-Accounts oder Web-Mail nutzt. Daran knüpfen dann die Online-Kriminellen an, die Passwörter und Account-Daten selber gecrackt oder aus früheren Dateneinbrüchen gekauft haben. Sie kompletieren ihre Account-Datensammlungen mit Mail-Adressen der Datenhändler. So können sie Mail-Adressen, die als Account-Namen genutzt werden, abgleichen oder aber mit gefälschten angeblichen Service-Mails der Provider Passwörter erbeuten.

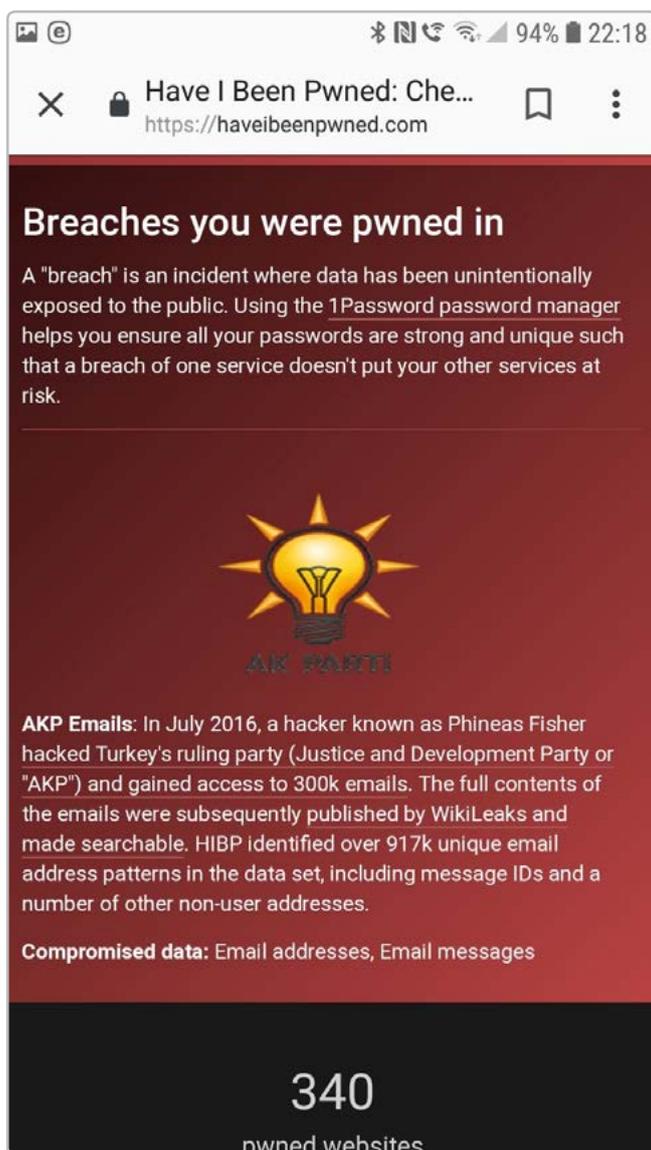
Dazu schreiben Sie einfach Besitzer eines Mail-Postfachs an, gaukeln ein Sicherheitsproblem vor und fordern den Mailpostfachbesitzer, Account-Namen und Passwort auf einer angeblichen und gut gefälschten Service-Seite zu

bestätigen. Viele Nutzer fallen darauf herein und verraten so arglos ihre Zugangsdaten.

<https://www.zdf.de/nachrichten/heute/illegaler-datenhandel-21-millionen-passwoerter-im-angebot-100.html>, 17.01.2019

Eine Regierungspartei eines Bündnispartners Namens Türkei klaut Daten

Als ich am 17. Januar 2019 nach den Nachrichten der Heute.de, die über die großformatige Datenklau berichtete, meine Mail-Adressen checkte, entdeckte ich, dass sowohl meine privaten Daten als auch die vom Dialog-Kreis und von Pro Humanitate e.V. von der regierenden türkischen AKP von Erdogan geklaut wurden. Andere Diebe beklauten dann die AKP.



Breaches you were pwned in

A "breach" is an incident where data has been unintentionally exposed to the public. Using the [1Password password manager](#) helps you ensure all your passwords are strong and unique such that a breach of one service doesn't put your other services at risk.



AKP Emails: In July 2016, a hacker known as Phineas Fisher hacked Turkey's ruling party (Justice and Development Party or "AKP") and gained access to 300k emails. The full contents of the emails were subsequently published by WikiLeaks and made searchable. HIBP identified over 917k unique email address patterns in the data set, including message IDs and a number of other non-user addresses.

Compromised data: Email addresses, Email messages

340
pwned websites

Übersetzt heißt es:

„AKP-E-Mails: Im Juli 2016 hackte ein als Phineas Fisher bekannter Hacker die Regierungspartei der Türkei (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei oder „AKP“) und erlangte Zugang zu 300.000 E-Mails. Der gesamte Inhalt der E-Mails wurde anschließend von WikiLeaks veröffentlicht und durchsuchbar gemacht. HIBP identifizierte über 917.000 eindeutige E-Mail-Adressmuster im Datensatz, einschließlich Nachrichten-IDs und einer Reihe anderer Nicht-Benutzeradressen. Gefährdete Daten: E-Mail-Adressen, E-Mail-Nachrichten.“

Mit allen Mitteln gehen Erdogan und seine AKP gegen die Kritiker los: Massenhafte und willkürliche Verhaftungen, Umwandlung der ganzen Türkei zu einer Sicherheitszone, Ausschaltung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, völkerrechtswidrige Kriegsführung auch jenseits der Grenzen, Terrorisierung zehntausender Menschen per Interpolhaftbefehl und Diebstahl der privaten Daten, Mails, Adressen und Telefonnummern.

Und die deutschen Sicherheitsbehörden sind untätig, wenn es sich um die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden und eingebürgerten kurdischen und türkischen Demokraten handelt! (ms)

Innenministerium sammelt Informationen von Vereinsmitgliedern

Das unabhängige Kommunikationsnetzwerk BIANET berichtete am 29.10.2018, dass am 1. Oktober 2018 das Vereinsgesetz von 2005 geändert wurde. Nach dem geänderten Gesetz müssen alle in der Türkei arbeitenden Vereine dem Innenministerium Informationen über die persönliche Identität ihrer Mitglieder einschließlich ihrem Beruf und ihrem Bildungshintergrund zur Verfügung stellen.

Das Ministerium hat 114.218 in der Türkei aktive Vereine angeschrieben und gefordert, dass die Vereine „unverzüglich“ dem Ministerium persönlich identifizierende Informationen über 11,1 Millionen Vereinsmitglieder zuschicken, darunter Namen, Vornamen, die Identifikationsnummer, den Beruf, den Bildungshintergrund und Daten zur Mitgliedschaft.

Die neue Änderung fordert, dass Vereine bei einer neuen Mitgliedschaft oder einer Beendigung der Mitgliedschaft innerhalb von 30 Tagen das Innenministerium über die Änderung informieren. Wenn ein Verein den Bürger eines anderen Landes als Mitglied hat, muss der Verein ebenfalls das Ministerium über die ausländische Identifikationsnummer informieren, die das Allgemeine Direktorat

für Einwohneranmeldung und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten vergibt.

Diejenigen Vereine, die nicht im Informationssystem der Leitung der Abteilung für Vereine (DERBIS) registriert sind, werden aufgefordert, ebenfalls das Ministerium über die zuvor genannten Angaben zu ihren Mitgliedern zu informieren.

Die Zahl der derzeit in der Türkei aktiven Vereine beträgt 114.218. Nach Angaben von DERBIS sind 11.107.101 Personen Mitglied eines Vereins, das sind 13,74 % der türkischen Bevölkerung. 8.798.752 der Mitglieder sind Männer, 2.308.349 sind Frauen.

Vor der Gesetzesänderung war es erforderlich, dass der Vorstand von Vereinen die örtlichen Behörden in den ersten 4 Monaten des Jahres über Änderungen informiert. Die Vereine informierten nur über die Anzahl ihrer dauerhaften und Ehren-Mitglieder und gaben an, wie viele ihrer Mitglieder Frauen und Männer waren. Die Vereine mussten nur für ihre Gründungsmitglieder die Namen und Vornamen, die Identitätsnummern, die Wohnorte, den Bildungshintergrund und die Berufe angeben.

Demokratisches Türkei Forum e. V., info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

Inflation auf 25 Prozent geklettert

Der Absturz der türkischen Landeswährung hat die Inflation im Lande rasant ansteigen lassen. Die Verbraucherpreise waren im Oktober knapp 25 Prozent höher als ein Jahr zuvor, so das nationale Statistikamt. Der Preisanstieg im Oktober ist somit der stärkste seit Mitte 2003. Die hohe Inflation ist u.a. eine Folge der starken Kursverluste der Lira. Diese Entwicklung verteuert die Importe, von denen die Türkei – insbes. im Energiebereich – in hohem Maße abhängig ist. Unterdessen wurde bekannt, dass bis Oktober 2018 356 Firmen Insolvenzaufschub (türk.: Konkordato) gemäß den Bestimmungen des türkischen Insolvenzrechts angemeldet haben. Das Konkordato-System (in der mit der Verhängung des Ausnahmezustandes am 31. Juli 2016 praktizierten Form) ist eine Art staatlicher Rettungsschirm, der de facto insolvente Firmen für drei bis fünf Monate von allen finanziellen Verpflichtungen befreit. Danach kann dieser Zeitraum auf bis zu eineinhalb Jahre ausgeweitet werden. Die betroffenen Firmen sind also technisch insolvent, befinden sich aber in einem rechtlichen Übergangsstadium, der den direkten Zugriff der Gläubiger reguliert. Das Handelsministerium gab derweil bekannt, an einer Änderung des Insolvenzrechts zu arbeiten, da das Konkordato-System missbraucht werde und Gläubiger benachteilige.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2FseS8p>

Die Geisterwähler spuken

Von Karin Senz, ARD-Studio Istanbul

In der Türkei gibt es einige Menschen, die über 100 Jahre alt sind. Aber über 140 Jahre - da wird es dann doch ein bisschen komisch. Im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen sind auf den Wählerlisten jetzt aber einige dieser steinalten Geisterwähler aufgetaucht.

Auch manche „Wohngemeinschaften“ muten seltsam an: In einer Straße sollen zum Beispiel in gerade einmal sechs Baracken knapp hundert eingetragene Wähler zusammenwohnen.

Das Thema sorgt für politische Diskussionen und für viel Häme im Netz: „Aaah, unser Haus ist zu einer Provinz geworden“, schreibt eine Twitter-Userin süffisant und spielt damit auf die vielen Wahlberechtigten an, die laut Wahllisten plötzlich alle unter einem Dach wohnen.

Ortsvorsteherchef Adigüzel sagt, er habe ausgerechnet, dass in letzter Zeit eine Millionen Menschen von Istanbul auf dem Papier nach Anatolien zogen.

Eine WG mit 100 „Wählern“

In Artvin zum Beispiel, einer Kleinstadt an der georgischen Grenze, gibt es sechs Häuser, in denen angeblich knapp 100 registrierte Wähler zusammenleben. Nur sind das keine Mehrfamilienhäuser, sondern mehr Baracken, die aussehen, als stürzten sie gleich ein. „Hier wohnt niemand, es ist leer. Anscheinend haben Wähler als Wohnadresse einige dieser leerstehenden Häuser angegeben“, erzählt ein Nachbar. Die Geschichte macht vor allem im Internet die Runde.

Und nicht nur diese eine: „Das ist nicht nur ein Thema in Artvin, die ganze Türkei spricht über solche Fälle. Man kann doch nicht mit Scheinwählern Wahlen bestreiten. Das hat doch mit Demokratie nichts mehr zu tun“, schimpft ein anderer Nachbar.

„Bald mehr Einwohner als China“

Auf Twitter hagelt es Häme: „Überall tauchen plötzlich imaginäre Wähler auf. In einem Land, in dem die Wähler imaginär sind, kann man nur von einer imaginären Demokratie reden“, heißt es da. Oder: „Wenn wir die Geisterwähler wirklich alle registrieren, hätten wir bald mehr Einwohner als China.“ Oder: „Wenn ich nach Hause komm, schau' ich in allen Zimmern nach, denn heutzutage gibt's ja überall Geisterwähler.“

Auch Mehrfamilienhäuser haben damit zu kämpfen. In Istanbul leben angeblich Wähler in einem fünften Stock. Das Haus hat aber nur vier Stockwerke.

Empörung über die Geisternachbarn

In Artvin finden das die Wähler, also die, die es wirklich gibt,

alles gar nicht so lustig. „Die Bürger von Artvin wollen ihren Bürgermeister mit ihren eigenen Stimmen wählen, nicht mit Geisterwählern oder hergekehrten Wählern“, empört sich ein Anwohner.

Denn der eine oder andere vermutet, dass Ortsvorsteher- oder Bürgermeisterkandidaten auswärtige Wähler, die ihnen wohlgesonnen sind, bei sich gemeldet haben, um zu gewinnen. Diese Ämter sind nämlich begehrt in der Türkei.

Ahmet Adigüzel ist Chef der Ortsvorsteherföderation. „Ich bin seit 20 Jahren Ortsvorsteher“, sagt er. Er erlebe zum ersten Mal, dass sich so viele Menschen ummelden. „Ich habe grob ausgerechnet, dass in letzter Zeit ungefähr eine Millionen Menschen aus Istanbul nach Anatolien umgezogen sind – auf dem Papier.“

<https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-geisterwaehler-101.html>, 19.01.2019

KRITIK DER HDP

„Maas billigt Erdogans Unterdrückung“

Von Oliver Mayer-Rüth, ARD-Studio Istanbul

Die HDP ist unter Druck. Seit mehr als zwei Jahren geht der türkische Staat mit großer Härte gegen Funktionäre, gewählte Volksvertreter und Abgeordnete der Partei vor. Unzählige HDP-Politiker sitzen im Gefängnis.

Die Partei selbst sagt, sie setze sich insbesondere für die Belange der kurdischen Minderheit ein. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, seine AKP, die mit Erdogan verbündete nationalistische Partei MHP und die türkische Justiz werfen der HDP vor, der politische Arm der als Terrororganisation eingestuften PKK zu sein. Zwar findet in regierungsnahen Medien eine permanente Kriminalisierung der prokurdischen Partei statt, verbieten will Erdogan die HDP jedoch nicht.

Terrorunterstützung – ein gängiges Schlagwort

Mithat Sancar ist Professor für öffentliches Recht und HDP-Parlamentsabgeordneter. Sancar spricht Deutsch. Vergangenen Dienstag tritt er mit zehn weiteren Abgeordneten kurzzeitig in den symbolischen Hungerstreik. Es soll ein Zeichen der Solidarität für die in Haft sitzende HDP-Abgeordnete Leyla Güven sein. Sie sei seit vier Wochen im Hungerstreik, um gegen die Isolationshaft des PKK-Chefs Abdullah Öcalan zu protestieren, so Sancar.

Die Staatsanwaltschaft hat Güven wegen Unterstützung der PKK in Untersuchungshaft genommen. Angespro-

chen auf den Vorwurf, der PKK nahe zu stehen, winkt Sancar ab: „Den Vorwurf der PKK-Unterstützung hören wir permanent. Egal, was wir sagen oder tun.“ Terrorunterstützung sei derzeit der gängigste Weg in der Türkei, um jegliche Opposition zu unterdrücken. Die symbolische Solidarität mit der Abgeordneten sei ein weiterer Aufruf für eine friedliche Lösung des Konflikts mit den Kurden, so Sancar.

Sancar kritisiert Bundesregierung

Bei den Parlamentswahlen im Juni konnte die HDP säkulare Istanbuler Türken, die ihre Erststimme dem oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Muharrem Ince gaben, überzeugen, ihre Zweitstimme der prokurdischen HDP zu geben. Solche Wähler könnte eine Solidarisierung mit Öcalan verstören. Sancar glaubt hingegen, die HDP habe aufgrund ihrer Proteste gegen Öcalans Isolationshaft bisher nie Stimmen verloren. Vielmehr sei die mangelnde Solidarität der EU und der Bundesregierung auch ein Grund für eine zunehmende Unterdrückung der HDP durch den türkischen Staat, so der Professor.

Sancar erhebt schwere Vorwürfe gegen den deutschen Außenminister Heiko Maas. Der habe kein einziges Wort zu den jüngsten Maßnahmen gegen den ehemaligen HDP-Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtas gesagt und billige so stillschweigend Erdogans Unterdrückungspolitik. Demirtas sitzt seit November 2016 in Haft. Vor knapp drei Wochen forderte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), ihn freizulassen, da die langwierige Untersuchungshaft nicht gerechtfertigt sei. Erdogan erklärte umgehend, die Entscheidung des Straßburger Gerichtshofs sei für die Türkei nicht bindend und man werde reagieren.

Daraufhin verurteilte vergangenen Dienstag die von Erdogan stets als unabhängig bezeichnete türkische Justiz Demirtas wegen Terrorpropaganda zu mehr als vier Jahren Haft. Sancar sagt, Erdogan ignoriere den EGMR systematisch und hätte dabei Vorbilder wie den russischen Präsidenten Wladimir Putin oder den ungarischen Staatschef Viktor Orban. Dabei sei die Türkei Gründungsmitglied des Europarats und habe sich verpflichtet, Urteile des zum Rat gehörenden Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen.

„Erdogan betreibt Politik der Angst“

„Die Glaubwürdigkeit der wichtigsten Institution für den Rechtsstaat ist auf dem Prüfstand“, warnt Sancar. Der Europarat sei gegründet worden, damit sich der Schrecken des Zweiten Weltkriegs nicht wiederhole. Doch die europäische Institution habe an Kraft verloren, weil sich die Regierungschefs der EU nicht ausreichend für diese einsetzen würden. Dabei seien klare Botschaften an Erdogan jetzt besonders wichtig. Dieser betreibe eine „Politik der Angst“. Auch die vorübergehenden Festnahmen von Vertretern der Zivilgesellschaft und die seit mehr als einem Jahr andauernde Un-

tersuchungshaft des Gründers der Anadolu-Kültür-Stiftung, Osman Kavala, gehöre zu Erdogans Strategie, die türkische Opposition einzuschüchtern. Er ziele mit diesem Vorgehen aber auch auf deutsche Stiftungen oder das Goethe-Institut, das mit der Kavala-Stiftung zusammenarbeite.

Mit Blick auf die Kommunalwahlen im März sei die HDP jederzeit zu Bündnissen mit der größten Oppositionspartei CHP bereit. Doch deren Vorsitzender Kemal Kilicdaroglu scheue eine offene Koalition mit der HDP, sagt Sancar. Erdogan und sein Lager würden dem CHP-Chef bereits jetzt unterstellen, heimlich mit der HDP zu kooperieren und versuchten so, Kilicdaroglu zu kriminalisieren. Trotz der Repressionen lässt sich Professor Sancar nicht entmutigen. „Zwar werden wir ständig kriminalisiert“, so Sancar, „aber wir sind die wichtigste Kraft für die Demokratie in der Türkei“ <https://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-hdp-107.html>, 09.12.2018

EU-Erweiterungskommissar fordert Einstellung der Verhandlungen

Die Verhandlungen über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sollten nach Ansicht des zuständigen EU-Kommissars Johannes Hahn offiziell eingestellt werden. „Ich finde, langfristig wäre es ehrlicher für die Türkei und die EU, neue Wege zu gehen und die Beitrittsgespräche zu beenden“, so der Österreicher in einem Zeitungsinterview. Das Festhalten an den seit 2005 laufenden Verhandlungen habe bisher den Weg für eine „realistische, strategische Partnerschaft“ versperrt, so der Erweiterungskommissar. Er machte allerdings zugleich deutlich, dass die Entscheidung über einen möglichen Abbruch der Beitrittsgespräche bei den Regierungen der Mitgliedstaaten liege. Als mögliche Alternative nannte Hahn Gespräche über eine Ausweitung der Zollunion mit Ankara.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org, <http://bit.ly/2FseS8p>

Kann die Türkei noch ein Bündnispartner sein?

Dr. Rolf Mützenich, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Ich bedaure sehr, dass ich aufgrund eines Trauerfalls in der Familie nicht an der Diskussion teilnehmen kann und wünsche allen Teilnehmern einen interessanten und fruchtbaren Abend.

Die Türkei unter Präsident Erdogan entfernt sich seit geraumer Zeit mit Riesenschritten von der Europäischen Union. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass die Türkei in absehbarer Zeit dazugehört wird. Der EU-Beitrittsprozess der Türkei ist zwar bislang weder formal ausgesetzt noch abgebrochen, aber die Öffnung neuer Beitritts-Kapitel steht derzeit aus gutem Grund nicht auf der Agenda der Europäischen Kommission.

Denn bei den politischen Kriterien klafft ein großes schwarzes Loch: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Achtung der Minderheitenrechte – überall gibt es enorme Defizite. Die Gewaltenteilung in Recep Tayyip Erdogans monolithischem System ist praktisch abgeschafft. Sollte man daher nicht endlich Schluss machen mit der Illusion, die Türkei könnte noch Mitglied der Union werden? Und die ohnehin schockgefrorenen Beitrittsverhandlungen nach 13 Jahren im beiderseitigen Interesse beenden?

Wir dürfen nach meiner Überzeugung nicht lockerlassen und müssen die Verfehlungen, Menschenrechtsverletzungen und willkürlichen Verhaftungen klar benennen. Im Gegensatz zur Bundesregierung hat die SPD-Bundestagsfraktion auch die Besetzung syrischen Gebietes durch die Türkei als völkerrechtswidrig verurteilt und sich gegen neue Waffenlieferungen an Ankara ausgesprochen.

Aber die Türkei ist mehr als Erdogan. Ein formales Ende der EU-Beitrittsverhandlungen seitens der EU würde dem türkischen Präsidenten in die Hände spielen, zumal dieser sich bereits nach Osten in Richtung der von China und Russland geführten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) orientiert. Erdogan selbst hat jüngst vorgeschlagen, die Bürger seines Landes über einen EU-Beitritt abstimmen zu lassen, am besten schon mit der Kommunalwahl im März 2019. Für Ankara hätte ein Ende der EU-Beitrittsverhandlungen den Vorteil, die lästigen EU-Kontrolleure und deren regelmäßigen kritischen Berichte loszuwerden. Und nicht nur für die knappe Hälfte aller Türken, die Erdogan nicht gewählt haben, wäre ein endgültiges „Nein“ zu einer EU-Mitgliedschaft der Türkei ein falsches Signal.

Und auch wenn es schmerzlich ist: Wir sind auf die Zusammenarbeit mit der Türkei u.a. in den Bereichen Energie, bei Migration und dem Wiederaufbau Syriens angewiesen. Das Land befindet sich zugleich in einer geostrategischen

Schlüsselposition und einer prekären sicherheitspolitischen Lage. Im Zuge des syrischen Bürgerkriegs suchten rund 3,5 Millionen Syrerinnen und Syrer Schutz in der Türkei, wodurch sich das Land vor erhebliche politische und sozioökonomische Herausforderungen gestellt sieht. Hinzu kommt der Zusammenbruch des türkisch-kurdischen Friedensprozesses 2014, das Erstarken kurdischer Autonomiebestrebungen in Nord-Syrien seit 2015, sowie dem Unabhängigkeitsreferendum im kurdischen Nord-Irak 2017.

Die Freilassung von Mesale Tolu ist sehr zu begrüßen. Sie ist allerdings kein Einzelfall. Nach wie vor befinden sich viele unschuldige deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in türkischen Gefängnissen. Wir erwarten deshalb weitere Freilassungen und die Rückkehr zu Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte, zu der sich die Türkei als Mitglied des Europarates ausdrücklich verpflichtet hat. Ich selbst werde am Dienstag in Istanbul sein und den Prozess gegen Adil Demirci beobachten.

Statement von Dr. Rolf Mützenich für die Veranstaltung am 15. November 2018 in Köln, die vom Plenum „Frieden und Freiheit für die Türkei und Kurdistan“ veranstaltet und. u.a. vom Dialog-Kreis unterstützt wurde.

Türkischer Geheimdienst weitet Spionage in Deutschland aus

Die Tageszeitung „Die Welt“ berichtete am 30. November 2018, dass der türkische Geheimdienst MIT seine illegalen Operationen in Deutschland erheblich ausweitet hat.

Martin Lutz und Uwe Müller berichteten, dass der Generalbundesanwalt in den letzten zehn Jahren 23 Verfahren geführt habe, 17 davon entfielen auf 2017 und 2018.

„Der Generalbundesanwalt führt vier Verfahren wegen des Verdachts der Agententätigkeit für die Türkei in Deutschland. Es ist fast schon Routine – deutsche Fahnder jagen türkische Agenten. Was manchmal zu Ermittlungsverfahren, aber selten zu Verurteilungen führt. Aktuell sind beim Generalbundesanwalt (GBA) vier Verfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit für den türkischen Geheimdienst MIT anhängig“, so die Journalisten.

Auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion teilte die Bundesregierung mit, dass in den letzten zehn Jahren der Generalbundesanwalt 23 Verfahren geführt habe. Darin noch nicht einmal enthalten sind sonstige Straftaten, hinter denen möglicherweise der türkische Geheimdienst

steht. Da für deren Verfolgung die Länder „originär zuständig“ seien, sieht sich die Bundesregierung außerstande, belastbare Aussagen zu treffen. Sie nennt „Verdachtslagen wie etwa Bedrohungssachverhalte“, bei denen polizeiliche Ermittlungen aber häufig ins Leere liefen und Tatverdächtige meist nicht ausfindig gemacht würden.

Lutz und Müller berichten im selben Artikel folgendes: „Die Kernaktivität des türkischen Nachrichtendienstes MIT besteht in Deutschland in der Aufklärung Oppositioneller“, teilt die Regierung mit. In den vergangenen zehn Jahren hätten dabei die verbotene Kurdische Arbeiterpartei (PKK) und andere systemoppositionelle Gruppierungen wie die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) im Fokus gestanden. „Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 klärt der MIT die Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen intensiv auf“, so die Bundesregierung. Wie WELT berichtete, versucht der MIT offenbar auch gezielt, seine Mitarbeiter in sensible deutsche Behörden einzuschleusen. Sicherheitskreisen zufolge war dem Bundesamt für Verfassungsschutz im vergangenen Jahr bei einer routinemäßigen Überprüfung aufgefallen, dass mehrere Bewerber für freie Stellen in Kontakt mit dem türkischen Geheimdienst gestanden hatten. Der Anstieg der Ermittlungsverfahren zeigt, dass der MIT seine Operationen in der Bundesrepublik voraussichtlich in den nächsten Jahren weiter forcieren wird. Ein möglicher Grund dafür geht ebenfalls aus der Antwort der Regierung hervor. Seit dem Putsch in der Türkei steigt die Zahl türkischer Staatsbürger, die ihrem Heimatland einst in einer sensiblen Funktion gedient hatten und die nun in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben. Solche Abtrünnigen gelten in Ankara als Staatsfeinde und werden im Exil beobachtet. Von Mitte November 2016 bis Mitte November 2018 haben 1345 Inhaber von Diplomatenpässen („schwarzer Pass“) und staatlichen Dienstaussweisen („grüner Pass“) entsprechende Anträge in Deutschland gestellt – mindestens, denn Angaben zu solchen Pässen sind freiwillig. Nicht enthalten in dieser Zahl sind Angehörige der türkischen Streitkräfte, die hierzulande statistisch nicht erfasst werden.“

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article184678828/Tuerkischer-Geheimdienst-forciert-Spionage-in-Deutschland.html>, 30.11.2018

Zur Problematik deutsch-türkischer Geheimdienst-, Polizei- und Justiz-Zusammenarbeit

Dr. Rolf Gössner

Mit dem „mensenverachtenden Flüchtlingsdeal“ (so Pro Asyl) haben sich Europäische Union und Deutschland von der autokratisch regierten Türkei stark abhängig und erpressbar gemacht. Der milliardenschwere Deal, der den Europäern Flüchtlinge aus Afrika und Nahost „vom Hals halten“ soll, kam zustande, als sich die Türkei bereits in einer menschenrechtlich katastrophalen Entwicklung befand.

Um diesen Deal nicht zu gefährden, reagierten Bundesregierung und EU mitunter nicht wirklich angemessen auf Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Zu fragen ist: Wo blieben die politischen Konsequenzen angesichts des eskalierenden Kriegs gegen die kurdische Bevölkerung (auch in Afrin/Syrien), angesichts der politischen Verfolgung Andersdenkender, angesichts der personellen Säuberung des Staatsapparats, angesichts der massenhaften Eingriffe in Presse- und Meinungsfreiheit sowie der willkürlichen Inhaftierungen wegen nebulöser Terrorvorwürfe? Schließlich ist die Türkei doch Mitglied der NATO und des Europarats, immer noch EU-Beitrittskandidat sowie EU-Vertragspartner. Mit ihrer Handels- und Beschwichtigungspolitik begaben und begeben sich Europa und die Bundesrepublik in Widerspruch zu ihren eigenen Werten, die sie gegenüber der Türkei und dem Rest der Welt so hochhalten. Erst im Bundestagswahlkampf 2017 und danach gab es klarere Ansagen aus Berlin in Richtung Ankara.

Die Bundesrepublik setzt sich schon seit Jahren und Jahrzehnten nicht nur unzureichend von der ausufernden Terrordoktrin des türkischen Staatsapparates ab, die seine Repressionspolitik ja legitimieren soll – sie hat sich in diese „Antiterror“-Strategie regelrecht einbinden lassen. Tatsächlich haben Bundesrepublik und EU allzu lange mit der Türkei eng, unkritisch, teils willfährig kooperiert – gerade im „Antiterrorkampf“. Sie haben damit Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen geleistet und die kriegerische Kurdenpolitik flankiert: so mit dem Verbot der kurdischen PKK in Deutschland und ihrem Eintrag in die EU-Terrorliste, so mit zahlreichen Strafermittlungen und „Terrorismus“-Prozessen gegen kurdische Aktivisten und Vereinigungen hierzulande, so mit milliardenschweren Waffenlieferungen an die Türkei – trotz prekärer Menschenrechtsslage, trotz mutmaßlicher Kriegsverbrechen, trotz türkischer Unterstützung islamistischer Terrormilizen, trotz mehrfach verlängerten Ausnahmezustands nach dem Putschversuch eines Teils des türkischen Militärs.

Die Geschichte deutsch-türkischer „Sicherheitskooperation“ ist lang und folgenschwer. Hier nur ein paar Schlaglichter auf die unterschiedlichen Kooperationsbereiche:

1. PKK-Verbot, EU-Terrorliste, 129b-Terrorismungsverfahren und die Folgen

Das vor 24 Jahren von der Bundesregierung erlassene Betätigungsverbot für die kurdische Arbeiterpartei PKK und andere kurdische Organisationen hat viel Unheil gestiftet. Mit diesem Verbot und der Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste folgten Bundesrepublik und EU dem Drängen des NATO-Partners Türkei – eines Staates, der sich selbst gravierender Menschenrechtsverletzungen schuldig macht und der sich daraufhin legitimiert fühlen konnte, rücksichtslos mit Unterdrückung und Staatsterror gegen Kurden und ihre Organisationen vorzugehen und allzu lange eine zivile und friedliche Lösung der kurdischen Frage zu torpedieren.

Trotz des Wandels, den die einst gewaltorientierte PKK in Europa in Richtung einer friedlich-demokratischen Lösung des Konflikts vollzogen hat, besteht ihr Verbot bis heute fort, ist sogar 2017 noch ausgeweitet worden – auf Symbole bislang legaler Gruppen. All dies hat Zigtausende politisch aktiver Kurden, die vor Verfolgung und Folter aus der Türkei geflohen waren, hierzulande kriminalisiert – oft genug nur wegen verbaler „Taten“ –, hat sie zu potentiellen Gewalttätern und gefährlichen „Terroristen“ gestempelt und damit zu innenpolitischen Feinden erklärt und ausgegrenzt. Mit diesem Verbot werden die Grundrechte der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit und damit die freie politische Betätigung massiv beschränkt. Demonstrationsverbote und Razzien, Durchsuchungen von Privatwohnungen, Vereinen, Druckereien und Redaktionen, Beschlagnahmen und Inhaftierungen waren und sind immer wieder an der Tagesordnung genauso wie geheimdienstliche Ausforschung und Infiltration durch Staats- und Verfassungsschutz.

Auf Grundlage des europaweit einmaligen PKK-Verbots werden Geld- und Freiheitsstrafen verhängt, Einbürgerungen abgelehnt, Staatsbürgerschaften aberkannt, Aufenthaltserlaubnisse nicht verlängert, Asylanerkennungen widerrufen oder Ausweisungen verfügt. Doch längst ist das Verbot zum kontraproduktiven Anachronismus geworden und gehört nach Auffassung namhafter Bürger- und Menschenrechtsorganisationen aufgehoben – ebenso die exekutive Ermächtigung durch die Bundesregierung zur Strafverfolgung der PKK als ausländische „terroristische Vereinigung“ nach § 129b StGB. Geht es um Gewalt, dann reichen die traditionellen Strafnormen völlig aus. 2017 hat übrigens ein belgisches Berufungsgericht entschieden, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, sondern eine legitime Partei in einem innerstaatlichen Konflikt in der Türkei; sie könne deshalb auch nicht mit Antiterror-Gesetzen verfolgt werden, genauso wenig wie deren Mitglieder und Unterstützer.

2. Deutsch-türkische Polizei-Kooperation und der Missbrauch von Interpol

Erst Ende 2017 stellte der damalige Bundesjustizminister Maas die polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei zumindest in Frage – eine Kooperation, die sich auf allen Ebenen recht intensiv gestaltete, ob Polizeiausbildung, -ausstattung, -einsatztaktik, Terrorbekämpfung, Grenzsicherung oder Datenaustausch. Doch angesichts der prekären Entwicklung in der Türkei hätte diese Zusammenarbeit schon längst einer kritischen Überprüfung und Korrektur unterzogen werden müssen.

Wie missbrauchbar eine solche Kooperation sein kann, zeigen die Fälle des Schriftstellers Doğan Akhanli aus Köln/Deutschland und des Journalisten Hamza Yağın aus Schweden - beide ursprünglich aus der Türkei stammend. Die türkische Regierung instrumentalisierte Interpol, um die beiden Regimekritiker in Spanien mit dem Ziel festnehmen zu lassen, sie an die Türkei auszuliefern (was letztlich nicht passiert ist). Interpol ist die größte Polizeiorganisation der Welt für grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit. Sie ist ein privatrechtlicher Verein, ohne völkerrechtliche Legitimation und demokratische Kontrolle. Derzeit hat Interpol 190 Mitgliedstaaten, darunter zahlreiche Diktaturen und autokratische Regime. Trotz politischer Neutralitätspflicht wird Interpol von korrupten / autoritären Staaten dazu missbraucht, politische Dissidenten weltweit aufzuspüren, festnehmen und ausliefern zu lassen. Es ist deshalb allerhöchste Zeit, diesen gefährlichen Missbrauch zu stoppen.

3. Deutsch-türkische Geheimdienst-Kooperation

Die deutschen Geheimdienste arbeiten traditionell eng und intensiv, wenn auch nicht immer reibungslos, mit den Geheimdiensten der Türkei zusammen – handelt es sich doch unter NATO-Partnern um befreundete Dienste. Im gemeinsamen Fokus befinden sich vor allem PKK und kurdische Vereine und Aktivisten als angebliche potentielle „Terroristen“ und „Terrorhelfer“.

Erst 2016 ist dem bundesdeutschen Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ ein engerer Datenaustausch mit ausländischen Sicherheits- und Geheimdienstbehörden der EU und NATO-Staaten gesetzlich eingeräumt worden sowie das Einrichten gemeinsamer Antiterror-Dateien und Datenpools. Es geht dabei um den erleichterten Austausch von Daten über mutmaßliche Terror-Verdächtige und deren mögliche Kontakt- und Begleitpersonen – mit weitreichenden Folgen für das Informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen, über die auf diese Weise Personen-, Bewegungs- und Kontaktprofile erstellt und grenzüberschreitend nutzbar gemacht werden können. Hochproblematisch wird diese kaum kontrollierbare Kooperation spätestens dann, wenn Daten von Partnerdiensten, etwa der Türkei, menschenrechtswidrig erfohlert wurden und

dann hierzulande gerichtlich genutzt werden; oder wenn die vom „Verfassungsschutz“ übermittelten Daten in der Türkei zur politischen Verfolgung missliebiger Personen und Gruppen missbraucht werden.

Statt einer noch engeren bilateralen Kooperation ist aktuell zu fordern, die Zusammenarbeit mit türkischen Geheimdiensten auszusetzen. Die gesamte „Sicherheitskooperation“ mit der Türkei gehört längst auf den Prüfstand und sollte auf ein unerlässliches Minimum reduziert werden.

4. Türkische Spitzel u. Agenten verfolgen Oppositionelle in der Bundesrepublik

Der türkische Geheimdienst MIT, der in letzter Zeit erheblich aufgerüstet wurde und auch polizeiliche Befugnisse hat, soll hierzulande mit zahlreichen Agenten Oppositionelle und Regimekritiker sowie Vereine, Schulen und sonstige Einrichtungen in großem Umfang ausspionieren, ja sogar bedrohen. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten sollen es bis zu 6000 Agenten und auch zahlreiche freiwillige Spitzel sein. Im Visier sind angebliche Anhänger der PKK sowie der Gülen-Bewegung, die die türkische Regierung für den Putschversuch verantwortlich macht. Nachdem MIT dem Bundesnachrichtendienst 2017 schwarze Listen mit Hunderten von Ausforschungszielen übergeben hatte, darunter auch Firmen, sind manche Betroffene von hiesigen Sicherheitsbehörden in „Gefährdeten-Ansprachen“ informiert und vor Reisen in die Türkei gewarnt worden.

Diese Reaktionen und Warnungen sind gut und richtig. Auch, dass die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für türkische Geheimdienste ermittelt. Doch die wenigen Spionage-Ermittlungen werden der Dimension geheimdienstlicher Ausforschung und der Bedrohung keineswegs gerecht. Hier müssten die Sicherheitsorgane weit konsequenter intervenieren, um das türkische Spitzelsystem in der Bundesrepublik zu zerschlagen – eigentlich Aufgabe der Spionageabwehr des „Verfassungsschutzes“.

Es kann doch nicht angehen, dass Kurden und Regimekritiker hierzulande in einem Klima der Angst leben müssen, in Angst vor Bespitzelung, Verfolgung und Bedrohung - oder gar um ihr Leben fürchten müssen, wie etwa der kurdische Aktivist Yüksel Koc und andere. Übrigens: Inzwischen soll es eine Smartphone-App geben, mit der verdächtige Erdogan und Regierungskritiker vereinfacht und direkt an die türkische Polizei gemeldet und damit denunziert werden können.

Politische Forderungen/Konsequenzen: Auch wenn immer wieder Signale der „Entspannung“ aus der Türkei zu vernehmen und einige politische Gefangene freigekommen sind: Die menschenrechtliche Situation in der Türkei hat sich nicht verbessert. Auch wenn der Ausnahmezustand nach zwei Jahren endlich aufgehoben wurde, sind zahlreiche Oppositionelle und Regimekritiker weiterhin in-

haftiert. Deshalb ist von der Bundesregierung eine unmissverständliche Haltung gegenüber der Türkei einzufordern.

Angesichts des türkischen Kriegs gegen die kurdische Bevölkerung (auch in Afrin/Syrien) und der katastrophalen Menschenrechtslage in der Türkei, angesichts eines menschenrechtlich bedenklichen Flüchtlingsdeals, angesichts auch der neueren Rolle der Kurden als stabilisierender Faktor im Nahen und Mittleren Osten und im Abwehrkampf gegen den IS-Terror, kommt der EU und Deutschland eine gesteigerte Verantwortung im Verhältnis zu den türkischen Sicherheitsbehörden zu sowie für eine gerechte Lösung des türkischkurdischen Konflikts. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es eines starken Wandels der europäischen Türkei- und Kurdenpolitik. Dazu gehört: endlich Kriminalisierung, Verfolgung und Ausgrenzung von Kurden, ihren Organisationen und Medien in Europa und Deutschland zu beenden sowie die Menschenrechtslage in der Türkei und die kurdische Frage mit Nachdruck auf die EU-Agenda zu setzen. Einstweilen gilt: Reduzierung der deutsch-türkischen „Sicherheitskooperation“ auf ein Minimum, keine Auslieferung von Kurden und Regimegegnern, sofortiger Stopp aller deutschen Rüstungs- und Waffenexporte in die Türkei, die im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung bereits eine verheerende Rolle spielten.

Beitrag auf der Veranstaltung in Köln:

„Kann die Türkei noch ein Bündnispartner sein?“

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin). Mitherausgeber des jährlich erscheinenden „Grundrechte-Reports. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“ (Fischer-TB). Mitglied in der Jury zur Verleihung des Negativpreises BigBrotherAward. arbeitet seit den 1990er Jahren anwaltlich, parlamentarisch und publizistisch zur Menschenrechtslage in der Türkei und zur kurdischen Frage. Ausgezeichnet mit der Theodor-Heuss-Medaille, dem Kölner Karlspreis für engagierte Literatur und Publizistik und mit dem Bremer Kultur- und Friedenspreis. Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren von Bundestag und Landtagen. Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zu den Themenbereichen Demokratie, Innere Sicherheit, Bürger- und Menschenrechte.

PKK zu Unrecht auf EU-Terrorliste

Die PKK ist zwischen 2014 und 2017 zu Unrecht auf der EU-Terrorliste geführt worden, entschied der EU-Gerichtshof in Luxemburg. In der Urteilsbegründung wird auf den Friedensaufruf Abdullah Öcalans im Jahr 2013 verwiesen.



Wie der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden hat, stand die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zwischen 2014 und 2017 zu Unrecht auf der Liste terroristischer Organisationen. Das Gericht in Luxemburg erklärte die zugrundeliegenden Beschlüsse der EU-Staaten wegen Verfahrensfehlern für nichtig. Nach Ansicht des Gerichts hat der Rat der Mitgliedstaaten in notwendigen Verordnungen und Beschlüssen nicht hinreichend begründet, warum er die PKK auf der Liste führt.

An der Anhörung in Luxemburg nahmen die Rechtsanwälte des EU-Rats, der EU-Kommission und Großbritanniens sowie der PKK teil. Zwei Führungsmitglieder der PKK, Murat Karayilan und Duran Kalkan, hatten vor knapp vier Jahren beim Europäischen Gerichtshof gegen die Führung der PKK auf der EU-Terrorliste geklagt. Die PKK war 2002 auf Wunsch der Türkei auf die Terrorliste gesetzt worden. In dem aktuellen Verfahren ging es um die Listung seit dem 10. Februar 2014. Die Liste wird alle sechs Monate erneuert.

In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, dass die Listung zwar mit mehreren Vorfällen erklärt wird, diese von der EU jedoch in juristischer Hinsicht nicht ausreichend belegt sind. Die neue Lage der PKK im Mittleren Osten sei nicht beachtet worden, außerdem fehle es an Argumenten. Als Argumente wurden unter anderem Gerichtsbeschlüsse aus der Türkei aufgeführt. Das EU-Gericht zweifelte an, ob in den türkischen Prozessen das Recht der PKK auf Verteidigung geachtet worden ist. Der EU-Rat habe diese Urteile ausreichend prüfen müssen. Das gleiche gelte für ähnliche Urteile von US-Gerichten.

Auf Friedensaufruf Öcalans verwiesen

Weiter heißt es in der Urteilsbegründung, dass das PKK-Verbot in der EU und in Großbritannien auf die Jahre 2001 und 2002 zurückgeht. Selbst wenn die PKK weiter auf der Liste geführt werde, hätten die aktuellen Entwicklungen – wie von der PKK-Verteidigung gefordert – beachtet werden müssen.

So liege zwischen der Verbotserneuerung von 2014 und der ersten Verbotsverfügung ein Zeitraum von über zehn Jahren. Das Gericht verwies insbesondere auf die Waffenstillstandserklärungen der PKK seit 2009 und die Friedensgespräche mit dem türkischen Staat. Ebenfalls aufgeführt ist der Friedensaufruf des PKK-Gründers Abdullah Öcalan zum kurdischen Neujahrsfest am 21. März 2013. Das Gericht erinnerte daran, dass dieser Aufruf von der damaligen EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und dem EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle in einer gemeinsamen Erklärung unterstützt worden ist.

Weiterhin bemängelte der EU-Gerichtshof, dass die Verbotsverfügungen seit 2001 mit 69 Angriffen der PKK oder mit ihr verbundenen Gruppen begründet worden sind, aber keine dieser Anschuldigungen von einem Gericht in einem EU-Land bestätigt worden ist. Das Gericht verwies auf ein früheres Urteil zu der Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) und führte aus, dass die EU den Wahrheitsgehalt solcher Terroranschuldigungen beweisen müsse.

Der Antrag auf rückwirkende Streichung der PKK von der Terrorliste seit 2002 wurde zurückgewiesen. Für das Jahr 2018 liegt ein neuer Beschluss zur EU-Terrorliste vor, der durch das aktuelle Urteil nicht infrage gestellt wird. <https://anfdeutsch.com/aktuelles/eu-gerichtshof-pkk-war-zu-unrecht-auf-terrorliste-7798>, 15.11.2018

25 JAHRE PKK-BETÄTIGUNGSVERBOT

Bundesregierung verschärft die Verfolgung

Am 26. November 1993 trat das vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther verfügte Vereins- und Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie angebliche Tochter- und mögliche Nachfolgeorganisationen in Deutschland in Kraft. Auf dieser Grundlage fanden in den letzten 25 Jahren zehntausende von Strafverfahren statt, wurden Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Politisches Engagement ohne jede strafrechtlichen Verstöße ist vielen Kurdinnen und Kurden ohne deutschen Pass unter Maßgaben des Ausländerrechts zum Verhängnis geworden. Einbürgerungen wurden verweigert, der Asylstatus wieder aberkannt und Menschen per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis und damit jede gesicherte Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Kurdische Einrichtungen und Vereine waren flächendeckend der Bespitzelung durch Polizei und Geheimdienste ausgesetzt. Das Verbot hat tief in das

Leben der Menschen eingegriffen und bei vielen die Erfahrung hinterlassen, der Verfolgung in der Türkei entkommen zu sein, um in Deutschland wieder in einer Falle zu sitzen.

Kurdische politische Gefangene

Schon seit Ende der 1980er Jahre wurden Dutzende kurdischer Aktivist*innen mittels der umstrittenen Paragraphen §129 und §129a Strafgesetzbuch (StGB) als Mitglieder in einer inländischen kriminellen oder terroristischen Vereinigung angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Als mangels Tatbeständen die Anklagen zurückgingen, kam 2010 der Bundesgerichtshof der Regierung zur Hilfe und legte nahe, auch kurdische Aktivistinnen und Aktivisten nach dem im Jahre 2002 eingeführten §129b als Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu verfolgen. AZADÎ hat seit der BGH-Entscheidung 29 Aktivist*innen registriert und betreut, die aufgrund dieses Paragraphen verurteilt wurden bzw. deren Verfahren noch nicht eröffnet sind. Derzeit befinden sich zehn Kurden – darunter eine Kurdin – auf der Grundlage von §§ 129a/b in Untersuchungs- oder Strafhaft.

BMI verschärft Repressionsdruck

Als Anfang der 1990er Jahre die Auseinandersetzungen bei kurdischen Demonstrationen eskalierten, kamen Politik und Sicherheitsbehörden zu der Einsicht, dass allein mit Repression der politische Wille von ca. 800.000 Kurdinnen und Kurden nicht zu unterdrücken ist. Parallel zur weiteren strafrechtlichen Verfolgung gab es – in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt – einen informellen modus vivendi, der den Kurd*innen die Möglichkeit gab, ihrer politischen Identität ohne Störung durch die Polizei Ausdruck zu geben, etwa bei dem inzwischen seit über 20 Jahren alljährlich insbesondere in NRW stattfindenden kurdischen Friedens- und Kulturfestival.

Dieser informelle Konsens wurde mit einem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 2. März 2017 ohne weitere Erklärung aufgekündigt. In dem fünfseitigen Papier werden die Sicherheitsbehörden der Länder angewiesen, insbesondere das Zeigen des Bildnisses von Abdullah Öcalan zu unterbinden, da dieser stellvertretend für die PKK stünde. In einer beigefügten Liste mit nunmehr insgesamt 33 verbotenen Symbolen waren erstmalig auch die kurdisch-syrischen Organisationen YPG/YPJ und PYD als ausländische „PKK-Ableger“ gelistet. Mit einem Rundschreiben vom 29. Januar 2018 legte das BMI noch einmal nach und verschärfte wiederum den Umgang mit der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland.

Türkei-Politik auf Kosten der Kurd*innen

Im Zuge der neuen deutsch-türkischen Annäherungen hat sich die Repression in diesem Jahr (2018) erneut zugespitzt. Während die türkische Armee völkerrechtswidrig mit deut-

schen Leopard-Panzern in die kurdisch-syrische Enklave Afrin einmarschierte, machte die Polizei bei Gegendemonstrationen Jagd auf die Symbole von YPG und YPJ. Es folgten im Nachlauf fast wöchentlich Razzien gegen kurdische und solidarische deutsche Einrichtungen mit der Begründung eines möglichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz. Das Vorhaben der Sicherheitsbehörden, sämtliche vom kurdischen Dachverband NAV-DEM organisierten Demonstrationen und Veranstaltungen zu verbieten, konnte nur durch das Eingreifen der Verwaltungsgerichte gestoppt werden. Nach wie vor sitzen Zehntausende politische Gefangene in türkischen Gefängnissen, während für Präsident Recep Tayyip Erdoğan im September 2018 in Berlin der rote Teppich ausgerollt wurde - inklusive eines feierlichen Staatsbanketts.

Alle Bundesregierungen haben bis heute am strikten Repressionskurs gegen Kurd*innen und ihre Organisationen festgehalten und sich letztlich aus Eigeninteresse stets an die Seite türkischer Machthaber gestellt.

Mit dem Betätigungsverbot der PKK isoliert sich Deutschland aber zunehmend international. So befand der Europäische Gerichtshof in Luxemburg am 15. November, dass die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zwischen 2014 und 2017 zu Unrecht auf der EU-Liste terroristischer Organisationen stand.

Dies sollte die Bundesregierung zum Anlass nehmen, die aktuelle Verfolgung kurdischer Aktivist*innen nach § 129b zu beenden und das PKK-Betätigungsverbot aufzuheben, um endlich den Weg frei zu machen für offene politische Diskussionen und repressionslose Aktivitäten! AZADİ e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, azadi@t-online.de, 25.11.2018

Trumps Entscheidung hat IS neues Leben eingehaucht

Der zurückgetretene US-Sonderbeauftragte für den Kampf gegen den IS, Brett McGurk, hat Trump vorgeworfen, mit seiner Ankündigung des Truppenabzugs aus Syrien dem IS und anderen Feinden der USA Auftrieb verschafft und „neues Leben“ eingehaucht zu haben.

Wenige Tage vor Weihnachten hatte US-Präsident Donald Trump den vollständigen Abzug der rund 2000 US-Soldaten aus Syrien angekündigt, da die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) besiegt sei. Die Ankündigung veranlasste Verteidigungsminister Jim Mattis zum Rücktritt. Kurz danach erklärte auch der US-Sonderbeauftragte für den Kampf gegen den IS, Brett McGurk seinen Abgang.

McGurk kritisierte nun, dass Trump seine Entscheidung zum Truppenzug ohne Konsultation mit den internationalen Verbündeten und dem US-Kongress sowie ohne „Risikoerschätzung und Auswertung der Fakten“ getroffen habe. Die Verbündeten in der US-geführten Allianz gegen den IS, der unter anderem auch Frankreich und Großbritannien angehören, habe die Entscheidung des Präsidenten „konsterniert“ hinterlassen, schreibt McGurk in einem Artikel für die Washington Post.

Durch den Abzug werde ein „Vakuum“ in Syrien geschaffen, in das der IS und andere extremistische Gruppen hineinstoßen würden, warnte McGurk. Diese Gruppen könnten auf diese Weise ihre Fähigkeiten erneuern, „unsere Freunde in Europa und letztendlich auch unsere Heimat zu bedrohen“.

„Die Türkei ist kein Vertrauenswürdiger Partner“

McGurk erklärte, man müsse sich jetzt mit vier bitteren Realitäten in Syrien auseinandersetzen. Er fasste diese vier Punkte unter den Überschriften zusammen: „Wir verlassen Syrien. Assad bleibt. Im Nordosten von Syrien können nur die QSD für Stabilität sorgen. Die Türkei ist kein verlässlicher Partner in Syrien.“

Weiter führte er aus, dass der IS noch vor Kurzem vor den Toren Bagdads stand, der Irak aber heute so sicher sei wie seit Jahren nicht mehr: „Diese hart errungenen Erfolge wurden durch das Engagement der Partner vor Ort erzielt - irakische Sicherheitskräfte, kurdische Peschmerga, syrische Oppositionskämpfer und die Demokratischen Kräfte Syriens, sie alle haben einen hohen Blutzoll gezahlt.“

Er selbst habe von der Rückzugsentscheidung Trumps in einem Telefongespräch mit US-Außenminister Pompeo erfahren, schrieb McGurk: „Ich kehrte sofort nach Washington zurück, um die Auswirkungen dieser Entscheidung abzumildern, insbesondere was unsere Koalitionspartner betrifft. Wir hatten ihnen gerade eben auf Weisung des Weißen Hauses versichert, dass wir nicht vorhätten, Syrien in Kürze zu verlassen.“ Wenige Tage vor Trumps Ankündigung des Truppenabzugs hatten sich McGurk und der zurückgetretene Verteidigungsminister Jim Mattis mit den Koalitionspartnern getroffen und die Absicht verkündet, bis 2020 in Syrien zu bleiben.

„Unsere Partner waren brüskiert“

McGurk schrieb weiter, die Rückzugsentscheidung habe die westlichen Partner brüskiert. Die QSD seien ebenfalls verwirrt gewesen, hätten aber gleichzeitig bekräftigt, den Kampf gegen den Terror fortsetzen zu wollen. „Ich kam bald zu dem Schluss, dass ich diese neuen Anweisungen nicht effektiv umsetzen konnte, und reichte am 22. Dezember meinen Rücktritt ein.“

McGurk betonte, dass Trumps Erklärung, den IS besiegt zu haben, nicht richtig und ein dreißigtägiger Rückzugs-

plan „logistisch unmöglich“ sei. Er stellte heraus, dass die Türkei ohne Unterstützung der USA keine hunderte Kilometer nach Syrien eindringen und Operationen durchführen könne und schrieb: „Viele der von der Türkei unterstützten syrischen Oppositionsgruppen schließen Extremisten ein, die offen ihre Absicht erklärt haben, gegen die Kurden und nicht gegen den Islamischen Staat zu kämpfen.“

Den neuesten Vorschlag Trumps kommentierte McGurk ebenfalls: „Der jüngste Vorschlag von Trump, – per Tweet hatte er sich für eine 20-Meilen-Sicherheitszone ausgesprochen, – die nach Aussagen Erdoğan von der Türkei errichtet werden soll, – scheint ebenfalls ohne Nachdenken oder Analyse gemacht worden zu sein. Dieses Gebiet würde alle kurdischen Gebiete in Ostsyrien umfassen. Es gibt weder eine Kraft, die bereit ist, die Macht zu übernehmen, noch die Zeit, um eine Sicherheitszone aufzubauen, während amerikanische Truppen sich auf den Abzug vorbereiten. Der Einmarsch von der Türkei unterstützter Oppositionskräfte würde wahrscheinlich Tausende von Kurden vertreiben und die in der Region verstreuten christlichen Gemeinschaften bedrohen.“

Brett McGurk warnte: „Unsere Partner werden aufhören, uns zuzuhören und damit beginnen, Entscheidungen gegen unsere Interessen zu fällen. (...) Die Ironie ist, dass der Präsident von Anfang an sagte, es sei sein Ziel, den Islamischen Staat zu besiegen. Im Jahr 2016 gelobte er, „die Hölle aus dem IS herauszuprügeln.“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/mcgurk-trumps-entscheidung-hab-is-neues-leben-eingehaucht-9013>, 19.01.2019



Wegen Afrin-Protesten in München: Kurde zu Geldstrafe verurteilt

Die Münchener Justiz hat den kurdischen Aktivisten Ahmet Çakmak wegen „Verstoß gegen das Vereinsgesetz“ zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro verurteilt. Dem Flüchtling wird unter anderem zur Last gelegt, ein kurdisches Lied gesungen zu haben.



Die Münchener Justiz hat den kurdischen Aktivisten Ahmet Çakmak wegen „Verstoß gegen das Vereinsgesetz“ zu einer Geldstrafe von 1000 Euro verurteilt. Dem anerkannten Flüchtling werden Redebeiträge zur Last gelegt, die er bei Protesten in München gegen den Angriffskrieg der türkisch-dschihadistischen Besatzungstruppen auf den nordsyrischen Kanton Afrin hielt. Außerdem soll Çakmak bestraft werden, weil er das kurdische Lied Çerxa Şoreşê gesungen hat. In einer Zeile des Stücks fällt der Name Abdullah Öcalans.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/wegen-efrin-protesten-in-muenchen-kurde-zu-geldstrafe-verurteilt-7792>, 15.11.2018

Beschluss des Berliner Landgerichts wegen YPG-Fahnen und Apo-Rufen

Das Landgericht Berlin hat die Eröffnung eines Hauptverfahrens wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz abgelehnt und damit der Anklageschrift der Berliner Staatsanwaltschaft widersprochen. Die Staatsanwaltschaft hatte einem Mann zur Last gelegt, auf einer Demonstration am 13. März 2018 gegen die völkerrechtswidrige türkische Invasion in Afrin mit einer YPG-Fahne in der Hand über Lautsprecher „Bijî Serok Apo“ gerufen zu haben. Die Berliner Staatsanwaltschaft wertete dies als Verstoß gegen das PKK-Verbot.

Die Staatsschutzkammer des Landgerichts konnte jedoch keine Straftat erkennen, weil die Äußerung „in ihrem



Kontext von der Meinungsfreiheit geschützt“ sei. „Auch das dem Angeschuldigten vorgeworfene Halten der Fahne der YPG ist nicht strafbar“, heißt es in dem ANF vorliegenden Beschluss vom 19. Dezember 2018.

YPG/YPJ-Fahnen sind nicht verboten

„Das Berliner Landgericht stellt mit dieser Entscheidung klar, dass Fahnen der YPG und der YPJ in Deutschland nicht verboten sind. Diese Selbstverständlichkeit muss betont werden, weil andere Gerichte diese Klarheit gegenwärtig vermissen lassen“, erklärt Rechtsanwalt Lukas Theune, der den Angeschuldigten in dem Verfahren vertreten hat. „Zugleich bestätigt das Gericht auch, dass jedenfalls einmalige Rufe des Slogans ‚Bijî Serok Apo‘ keine Straftat darstellen und auch nicht bedeuten, dass eine YPG-Fahne damit automatisch in einen PKK-Kontext gerückt wird.“

Besonders erfreulich ist für Theune, dass das Gericht bereits die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt hat: „Das heißt, in einer derartigen Konstellation besteht nicht einmal ein hinreichender Tatverdacht. Die Staatsanwaltschaften dürften daher entsprechende eingeleitete Strafverfahren nunmehr einstellen müssen.“

Grundsätzlich kann nach Ansicht des Landgerichts die Parole „Bijî Serok Apo“ eine Zuwiderhandlung gegen das PKK-Verbot darstellen. „Bloße Sympathiekundgebungen“ stellten jedoch keinen Verstoß gegen das Betätigungsverbot dar, weil sie von der Meinungsfreiheit gedeckt seien, „sofern nicht besondere Umstände hinzukommen“. „An solchen besonderen Umständen fehlt es hier. Vielmehr handelt es sich bei der Äußerung um eine singuläre Sympathiekundgebung innerhalb einer Versammlung, die ein legitimes Motto hatte und friedlich verlief“, so der Beschluss. Weiterhin stellt das Landgericht fest: „Die Vereinigung YPG ist nicht verboten.“

Der Angeschuldigte muss entsprechend für die erfolgte Beschlagnahmung seiner YPG-Fahne entschädigt werden. „Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen des Angeschuldigten fallen der Landeskasse zur Last“, heißt es in dem Beschluss.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/ypg-und-apo-erfreulicher-beschluss-des-berliner-landgerichts-9021>, 19.01.2019

Anselm Schindler: „Ich nehme das Urteil nicht hin“

Anselm Schindler, ein Münchner Journalist und Buchautor, ist wegen einer YPJ-Fahne zu 4.400 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Er kündigt Berufung an und rät allen weiteren Betroffenen der Münchner Justiz zum gemeinsamen Vorgehen.



Heute stand der Journalist und Aktivist Anselm Schindler wegen angeblichen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz vor dem Münchner Amtsgericht. Gegenüber ANF hat er sich zu dem Verfahren geäußert.

Heute war die Gerichtsverhandlung gegen dich, wie ist es gelaufen?

Bei der Demonstration gegen die NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München habe ich im Februar eine Fahne der kurdisch-nordsyrischen Frauenverteidigungseinheiten YPJ getragen. Heute wurde ich deshalb vor dem Münchner Amtsgericht zu 110 Tagessätzen verurteilt, die Geldstrafe beträgt insgesamt 4.400 Euro. Das Gericht sagt, dass das Tragen der Fahnen von YPG und YPJ ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz ist, weil diese Organisationen mit der PKK zu tun haben. Ich nehme das Urteil nicht hin und werde auf jeden Fall in Berufung gehen, das Ganze geht dann vor dem Landgericht München weiter.

Worauf hast du dich bzw. deine Verteidigung sich berufen? Die rechtliche Lage und der juristische Umgang mit den Fahnen der YPG und YPJ sind nicht ganz eindeutig, es besteht der begründete Verdacht, dass rechtliche Verfolgung wie in deinem Falle politisch motiviert ist. Konntet ihr vor Gericht diesen Aspekt thematisieren und offenlegen?

Das ganze Verfahren gegen mich und viele andere, die wegen Fahnen und Facebook-Posts angeklagt sind, ist ganz klar politisch motiviert. Die deutsche Politik hält Erdoğan im Kampf gegen den demokratischen Aufbau in Nordsyrien den Rücken frei und beliefert ihn mit Waffen, anstatt sich auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte zu positionieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Repression gegen die kurdische Bewegung und ihre Unterstützer*innen in Deutschland zu sehen: Sie geschieht im Interesse des deut-

schen Imperialismus, der eine starke Bindung zur Türkei braucht, um in der Region ökonomischen, politischen und militärischen Einfluss geltend zu machen. Ich habe das vor Gericht auch thematisiert, wobei von Anfang an klar war, dass das den Richter nicht interessieren wird.

Neben dir, Kerem Schamberger und Ludo Vici sind in München viele andere Menschen von der Strafverfolgung betroffen. Seid ihr vernetzt und habt ihr euch mal überlegt, in einer Sammelklage gegen die Schikane der Münchener Polizei und Justiz vorzugehen? Das Grundgesetz sowie die schwammige Rechtssituation hättet ihr sicherlich auf eurer Seite.

Wir wollen auf jeden Fall kollektive Antworten auf die Repression gegen alle Betroffenen geben, da wird in den kommenden Monaten noch einiges passieren. Auch in den meisten anderen Fällen wird Widerspruch gegen die Urteile eingelegt, wir warten dann ab, wie es weitergeht. Und natürlich wird es auch eine politische Kampagne geben, um auf das Unrecht, das da geschieht, aufmerksam zu machen. Wir werden das so nicht auf uns sitzen lassen.

Was rätst Du anderen Betroffenen, die wegen ähnlichen Vorwürfen juristisch verfolgt werden?

Holt euch einen Anwalt oder eine Anwältin und sprecht euch mit anderen Betroffenen ab. Gemeinsam bekommen wir das hin!

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/anselm-schindler-ich-nehme-das-urteil-nicht-hin-7756ANF>, 13.11.2018

15.000 € für ein Transparent gegen Rheinmetall

Diesen Betrag sollen zwei Menschen aus Frankfurt/M. zahlen, weil sie während der Jahreshauptversammlung von Rheinmetall am 8. Mai 2018 im Berliner Maritim-Hotel vor dem Haupteingang ein Transparent mit der Aufschrift: „*8. Mai 1945 – damals wie heute, war starts here, let’s stop it here*“ zeigen wollten. Das Banner war in den Farben der kurdischen Befreiungsbewegung gehalten, um gegen den Einsatz von Leopardpanzern aus deutscher Rüstungsproduktion beim völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Afrin/Syrien zu protestieren.

Etwa 10 Personen wurden durch einen massiven Polizeieinsatz daran gehindert, das Transparent zu entrollen und anschließend kurzfristig festgenommen. Die Strafbefehle mit dem Vorwurf des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte richten sich gegen zwei Personen aus Frankfurt.

Seit Jahren gibt es öffentlichen Protest gegen die Waffenschmiede Rheinmetall, so auch gegen deren Jahreshauptversammlungen, die 2018 am Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus unmittelbar gegenüber dem Verteidigungsministerium und ehemaligen Heeresamt, dem sogenannten Bendlerblock, stattfand.

Deutlicher kann der Rüstungskonzern Rheinmetall die Kontinuität der eigenen Geschichte und seine engen Verbindungen zu Verteidigungsministerium und Bundesregierung kaum demonstrieren. Damals wie heute ist Rheinmetall weltweit in Kriege involviert. Jüngste Beispiele sind die Waffenlieferungen gleich an mehrere Kriegsparteien im Jemen und der Bau einer Panzerfabrik in der Türkei.

Seit Jahren stellt sich der Konzern z.B. über seine Munitionsfabriken in Italien (RWM Italia S.p.A) und Südafrika (Denel-Konzern) international auf, um Ausfuhrverbote umgehen zu können. Trotz eines Waffenembargos, wie aktuell gegen Saudi-Arabien, führt Rheinmetall seine Lieferungen über die internationalen Tochterfirmen fort.

Ein Friedensaktivist aus Celle, der vor den Rheinmetallwerken in Unterlüß mit Flugblättern gegen deren illegale Waffenexporte protestierte und die Beschäftigten zur Veröffentlichung solcher Machenschaften aufrief, wurde Ende November 2018 wegen „Aufruf zum whistleblowing“ zu einer Geldstrafe von 1.800 € verurteilt. Das Urteil wird von dem Aktivisten nicht akzeptiert.

Ebenso wenig werden die beiden Personen aus Frankfurt die Strafbefehle über insgesamt 15.000 € akzeptieren und sie weisen die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurück. Es wird voraussichtlich im Frühjahr 2019 zu einer Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten kommen.

Polizei und Justiz stellen sich mit der Kriminalisierung von antimilitaristischen Aktionen auf die Seite der Profiteure von Krieg, Vertreibung und Flucht. Der Protest gegen Rheinmetall und andere Waffenschmieden wird weitergehen.

rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net

Kirchen kritisieren Rüstungsexporte

Die beiden großen Kirchen machen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung mitverantwortlich für die humanitäre Katastrophe im Jemen. Im Rüstungsexportbericht der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zogen sie eine ernüchternde Bilanz der Aktivitäten der neuen Bundesregierung.

Bisher keine Verschärfung der Regeln

Der katholische GKKE-Vorsitzende Prälat Karl Jüsten kritisierte, die noch für 2018 angekündigte Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien sei nicht in Sicht. Der evangelische Vorsitzende Prälat Martin Dutzmann forderte die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass Rüstungsproduzenten wie die Rheinmetall AG nicht länger auf Umwegen Munition in Kriegsgebiete liefern können.

Deutsche Waffenexporte

- » Deutschland ist viertgrößter Waffenexporteur der Welt und hatte zuletzt einen Anteil von 5,8 Prozent im Handel mit Großwaffen.
- » Die weltweit 100 größten Rüstungskonzerne verkauften 2017 Waffen und militärische Dienstleistungen im Wert von 398,2 Milliarden US-Dollar (349,6 Milliarden Euro). Das waren 2,5 Prozent mehr als 2016 und 44 Prozent mehr als im Jahr 2002.
- » Im vergangenen Jahr exportierte Deutschland Kriegswaffen wie U-Boote, Panzer oder Patrouillenboote im Wert von 2,65 Milliarden Euro - die höchste Summe in den vergangenen zehn Jahren.
- » Im vergangenen Jahr genehmigte die Bundesregierung die Ausfuhr von Kleinwaffen wie Pistolen oder Maschinengewehre im Wert von 47,82 Millionen Euro – eine leichte Steigerung im Vergleich zu 2016 (46,89 Millionen Euro).
- » Die Bundesregierung genehmigte 2017 laut GKKE Rüstungsexporte an 52 Staaten, „deren Menschenrechtssituation als schlecht eingestuft wird“. In 27 Empfängerländern habe es „interne Gewaltkonflikte“ gegeben, „bei 20 Empfängerländern ist die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Region gefährdet“.

http://www3.gkke.org/fileadmin/files/downloads-allgemein/18_12_17_REB_2018_Vorabdruck.pdf, KAN, 17.12.2018; www.aufschrei-waffenhandel.de, www.juergengraesslin.com

Bundestags-Gutachten: Türkei ist Besatzungsmacht in Syrien

Mit dem Abzug der US-Truppen aus Syrien verschiebt sich das Kräfteverhältnis in der gesamten Region endgültig. Die türkische Armee hält bereits seit gut einem Jahr syrische Grenzgebiete besetzt und sieht jetzt die Chance, die Kurden weiter zurückzudrängen. Ein Gutachten für den Bundestag kommt zu dem Schluss, dass der Nato-Partner mit der Besetzung gegen das Völkerrecht verstößt.

Die Türkei ist nach einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages Besatzungsmacht in Syrien.

Eine von der Linksfraktion in Auftrag gegebene Expertise kommt zu dem Schluss, dass „die türkische Militärpräsenz in der nordsyrischen Region Afrin sowie in der Region um Asas, al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens völkerrechtlich alle Kriterien einer militärischen Besetzung erfüllt“.

Die Bundesregierung hält sich bislang mit einer völkerrechtlichen Bewertung der Afrin-Offensive zurück. Außenminister Heiko Maas hatte allerdings bereits im März gesagt, dass die Militäroperation „sicherlich nicht mehr im Einklang mit dem Völkerrecht wäre“, wenn türkische Truppen dauerhaft in Syrien blieben. Linksfraktionsvizechefin Sevim Dagdelen nannte das Gutachten einen Weckruf: „Es ist skandalös, den Einmarsch und die Besetzung von Teilen Syriens durch den Nato-Partner Türkei entgegen aller Expertise und Stellungnahmen aller Bundestagsfraktionen nach wie vor nicht als Völkerrechtsbruch zu bewerten.“

Auszüge aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages: „Zur völkerrechtlichen Einordnung der türkischen Militärpräsenz in Nordsyrien“:

Besatzung

Der Begriff der militärischen Besetzung (*occupatio bellica*) bestimmt sich nach Art. 42 der Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907. Danach gilt ein Gebiet besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt eines feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung bezieht sich dabei auf die Gebiete, in denen diese Gewalt i.S.e. effektiven Kontrolle hergestellt ist und ausgeübt werden kann. Die Besetzung ist eine Form der Fremdherrschaft und als solche stets provisorischer Natur. Die Besatzungsgewalt überlagert dabei die nationale Hoheitsgewalt in den besetzten Gebieten. Gleichwohl soll die Besetzung nach Möglichkeit unter Beachtung der Landesgesetze erfolgen (Art. 43 HLKO).

Den meisten Fällen geht der Besetzung ein militärischer Einmarsch voraus, die für sich genommen allerdings noch keine Besatzungssituation begründet. Wann eine militärische Invasion in eine Besetzung umschlägt, lässt sich nicht immer eindeutig festmachen. Die Proklamation einer Besetzung ist – ebenso wie eine Kriegserklärung – jedoch nicht notwendig und hat, wenn sie denn überhaupt erfolgt, nur deklaratorischen Charakter. Die Rechtmäßigkeit der militärischen Invasion sowie die Rechtmäßigkeit der Besetzung selbst sind für die Anwendbarkeit von Besatzungsrecht irrelevant. Unerheblich ist auch eine Selbstbezeichnung der Invasoren als „Befreier“ (statt: „Besatzer“).

Die Besatzungsmacht unterliegt besonderen Rechtspflichten: So gelten in besetzten Gebieten insbesondere die Regeln der HLKO (Art. 42 ff.), das IV. Genfer Abkommen (Art. 47 ff.) sowie Grundrechte der örtlichen Bevölkerung (Art. 46 HLKO). Auch internationale Menschenrechte (insb. das *ius cogens*) sind von der Besatzungsmacht einzuhalten. Die Besatzungsmacht darf sich gem. Art. 55 HLKO lediglich als Verwalter bzw. Nutznießer gerieren – eine Einverleibung

des besetzten Gebietes in das Territorium der Besatzungsmacht ist damit ausgeschlossen.

Plünderungen, Deportationen und Bevölkerungstransfers sind ausdrücklich verboten (Art. 47 HLKO, Art. 49 des IV. GA); eine Evakuierung bestimmter Gebiete ist dagegen aus militärischen Gründen zulässig.

Die Besatzungsmacht ist für die Wohlfahrt der ansässigen Bevölkerung verantwortlich und hat die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten (Art. 43 HLKO). Weiter muss die Besatzungsmacht die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinischen Leistungen sowie die Instandhaltung notwendiger Elemente der Infrastruktur sicherstellen (Art. 55 f. des IV. GA). Eine Besatzungsmacht unterliegt den besatzungsrechtlichen Pflichten unabhängig davon, ob die Besatzung an sich völkerrechtskonform ist oder nicht.

Bei Lichte betrachtet erfüllt die türkische Militärpräsenz in der nordsyrischen Region Afrin sowie in der Region um Asas, al-Bab und Dscharablus im Norden Syriens völkerrechtlich alle Kriterien einer militärischen Besatzung.

Unerheblich für die völkerrechtliche Qualifikation einer Militärpräsenz als „Besatzung“ ist auch die rechtliche Bewertung einer vorausgegangenen Militäroffensive. Die im Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste vom 7. März 2018 zur „Operation Olivenzweig“ geäußerten rechtlichen Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des militärischen Vorgehens der Türkei in Nordsyrien im Hinblick auf Umfang, Ziele und Dauer der Militäroperation beziehen sich auf die Frage der Ausübung (bzw. der Verhältnismäßigkeit) des Selbstverteidigungsrechts nach Art. 51 VN-Charta im Rahmen eines (noch) andauernden bewaffneten Konflikts und nicht auf die nachfolgende Besatzung, die rechtlich erst mit Einstellung der Kampfhandlungen beginnt. Wann die türkische Besatzung nordsyrisch-kurdischer Gebiete begonnen hat, lässt sich daher nicht auf den Tag genau festlegen.

Sowohl die türkische Militäroperation „Olivenzweig“ ab Ende Januar 2018 als auch die nachfolgende und bis heute andauernde türkische Militärpräsenz in Nordsyrien stützt sich rechtfertigungshalber auf das Selbstverteidigungsrecht aus Art. 51 VN-Charta. Voraussetzung für das Selbstverteidigungsrecht ist ein gegenwärtiger bzw. andauernder bewaffneter Angriff gegen die Türkei. Die militärpolitische Zielsetzung, staatlich-kurdische Strukturen in Nordsyrien verhindern zu wollen, reicht dazu nicht aus. Solange vom sog. „Islamischen Staat“ (IS) oder von kurdischen Milizen tatsächlich (Raketen-)Angriffe in Form von terroristischen Anschlägen ausgehen, ist die Berufung auf das Selbstverteidigungsrecht zulässig.

Das Selbstverteidigungsargument verliert jedoch mit der territorialen Schwächung des „IS“ in Syrien sowie mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu jener – damals schon umstrittenen – Selbstverteidigungslage, auf die sich die Türkei im Januar 2018 berufen hatte, zunehmend an rechtlicher Tragfähigkeit.

Im Zuge des von US-Präsident Trump am 19. Dezember 2018 überraschend angekündigten Abzugs aller amerikanischen Streitkräfte aus Syrien bereitet die Türkei offenbar eine weitere Offensive in Nordsyrien vor. Ob eine türkische Besetzung größerer kurdisch-syrischer Gebiete südlich der türkischen Grenze völkerrechtlich notwendig ist, um die Türkei vor – fortlaufenden – Angriffen durch kurdische Milizen bzw. den „IS“ zu schützen, lässt sich trotz des militärpolitischen Einschätzungsspielraums, den man der Türkei bei dieser Frage zubilligen muss, durchaus bezweifeln.

https://www.sevimdagdelen.de/wp-content/uploads/183_18_Türkische-Präsenz-in-Nordsyrien.pdf; <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/bundestag-gutachten-tuerkei-besatzer-in-syrien-kurden-ypg-100.html>

Afrin ein Jahr unter türkischer Besatzung

Von Kamal Sido

Vor einem Jahr – am 20. Januar 2018 – begann die Armee des Nachbarlandes Türkei mit ihrer „Operation Olivenzweig“ gegen die syrisch-kurdische Region Afrin. War es der Region mit großen Anstrengungen gelungen, sich aus dem seit 2011 herrschenden Bürgerkrieg herauszuhalten, brachte der Angriff der Türkei der Zivilbevölkerung neues Leid. Bis zu 250.000 Menschen mussten damals fliehen, etwa 100.000 verblieben in der Stadt Afrin.

Die gleichnamige Region Afrin wurde am 18. März 2018 von türkischen Truppen eingenommen. Die kurdischen Flüchtlinge aus dem Gebiet leben noch immer in provisorischen Camps im Niemandsland zwischen Aleppo und Afrin in der sogenannten „Shahba Region“. Diese Menschen sind seit März 2018 von der Außenwelt abgeschnitten. Ihre humanitäre Lage ist katastrophal.



Demo in Afrin gegen die türkischen Luftangriffe, Januar 2018
Foto: GfbV-Archiv

Es mangelt an Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten. Das Gleiche gilt für Kurden, die noch in Afrin leben. Sie sind Schikanen, willkürlichen Verhaftungen und Plünderungen durch das türkische Militär und syrischen Islamisten ausgesetzt. Insbesondere die Situation der Minderheiten verschlechtert sich Tag für Tag.

Ein Rückblick

In Syrien gab es zu Beginn des Bürgerkrieges 2011 etwa drei Millionen Kurden. Sie stellten rund 15 Prozent der Gesamtbevölkerung und lebten hauptsächlich in zwei Enklaven, in Jazira, östlich des Flusses Euphrat im Nordosten des Landes, und in Afrin, westlich des Euphrats im Nordwesten des Landes. 2012 zogen sich die Pro-Assad-Regierungsgruppen aus Afrin und zum Teil aus Jazira zurück.

Kurz danach übernahm die kurdische Miliz „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) die Kontrolle in der Stadt und errichtete im Jahr 2014 unter dem Namen Rojava („Westkurdistan“) die drei Kantone Afrin, Kobani (Kobane) und Jazira. In Afrin und in Jazira konnten die Kurden während des syrischen Bürgerkrieges lange Zeit ein friedliches Leben aufrechterhalten. Viele glaubten, dass hier der Grundstein eines demokratischen Syriens gelegt wurde.

Afrin sollte eine selbstverwaltete Region in einem föderalen Land sein – Minderheitenschutz eingeschlossen. Afrin bot nicht nur seinen Bewohnern, sondern auch zahlreichen Geflüchteten Schutz und galt als Hoffnung für den Aufbau einer stabilen und ruhigen Gesellschaft in der Kriegsregion. Durch das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei ist die nordwestsyrische Region jetzt vom türkischen Militär besetzt. Mit gezielten Maßnahmen versuchen die türkische Regierung und syrische Islamisten dort seit März 2018 tiefgreifende Veränderungen zu erzwingen. Die kurdische Zivilbevölkerung wurde systematisch eingeschüchtert, beraubt und vertrieben. Selbst vor Mord schrecken die Besatzer nicht zurück.

Kurdischen Familien werden mehr und mehr die wirtschaftlichen Grundlagen entzogen; Infrastruktur und Denkmäler werden zerstört, Dörfer, Berge und Täler bekommen neue Namen in arabischer oder türkischer Sprache. Was in Afrin geschieht, nimmt zunehmend Züge des Versuchs einer Vernichtung der kurdischen Sprache, Kultur und nationalen Identität der Kurden an.

Ansiedlung arabischer Familien

Vor dem Angriff auf Afrin behauptete die türkische Regierung, dass die Kurden dort nur 42 Prozent der Bevölkerung stellen. In Wirklichkeit betrug ihr Bevölkerungsanteil bis 2011 rund 95 Prozent. Die Region war auch bekannt unter dem Namen „Kurdax“ oder „Ciyayê Kurmênc“. Übersetzt bedeutet das „Berg der Kurden“.

Nach der vollständigen Eroberung Afrins hat das türkische Militär in dem Gebiet verstärkt arabische Sun-

niten aus anderen Teilen Syriens angesiedelt. Es handelt sich vor allem um Familien islamistischer Kämpfer. In allen kurdischen Dörfern und Städten ließen sich Araber nieder. Im Rajo-Distrikt nördlich von Afrin-City hat das türkische Militär die Kurden aus den beiden Dörfern Darwish und Jia vollständig vertrieben und dort jeweils einen türkischen Militärstützpunkt errichtet.

In der früher ausschließlich von Kurden bewohnten Ortschaft Bulbul lebten etwa 1.000 Familien. Nur 50 kurdischen Familien durften in ihre Häuser zurückkehren. In die Ortschaft Meydan Ekbaz, die auf einem Pass zwischen Kurd Dagh (Kurdenberg) und dem Amanos-Gebirge liegt, durften nur 150 Familien von einst 500 kurdischen Familien zurückkehren. In der mehrheitlich kurdisch-alevitischen Ortschaft Mabata wurden 150 arabisch-sunnitische Familien angesiedelt. Etwa 60 kurdische Familien wollen seit April 2018 in ihre Häuser in Mabata zurückkehren. Das türkische Militär und die syrischen Islamisten erlauben dies aber nicht.

Zwangsarabisierung, Zwangstürkisierung und Islamisierung

Das türkische Militär und syrische Islamisten sollen mindestens 32 Schulen in Afrin abgerissen haben. 318 Schulen, Institute oder Universitäten wurden geschlossen. Die türkische Besatzungsmacht zwingt der kurdischen Bevölkerung die arabische oder türkische Sprache auf.

An den Schulen wird türkisches Lehrmaterial verwendet. An allen öffentlichen Gebäuden und Vereinen müssen türkische Fahnen aufgehängt, Namen von Einrichtungen und Straßen müssen arabisiert oder türkisiert werden. Der zentrale Platz der Stadt Afrin soll in „Erdogan-Platz“ umbenannt worden sein. In den Moscheen predigen nur noch radikalislamistische Imame. Sie erhalten ihre Predigten von der türkischen Religionsbehörde „Diyanet“ in Ankara.

Besonders schwer haben es die kurdischen Frauen. Sie werden gezwungen, sich zu verschleiern. Die kurdisch-muslimische Bevölkerung in Afrin war für ihre tolerante Haltung gegenüber anderen Religionen bekannt. Frauen genossen viele Rechte. Diese Kultur der Toleranz in Afrin ist nun in Gefahr. Denn das türkische Militär und die syrischen Islamisten versuchen Intoleranz und einen radikalen Islam in Afrin zu verbreiten.

Morde, Entführungen, Verhaftungen und Verschwindenlassen

Nach 300 Tagen Besatzungszeit sind kurdische Zivilisten ständig Unterdrückung und Gewalt durch die Besatzer ausgesetzt. Entführungen haben sich zu einem lukrativen Geschäft entwickelt, um an Lösegeld zu bekommen. Die freigelassenen Kurden berichten von schwerer Folter und Misshandlungen durch das türkische Militär und syrische Islamisten.

Wiederholt müssen Angehörige hohe Geldsummen zahlen, um Entführte überhaupt freizubekommen. Oft kommt es in den kurdischen Dörfern zu Razzien und öffentlichen Durchsuchungen sowie zur Belagerung, um Schmuck oder die wenigen Ersparnisse der Kurden zu rauben. Kurdische Bauern werden auf offener Straße geschlagen und misshandelt.

Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in Großbritannien beziffert die Zahl der kurdischen Gefangenen in Gewahrsam des türkischen Militärs auf 2.450. Ihre Zahl dürfte jedoch viel höher sein. Aus Angst vor neuen Strafmaßnahmen wollen viele Betroffene von ihrer Verhaftung erst gar nicht berichten. Immer wieder werden Kurden ermordet oder verschwinden spurlos.

Plünderungen und Ernteraub

Verschiedenen Quellen zufolge soll die türkische Regierung im Herbst 2018 mehr als 50.000 Tonnen Oliven aus Afrin abtransportiert haben. Am 8. November eröffneten die türkischen Militärs eigens dafür einen Grenzübergang bei Cindires im Westen von Afrin. Türkische Abgeordnete sprachen dieses Thema im Parlament an.

Das türkische Landwirtschaftsministerium soll auch bestätigt haben, dass Oliven von der türkischen Armee und ihren verbündeten Milizen aus Afrin in die Türkei gebracht worden seien. „80 Millionen Dollar Gewinn will die Türkei mit den Oliven erzielen.“

Der Landwirtschaftsrat von Afrin errechnete, dass die 18 Millionen Olivenbäumen in Afrin Millionen hochqualitative Früchte liefern. Die diesjährige Olivenernte hätte dem Kanton eine Olivenernte von 200.000 bis 210.000 Tonnen grünen Oliven und eine Produktion von 40.000 Tonnen Olivenöl gebracht.

Ferner wurden auch viele Olivenhaine zerstört, indem die Bäume abgesägt und als Brennholz auf den Märkten verkauft wurden. Immer wieder werden Olivenhaine auch einfach in Brand gesetzt. Etwa 50.000 Olivenbäume sollen vernichtet worden sein. So versucht man, die Lebensgrundlage der Bevölkerung zu zerstören.

Seit der völkerrechtswidrigen Besetzung Afrins durch türkische Truppen und verbündete syrische Jihadisten im März 2018 wurde ein Landstreifen in einer Breite von 200 bis 500 Metern und einer Länge von rund 150 Kilometern entlang der syrisch-türkischen Grenze entvölkert. Dort wurden auch alle landwirtschaftlichen Flächen zerstört. Zehn Hektar der 32 Hektar umfassenden Jahrzehnte alten Kiefernwälder Afrins wurden von den neuen Machthabern in der Region gezielt niedergebrannt.

Die Kurden in Afrin bezeichnen die Raubzüge der syrischen Islamisten und des türkischen Militärs als die schlimmste Heuschreckenplage, die Afrin jemals erlebt hat. Am schlimmsten waren die ersten Tage nach der Eroberung des Kantons. Wie Heuschrecken drangen bewaffnete

Männer mit langen Bärten in die Läden, Fabriken, Schulen, staatliche Gebäude, Arztpraxen, Apotheken, Lagerhäuser und Privathaushalte ein und nahmen alles mit, was sie tragen konnten.

Täglich wurden Möbel, Elektrogeräte, landwirtschaftliche Fahrzeuge und Autos auf den Markt gebracht. Einige Journalisten konnten diese Raubzüge auf Bild- und Videomaterial dokumentieren. Die Menschen aus Afrin berichteten mir, dass auch wertvolle Teppiche aus Moscheen geraubt wurden.

Zerstörung der Infrastruktur

Mit dem Beginn des türkischen Angriffskrieges gegen Afrin begann auch die systematische Zerstörung der Infrastruktur in der durch verschiedene Regierungen in Damaskus seit Jahrzehnten benachteiligten Region.

Unter schwierigsten Bedingungen war es den Menschen nach dem Abzug des syrischen Regimes aus Afrin gelungen, eine funktionierende Verwaltung mit Schulen, Krankenhäusern, lokaler Polizei, einer Universität, einem funktionierenden Internet-Telefonnetz sowie mit einer funktionierenden Wasser- und Stromversorgung aufzubauen. All das wurde vom türkischen Militär und syrischen Islamisten zerstört.

Die türkische Regierung hatte die Region Afrin bereits seit der syrischen Revolte im März 2011 von der Außenwelt abgeriegelt. Wiederholte Appelle, einen Grenzübergang von der Türkei nach Afrin für humanitäre Hilfe zu öffnen, stießen in der Türkei auf taube Ohren.

Ganz im Gegenteil: Die türkische Regierung hetzte verschiedenste syrische islamistische bewaffnete Gruppen gegen die Kurden in Afrin. Diese begannen bereits 2012 die Bevölkerung vom Osten und Süden anzugreifen. Immer wieder wurden Kurden massenweise auf der Hauptstraße zwischen Afrin und Aleppo entführt.

Zerstörung von kulturellem Erbe in Afrin

Beim Angriff auf Afrin zerstörten das türkische Militär und die syrischen Islamisten gezielt den antiken Tempel in Ain Dara, südlich von Afrin. Ebenso wurde die Hori-Zitadelle mit ihrem antiken Theater im Norden von Afrin dem Erdboden gleichgemacht. Auch viele Friedhöfe der Kurden wurden vollständig vernichtet.

Vertreibung von Yeziden, Christen und Aleviten aus Afrin

Außer sunnitischen Kurden beherbergte Afrin auch kurdische Yeziden (häufig auch: Jesiden oder Esiden), Aleviten/Alawiten sowie Christen. Im Februar 2015, als ein GfbV-Mitarbeiter Afrin besuchte, lebte dort nur noch ein Armenier mit seinem Sohn. Da die Region im Norden und Westen nahezu vollständig von der Türkei und im Süden und Osten von syrischen islamistischen Rebellen abgeriegelt war,

durften sich diese Armenier nur noch innerhalb von Afrin bewegen.

Die anderen Christen in Afrin waren in den vergangenen Jahren vom Christentum zum Islam konvertiert. Laut der Evangelical Christian Union Church gab es vor dem Einmarsch der türkischen Armee ungefähr 200 bis 250 christliche Familien in Afrin (etwa 1.200 Personen). Alle diese Christen mussten aus Afrin fliehen. Dort leben jetzt keine Christen mehr.

Die türkische Besatzung stellt eine große Bedrohung für viele Minderheiten dar. Besonders weil die meisten Kämpfer, die von der Türkei unterstützt werden, radikale Islamisten sind, die Hass gegen Anders-Gläubige verspüren. So sind zum Beispiel Yeziden besonders gefährdet: Am Rand der Region Afrin im Süden und Osten wurden entlang des Berges Lelun (Mount Simon) kurdisch-yezidische Dörfer oder Dörfer mit yezidischer Bevölkerung wie Basufan, Baadi, Barad, Kimar, Iska, Shadere, Ghazzawiya, Burj Abdalo und Ain Dara von türkischen Kampfflugzeugen angegriffen.

Die Bewohner mussten in die nahegelegenen Berghöhlen von Mount Simon fliehen. Dabei sind die Yeziden fester Bestandteil von Afrin: ihre Jahrtausende zurückreichende Präsenz ist dort durch Funde yezidischer Zeichen an Wänden von Tempeln und Denkmälern belegt worden.

Wie viele Yeziden noch in Afrin leben, wissen wir nicht. Bis zum türkischen Einmarsch gab es dort etwa 20.000 bis 30.000 von ihnen. Zu Recht fürchten sie sich vor radikalen Islamisten, die an der Seite der Türkei kämpfen, da sie glauben, dass sich unter ihnen auch ehemalige IS-Kämpfer befinden.

Am 14. März 2018 gaben die von der Türkei unterstützten Islamisten bekannt, dass sie das yezidische Dorf Feqira (Qizilbas), welches eines der wenigen rein yezidischen Dörfer in der Region Afrin ist, „befreit“ hätten. In einem von ihnen auf Facebook veröffentlichten Video rufen sie: „Allahu Akbar!“ Das war seit dem Ende der osmanischen Herrschaft 1918 wohl das erste Mal, dass dieser Ruf in dem Dorf ertönte.

Das gleiche Schicksal erlitt die etwa 5.000-köpfige alevitische Gemeinschaft. Aleviten leben vor allem im Distrikt Mabata. Wie die Yeziden sind auch sie in tödlicher Gefahr, denn für die Radikalislamisten gelten die Aleviten als Abtrünnige, die beseitigt werden müssen.

Nun droht der türkische Präsident Erdogan Kurden und anderen Volksgruppen auch im Nordosten Syriens, östlich des Flusses Euphrat, mit einem neuen Krieg. Wann und ob Erdogan seine Drohungen wahrmacht, ist vor allem von der Haltung der beiden Großmächte USA und Russland abhängig. Nur Putin oder Trump sind in der Lage Erdogans Kriegen in Syrien ein Ende zu setzen.

<https://www.heise.de/tp/features/Afrin-ein-Jahr-unter-tuerkischer-Besatzung-4282712.html?seite=all>, 20.01.2019

Der Autor Kamal Sido ist Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

Afrin wird in eine türkische Provinz umgewandelt



Von BÉRITAN SARYA und HEYSEM MUSLIM

Am 20. Januar 2018 begann der Angriff auf Afrin, seit dem 18. März 2018 ist Afrin vom türkischen Staat und seinen Milizen besetzt. Vom ersten Tag an fand in Afrin eine Zerstörung von Geschichte, Natur und Gesellschaft statt. Afrin wird in ein annektiertes und durch ethnische Säuberungen, Assimilation und Vertreibung turkisiertes Gebiet verwandelt. Trotz alledem geht der Widerstand der Bevölkerung von Afrin sowohl direkt gegen die Besatzung als auch im Exil in Şehba weiter.

Die Maßnahmen, die der türkische Staat in Afrin bis heute umgesetzt hat, unterscheiden sich kaum von denen ihres alten Verbündeten, dem IS. So wie sich der IS einst stolz bei der Zerstörung der heiligen Orte und der besetzten Gesellschaften präsentierte, so haben der türkische Staat und seine Milizen gleich am ersten Tag ihres Einmarsches im Stadtzentrum von Afrin die Statue des Schmieds Kawa niedergehauen und ihre Zerstörungswut live in die ganze Welt übertragen. Die Bilder konnten über Rudaw überall gesehen werden, ihre Ausstrahlung erinnerte an die Propagandaufnahmen des IS, auf denen sich die Dschihadisten darstellten, wie sie in der antiken Stadt Palmyra wüteten.

AFP hat „Beutezüge“ aufgenommen

So wie die Besatzungstruppen jeden Ort plünderten, der unter ihre Kontrolle fiel, verfahren sie auch im Stadtzentrum von Afrin. Den Dschihadisten war vom türkischen Staat als Motivation der Besitz der Menschen in Afrin als „Beute“ versprochen worden. Ihre Plünderungen am Besitz, den Geschäften und dem Eigentum der Menschen von Afrin wurden von Fotografen der Nachrichtenagentur AFP dokumentiert. Von diesen Aufnahmen, die auf der ganzen Welt über die Agenturen liefen, unter Druck gesetzt, begannen die USA und die EU, die keine ernsthafte Reaktion auf die Ermordung von Zivilisten bei der Invasion gezeigt hatten, zum ersten Mal zögerlichen Protest anzumelden.

Das Plündergut wurde auf Auktionen verkauft

Das Plündergut aus Afrin wurde von den Milizen in Städte wie Azaz gebracht und dort auf den Märkten auf Auktionen feilgeboten. Die Plünderungen unter der Aufsicht des türkischen Staates erreichten ein derartiges Ausmaß, dass auch manche arabischen Familien, die keinerlei Widerstand gegen die Besetzung geleistet hatten, und sogar Angehörige des ENKS, der aktiv mit der Besetzung kollaboriert, ausgeraubt wurden.

Fünf „offizielle“ Gefängnisse und Dutzende weitere Kerker

Der türkische Staat und seine Milizen haben am 18. März 2018 damit begonnen, praktisch jeden Tag kurdische Menschen zu verschleppen, zu foltern und zu ermorden. Nach Informationen des Zentrums zur Dokumentation und Archivierung von Menschenrechtsverletzungen in Afrin wurden vom 18. März bis zum Ende des Jahres 2018 270 Menschen in Afrin ermordet und 4.500 Menschen verschleppt.

In Afrin gibt es im Moment fünf offizielle Gefängnisse. In Meratê und in Raco befindet sich jeweils ein Gefängnis, in der Stadt Afrin selbst sind Gefängnisse in der Şehîd-Azime-Schule, der Şehîd-Cemal-Schule und im Keller unter dem Gericht eingerichtet worden.

Jede Miliz in Afrin hat außerdem ihre eigenen Gefängnisse errichtet. Nach Angaben des Dokumentationszentrums wurden von den Milizen 260 Häuser zu Kerkern und militärischen Hauptquartieren umgewandelt. Darüber hinaus befinden sich Menschen aus Afrin in Gefängnissen in Azaz, Mare und El-Rai.

Entführung, Folter und Ermordung

Die meisten Entführungen und Razzien fanden in den jesidischen Dörfern Baflunê, Qibarê und Xezewiyê statt. Von den 4.500 Personen, die durch die Besatzungstruppen verschleppt worden, sind 850 „verschwunden“. Von den Verschwundenen sind 159 Frauen.

Der türkische Staat und seine Milizen gingen aus Kurdenfeindlichkeit auch gegen die eigenen Kollaborateure vom ENKS und ihre Familien vor. Statt der erhofften Posten im Besatzungsregime wurden sie ebenfalls zum Ziel von Plünderungen, Entführungen und Folter. Einer der vom türkischen Staat entführten und gefolterten Menschen war der Ko-Bürgermeister des Kreises Şiye, Ehmed Şêxo von der PDK. Insbesondere Angehörige reicher Familien, auch der arabischen, wurden gegen Lösegeld entführt. Die Milizen verlangen Lösegelder im vierstelligen Dollarbereich.

Die Demografie wird verändert

Die Häuser und der Besitz von weit über einhunderttausend Menschen, die Afrin wegen der Invasion verlassen mussten, wurden konfisziert. Der türkische Staat brachte

an ihrer Stelle etwa 80.000 Menschen aus Ghouta, Homs, Qalamun, Hama, Damaskus und anderen Gebieten Syriens in die Region und siedelte diese in Afrin, den Kreisstädten und Dörfern an. Diese Personen wurden auch in verschiedenen Flüchtlingslagern in Afrin untergebracht. Insbesondere Flüchtlinge und Migranten aus Idlib wurden im Kreis Cindirês angesiedelt.

Nach der Invasion wurden einige kurdische Familien, die sich nicht hatten evakuieren lassen, mit Gewalt aus ihren Häusern vertrieben. Im Rahmen der Politik des Bevölkerungsaustauschs und der Annexion begann der türkische Staat den Menschen, die er selbst nach Afrin gebracht hatte, türkische Staatsbürgerschaften zu erteilen.

Zerstörung und Plünderung von Geschichte und Kultur

Während der Invasion wurde das 4.000 Jahre zurückreichende historische und kulturelle Erbe der Region angegriffen und alle historischen Stätten wurden geplündert. Ezidische Heiligtümer und Versammlungsorte wie das Zentrum der ezidischen Union in Afrin wurden gesprengt. In dem am 5. Juni 2018 gesprengten Gebäude befanden sich alte heilige Handschriften aus dem gesamten Mittleren Osten und die einzige erhaltene Statue von Zoroaster. Dieses kulturelle Erbe wurde von den Besatzungstruppen unwiederbringlich vernichtet. In den ezidischen Dörfern wurden Moscheen errichtet.

Grabräuber

Mit den Plünderungen wurden auch Gräber zerstört und ausgeraubt. Viele Mausoleen wurden bis in die Gräber hinein ausgeraubt. Die Julianos-Kirche, der wichtige christliche Pilgerort Mar Maron und das Mausoleum von Şêxmus in Raco sind beredete Beispiele für diese Praxis. Die Museumsdirektion des syrischen Regimes erklärte, dass 16.000 historische Objekte aus Afrin gestohlen und in Museen in der Türkei gebracht worden seien.

Während der türkische Staat die historischen Objekte, Mausoleen und Gräber von seinen Milizen plündern und die geraubten Güter in die Türkei bringen ließ, zerstörte er selbst zwei Friedhöfe mit Gräbern der Gefallenen aus dem Afrin-Widerstand. Auf dem Şehîd-Avesta-Friedhof wurden sogar die Leichen aus dem Boden herausgeholt.

Auch die Natur wurde zerstört

Der türkische Staat ging auch gegen die Natur von Afrin vor. Viele Olivenhaine, manche Jahrtausende alt, wurde niedergebrannt. Während der Invasion konnten die Menschen in Afrin jede Nacht einen weiteren Olivenhain brennen sehen. Bei der Besetzung wurden Dutzende Wälder und mehr als 10.000 Bäume absichtlich in Brand gesetzt.

Plünderung der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft stellt die Haupteinnahmequelle der Menschen in Afrin dar. Die landwirtschaftlichen Produkte wurden nach entsprechenden Abkommen mit den Milizen in die Türkei gebracht. Der Landwirtschaftsrat von Afrin berichtet, dass im Jahr 2017 in Afrin 15.000 Tonnen Weizen produziert wurden und die Produktion 2018 20.000–25.000 Tonnen erreicht hätte, aber der gesamte Weizen vom türkischen Staat und seinen Milizen gestohlen worden sei. Der Weizen sei in die Türkei gebracht worden und dort von tunesischen und türkischen Fabriken verarbeitet worden. Die plündernden Milizen erhielten acht Prozent des erzielten Gewinns.

Der türkische Staat plünderte ebenso wie den Weizen die Olivenproduktion. Beim Dorf Kumlu bei Cindirês wurde extra für die gestohlenen Oliven ein Grenzübergang eingerichtet und die geraubte Ernte auf diesem Weg in die Türkei gebracht. In diesem Jahr wurde eine Olivenernte von ungefähr 220.000 Tonnen eingefahren und in die Türkei transportiert. Die Oliven wurden in der Türkei verarbeitet und teilweise nach Spanien exportiert. Als die Plünderung der Oliven öffentlich thematisiert wurde, erklärte der türkische Landwirtschaftsminister Bekir Pakdemir: „Als Regierung wollen wir nicht, dass die Einnahmen an die PKK gehen“. Damit gab er den Raub offen zu.

Intensive Türkisierungspolitik

Das Stadtbild von Afrin erinnert nicht mehr daran, dass es sich um eine syrische oder kurdische Stadt handelt – in der ganzen Stadt hängen Schilder in türkischer Schrift und türkische Fahnen. Der türkische Staat hat 31 Schulen bei seiner Invasion zerstört und Bildung in kurdischer Sprache verboten. In den Schulen wird ausschließlich auf Türkisch und Arabisch gelehrt. Auch der Lehrplan ist von türkischem Nationalismus durchdrungen. Es gilt ein ähnlicher Lehrplan wie in der Türkei. Die Namen der Schulen wurden geändert, vielfach heißen sie jetzt nach osmanischen Sultanen.

Auch die Namen der Einrichtungen in Afrin wurden geändert. Die Namen von vielen Dörfern und Regionen wurden turkisiert und türkische Ortsschilder aufgestellt. Manche Siedlungen erhielten osmanische oder seldschukische Namen, andere solche von Erdoğan's Familienmitgliedern.

IS und al-Nusra in Afrin

Der türkische Staat beschränkte sich nicht auf Praktiken, die an die Verbrechen des IS erinnerten. An den Angriffen nahmen sogar IS-Dschihadisten in den verschiedenen Gruppen teil. Im Moment befinden sie sich sowohl in verschiedenen Gruppen in Afrin, agieren aber auch immer wieder gemeinsam in eigenen Gruppen. Prominente Beispiele sind Sef Polat Abubakr, der für den IS in Aleppo kämpfte und dann als Kommandant der Firqat al-Hamza der Invasion von Afrin

teilnahm, sowie der Kommandant einer Brigade von Sultan Murad, das ehemalige IS-Mitglied Abu Abd al-Rahman. Am 10. Juli 2018 tauchte eine 15-köpfige IS-Gruppe im Dorf Gir (al-Tir) in Cindirês auf. Ihre Anzahl nimmt ständig zu.

Der türkische Staat hat außerdem Mitglieder der al-Qaida-Fraktion Jabhat al-Nusra aus Idlib nach Afrin gebracht und auf die Milizen in Afrin verteilt. Am 18. September 2018 wurden 400 Mitglieder von al-Nusra nach Afrin gebracht und unter den Milizen Firqat al-Hamza und Faylaq al-Rahman in der Stadt Afrin und in Cindirês verteilt. Unter der Führung von Abu Omar al-Shami schlossen sich in Qibarê ebenfalls 65 Nusra-Mitglieder der Faylaq al-Rahman an.

<https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/efrin-wird-in-eine-tuerkische-provinz-umgewandelt-9116>, 24.01.2019

AFRIN-VERTEIDIGUNGSPLATTFORM:

920 Kriegsverbrechen dokumentiert

Seit dem Einfall der türkischen Armee im nordsyrischen Afrin am 20. Januar 2018 wurden 920 Kriegsverbrechen durch die Besatzungstruppen dokumentiert. Das geht aus einem aktuellen Bericht der Afrin-Verteidigungsplattform hervor.



Seit Beginn des Einfalls der türkischen Armee und seiner dschihadistischen Milizen in Afrin wurden mindestens zwölf Massaker durch die Besatzungstruppen an der Zivilbevölkerung verübt. Fast 750 Zivilist*innen, viele von ihnen Frauen und Kinder, wurden ermordet. Das berichtet die Afrin-Verteidigungsplattform in ihrem aktuellen Bericht. Darüber hinaus wurden Häuser, Felder und Gärten tausender Zivilisten dem Erdboden gleichgemacht, hunderttausende Menschen zur Flucht gezwungen und kulturelle Stätten der Region vernichtet. Seit der Besetzung der Region bis heute ist die Bevölkerung Ziel von Plünderungen, Raub und Diebstahl. Anstelle der vertriebenen

Bevölkerung werden in Afrin Familien von Dschihadisten angesiedelt. Auch die Olivenernte wird von den Besatzern geraubt. Fast 90 Prozent der geernteten Oliven und hergestellten Olivenprodukte hat der türkische Staat bereits an sich genommen. Um höhere Gewinne aus den geraubten Oliven zu erzielen, hat das türkische Militär eigens zu diesem Zweck einen Grenzübergang bei Cindirês eröffnet. Weiterhin wurden hunderte Zivilist*innen in der Region von Milizen zur Lösegelderpressung verschleppt.

Dokumente der Verbrechen in Afrin

Die Juristen haben seit dem ersten Tag der Angriffe auf Afrin die Situation in der Region und die Rechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung dokumentiert. Die Afrin-Verteidigungsplattform konstituiert sich aus Juristen aus allen Teilen Syriens und beschäftigt sich insbesondere mit der Erfassung von Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch das türkische Militär und seine Milizen. Mihemed Seïd von der Plattform berichtet, dass über 900 an der Zivilbevölkerung und deren Besitz begangene Verbrechen dokumentiert und internationalen Einrichtungen des Völkerrechts geschickt wurden. Bisher habe es aber keinerlei Antwort von Seiten dieser Institutionen gegeben.

Die Plattform hat darüber hinaus auch die materiellen Schäden der Menschen aus Afrin, die nun in Şehba leben, mit einbezogen. Diesen Flüchtlingen wurden die Häuser durch Besatzer weggenommen oder zerstört und ein Schaden von einer Dimension von etwa 160 Millionen Euro angerichtet. Seit der Besetzung von Afrin wurden nach Aufzeichnungen der Afrin-Verteidigungsplattform 2.500 Zivilisten verschleppt. 850 dieser Entführten, 145 von ihnen Frauen, sind „verschwunden“.

Der Umgang mit der Zivilbevölkerung in Afrin stellt einen direkten Verstoß gegen internationale Konventionen dar, nach denen Zivilisten im Kriegsfall geschützt werden müssen und die Vertreibung der Zivilbevölkerung, die Ermordung von Kriegsgefangenen und Geiseln, die Ermordung oder Folterung von Gefangenen, Vergewaltigung, die Plünderung des Privatbesitzes und dessen Zerstörung Kriegsverbrechen darstellen. Im Haager Abkommen ist ebenfalls der Schutz der historischen Stätten einer besetzten Region geregelt.

Wenn es um Afrin geht, werden internationale Konventionen ignoriert

Die Gemeinsamkeit der Konventionen ist der Schutz der Zivilbevölkerung und das Prinzip, diese vom Krieg fernzuhalten. Das, was in Afrin passiert, widerspricht den internationalen Abkommen und Konventionen eklatant. Obwohl die Mitglieder der Afrin-Verteidigungsplattform viele Belege und Dokumente zur Situation der Zivilbevölkerung in Afrin und Şehba eingereicht haben, haben Vertreter der interna-

tionalen Völkerrechts- und Menschenrechtsorganisationen bisher nichts unternommen.

<https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/efrin-verteidigungsplattform-920-kriegsverbrechen-dokumentiert-7787>, 15.11.2018

Bericht aus Kobanê

Von Gerhard Trabert aus Kobanê/Nordsyrien, 19.12.2018

Es beeindruckt mich immer wieder, mit welcher Energie und Engagement der Wiederaufbau von Kobanê realisiert wird. Auch jetzt, in der Vorweihnachtszeit 2018, da ich zum fünften Mal in Kobanê sein darf, erkenne ich zahlreiche neue Gebäude, die in jüngster Zeit entstanden sind. Neue Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen, Ausbildungsstätten, ein Waisenhaus für elternlose Kinder. Kobanê die Stadt, die wie keine andere als Symbol für den Widerstand gegen den Islamischen Staat, gegen Terrorismus steht. Eine Stadt deren Bewohner und dessen bauliche Infrastruktur, in einem brutal geführten Kampf, so gelitten hat. Eine Stadt in der eine basisdemokratische kommunale Partizipations- und Entscheidungsstruktur aufgebaut und realisiert wurde. Die für mich den Spirit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit lebt, ein friedliches, von Toleranz geprägtes Miteinander der verschiedenen Ethnien und Religionen. Die Menschen in dieser beeindruckenden Stadt, die Menschen in Nordsyrien, in der Rojava-Region haben erneut Angst vor Krieg und Zerstörung. Ich kann es an ihren Gesichtszügen erkennen. Zahlreiche Menschen treffen ich jetzt zum wiederholten Mal, ich kann ohne Worte ihre Verunsicherung, ihre Enttäuschung alleingelassen zu werden und letztendlich ihre Angst sehen und spüren. Exemplarisch für dieses Empfinden sind für mich folgende Zitate von ärztlichen Kollegen: „Lieber sterben wir hier mit unseren Familien, als wieder zu fliehen.“ „Wir sind so müde immer wieder kämpfen zu müssen, zu hoffen und dann wieder enttäuscht zu werden.“

Auch bei den Kindern von Kobanê kann ich Verunsicherung und Angst erkennen. Sie spüren natürlich auch, dass die Erwachsenen traurig und verunsichert sind.

Unmittelbar an der Grenze zur Türkei liegend, werden sie von dem Antidemokraten Erdogan militärisch bedroht. Erdogan und seine Gefolgsleute diffamieren den kurdisch-arabischen Widerstand gegen den IS, indem er diese Menschen, die für Freiheit und Demokratie gekämpft haben und viele davon gestorben sind, als Terroristen. Erdogan der selbst mit dem IS lange Zeit kooperiert hat und wohl immer noch gute Kontakte zu dieser wahren Terrororganisation besitzt, bezeichnet die wahren Widerstands-

kämpfer als terroristische Bande. Es geht ihm nicht um die Bekämpfung von Terrorismus, es geht ihm um den eigenen Narzissmus und die territoriale Erweiterung der Türkei, und insbesondere um die Unterdrückung und Vernichtung des kurdischen Volkes. Erdogan hat schon in der Afrin-Region völkerrechtswidrig Krieg geführt und gezielt Zivilisten ermorden lassen.

All dies wissen wir in der freien demokratischen Welt, aber wir schweigen. Die NATO, ein Militärbund der freien und demokratischen Welt, zu der auch Deutschland gehört, akzeptiert es, dass ein NATO-Partner Kriegsverbrechen begeht. Wir Akzeptieren diesen Staatsterrorismus, weil wir Angst davor haben den NATO-Partner Türkei zu verlieren. Angst davor haben, dass noch mehr Menschen ins freie Europa fliehen. Wir verlieren dabei unsere eigene Identität. Ein europäisch freiheitliches Selbstverständnis das Toleranz, Mitmenschlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte als Basis unseres Miteinanders gesellschaftlich implementiert hat. Für welche Werte stehen eigentlich noch westliche Demokratien? Sie lassen Menschen im Mittelmeer ertrinken, schließen Grenzen und schauen weg, was mit den Menschen in Kriegs- und Armutsregionen geschieht, und akzeptieren es, wenn Staaten die mit ihnen kooperieren völkerrechtswidrige Kriege führen und Kriegsverbrechen begehen.

Die basisdemokratische Gesellschaftsordnung in Kobanê, in Nordsyrien ist die eigentliche Bedrohung der Erdogan Administration. Wir sollten diese zarte Pflanze der Menschlichkeit, der Demokratie schützen und unterstützen. Leisten wir alle dieser humanitären Katastrophe friedlich aber bestimmt und konsequent Widerstand! Deutsche Panzer töten wieder auf dieser Erde. Deutsche haben die Panzer gebaut, das türkische Militär, unter dem Oberbefehlshaber Erdogan, tötet damit unschuldige Kinder, Frauen und Männer. Die Panzer töten die Demokratie! Wer der Türkei militärisches Gerät, Waffen und Munition verkauft ist mitschuldig an dem Sterben in Syrien.

Wir sollten, nein wir müssen uns mit den Menschen in Kobanê solidarisieren, und wir sollten dies laut und konsequent tun. Und wir sollten dies von den gewählten Vertretern unserer freien Demokratien auch verlangen dürfen!

Ich bin kein Kurde, ich bin kein ideologischer Fundamentalist, ich gehöre keiner Partei an, ich bin ein einfacher Mensch, der versucht für die Menschenrechte einzustehen. Ich versuche, wenn man dies so bezeichnen möchte, ein Menschenrechtsaktivist, gerade auch im Kontext meiner beruflichen Wurzeln als Arzt und Sozialarbeiter, zu sein. Noch nie wurden die Menschenrechte durch demokratische Staaten so umfangreich verletzt wie in dem Jahr 2018.

Das dürfen wir nicht zulassen und akzeptieren!

Aussagen von Ärzten die ich in Kobanê kennenlernen durfte (17.12.2018/18.12.2018):

- „Wir sind hier in Kobanê geboren, da gehört Angst, Not, Leid und Sterben zu unserem Leben dazu.“
- „Wir haben alle große Sorge, verspüren eine große Unsicherheit, mit jedem Tag wissen wir weniger was morgen sein wird.“
- „Lieber sterben wir hier mit unseren Familien, als wieder zu fliehen.“
- „Wir sind so müde immer wieder kämpfen zu müssen, zu hoffen und dann wieder enttäuscht zu werden.“
- „Wir haben Angst, dass Erdogan die arabischen Flüchtlinge instrumentalisiert um sie dann in, von der türkischen Armee besetzte Gebiete, in Rojava zurückzuführen.“
- „Was Erdogan in Wirklichkeit will weiß die ganze Welt. Alle schauen aber nur zu, niemand handelt. Die Welt lässt das Unrecht geschehen!“
- „Erdogan paktiert mit dem IS und anderen terroristischen Gruppen. Er hat es in Afrin getan und er plant es auch gegenüber den demokratischen Gebieten in der Rojava-Region zu tun.“
- „Alle 20-25 Jahre wiederholt sich die kurdische Leidensgeschichte.“
- „Die Türkei, das Assad-Regime, der Iran und Russland haben Angst vor der basisdemokratischen Entwicklung in Nord-syrien.“
- „Die Machtinteressen der Großmächte und der Wirtschaftskonzerne zerstören die Demokratie in Rojava.“
- „Die UN ist ein schönes Gemälde, sie ist eine Illusion des verwirklichten Völkerrechts.“
- „Bis zum Einmarsch der türkischen Armee in Afrin sind zahlreiche geflüchtete Menschen zurück nach Rojava in Syrien gekehrt. Seit der brutalen Willkürherrschaft Erdogans mit seinen Verbündeten, wie dem IS, fliehen die Menschen wieder aus der Region.“
- „Die Angst vor Krieg hat schon konkrete Auswirkungen auf eine deutlich erhöhte Fehl- und Frühgeburtenrate. Heute kam es schon zu 5 Frühgeburten.“

Photovoltaikanlage in Kobanê installiert und übergeben!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Freude teilen wir hiermit mit, dass die Photovoltaikanlage am 8. Dezember, dem internationalen Klima- und Umweltkampftag, an die demokratische Selbstverwaltung der Stadt Kobanê übergeben wurde. Dafür hat sich unsere Initiative in den letzten Jahren aktiv eingesetzt. So wie das Gesundheitszentrum, wurde auch die Photovoltaikanlage von einer weiteren ICOR-Brigade gemeinsam mit den Menschen vor Ort errichtet und in Betrieb genommen. Dazu fand am 8.12.2018 ein Festakt mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, bei dem auch der Co-Vorsitzende des Kantons Kobanê, Enver Müslim, sprach, sowie die ICOR-Hauptkoordinatorin Monika Gärtner-Engel ein Grußwort übermittelte. RF-news berichtet dazu aktuell: <https://www.rfnews.de/2018/kw49/photovoltaikanlage-uebergeben>

Mit Hilfe der kurdischen Freunde gelang es, einen 40-Fuß-Container mit allen notwendigen Gegenständen unversehrt von Deutschland nach Kobanê zu schaffen! Die netzunabhängige Photovoltaikanlage mit 180 Paneelen, samt Blitzschutz, einem Batteriespeicher, notwendiger Elektronik, Wechselrichter und einem neuen Automatik-Generator wurde in nur 4 Wochen auf dem inzwischen wärmeisolierten Dach des Gesundheitszentrums installiert und in Betrieb genommen. Viele Freunde und Unterstützer unserer Initiative waren bei der Planung und Vorbereitung beteiligt.



Die Photovoltaikanlage hat einen Wert von 127.000 Euro und wurde aus Spenden, die unsere Initiative gestützt auf viele Freundinnen und Freunde gesammelt hat, finanziert. Hinzu kommen auch viele unentgeltliche Arbeitsstunden und Leistungen von Unterstützern, Ingenieuren, Organisatoren und den ICOR-Brigadisten, die für die Reisekosten selbst aufgekomen sind.

Die Anlage ist ein Modell und Beispiel für den ökologischen Wiederaufbau in Rojava und Kobanê. Sie garantiert eine unabhängige und ökologische Energieerzeugung für

das Gesundheitszentrum und reduziert dadurch den Verbrauch von Diesel für den bisherigen Generator, der auch durch einen neuen ersetzt wurde. Sie leistet dadurch auch einen Beitrag, die Blockade-Politik der umliegenden Staaten, vor allem der türkischen Regierung, zu durchbrechen. Diese versucht, mit der Kontrolle des Wassers von Euphrat und Tigris, die Region ihren imperialistischen Plänen zu unterwerfen.

Wir freuen uns, dass die Anlage zum Weltklimatag übergeben werden konnte und möchten allen Unterstützern, Spendern und den Brigadisten herzlich danken. Mit einem Spendenstand von rund 117.000 € fehlen noch ca. 10.000 € für die volle Finanzierung. Daher rufen wir dazu auf, das Solar-Projekt mit weiteren Spenden auf das Konto von **Solidarität International**, IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84, BIC: FFVB DEFF (Frankfurter Volksbank), Stichwort: „Ökologischer Wiederaufbau Kobanê“ zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen, Christian Jooß

Kontakt: Prof. Dr. Christian Jooß /Göttingen,
eco-health-center@posteo.de, www.eco-aufbau-rojava.de/
9.12.2018

„Hau ab, es ist genug! Wir werden die Türkei schon irgendwie unterstützen!“

Donald Trump und Recep Tayyip Erdogan trafen am Rande der Zeremonie zum Ende des Ersten Weltkrieges in Paris am 11. November 2018 aufeinander. Shekho Bello, ein Kurde aus Afrin, inspirierte dieses Treffen zu einem literarischen Ausflug. Er stellte sich vor, wie das Gespräch zwischen den beiden Präsidenten verlief.

von Shekho Bello

Trump: Hi Mr. Erdogan!

Erdogan: Assalamu 'alaikum, möge Friede und Barmherzigkeit Allahs und sein Segen mit Euch sein, Herr Präsident!

Trump: Erdogan, was denkst du, ist der Erste Weltkrieg beendet?

Erdogan: Vallahi billahi, unser Krieg gegen die PKK-Terroristen kommt nicht zu Ende. Bereits der Gründer unserer geliebten Republik, Atatürk, führte Krieg gegen diese Terroristen... Daher brauchen wir dringend die Unterstützung und den Beistand unserer Freunde in Amerika und weltweit.

Trump: Erdogan, Sie beschweren sich immer! Ihre Wünsche enden nicht... Sie sind immer wie der kleine Junge, der wie ein Mädchen weint und seufzt... Mein Freund Erdogan, wir sind auch ein Volk und haben einen Staat... und der hat eigene Interessen. Sollen wir etwa auf unsere Interessen verzichten und nur noch an die der Türkei und deren Probleme denken? Die USA sind doch nicht die Bediensteten der Türkei, oder?

Erdogan: Ich entschuldige mich, Herr Präsident! Ich wollte Sie nicht ärgern... Aber können sie denn wenigstens keine Waffen mehr an die Terrororganisation liefern?

Trump: Erdogan, ich hab dir doch erlaubt, Afrin zu besetzen. Ich hab doch meine beiden Augen zgedrückt. Ich schaue immer noch weg, und sage niemandem, was du mit deiner Armee und deinen syrischen Söldnern in Afrin treibst. Du hast uns nicht einmal ein paar Kanister von dem gestohlenen Olivenöl aus Afrin vorbeigebracht! Weder grüne noch schwarze Oliven aus Afrin haben wir zu Gesicht bekommen. Nein, Herr Erdogan, es reicht mir! Ich habe ganze Listen über Opfer, Diebstähle und Details, was du in Afrin verbochen hast. Wir haben dir erlaubt, Afrin zu besetzen, aber bitte nicht so! Kannst du nicht aufhören, die Kurden dort öffentlich zu bestehlen? Als NATO-Partner schämen wir uns für das Verhalten deiner Armee! Wir schämen uns für die Morde, Entführungen, Vergewaltigungen und Brandstiftungen! Selbst einige Verbündete von dir beginnen sich bei uns über das unmögliche Benehmen türkischer Soldaten und islamistischer Söldner zu beschweren! Gestern zum Beispiel erhielt ich einen Bericht einer Menschenrechtsorganisation über die Schweinereien deiner Armee in Afrin. Entschuldige, dass ich von Schweinen rede! Sie sind bei euch Muslimen nicht rein, oder? Den Bericht habe ich noch nicht gelesen, wobei ich ihn nach Paris hätte mitbringen können. Leider habe ich ihn in dann doch Washington vergessen. Meine Mitarbeiter erzählten mir aber von weinenden Kurden, die vor dem Weißen Haus standen, um gegen, sorry, deine Schweinereien in Afrin zu protestieren. Auch deine Anhänger, Kurdengegner der „Pi Way Di“ beginnen sich bei mir über deine Schweinereien, sorry noch einmal, zu beschweren. Sie sagen, dass die Herrschaft der PYD tausendmal besser war als eure islamistische Herrschaft. Nein, Erdogan! Es reicht uns! Das Leben ist schließlich kein Wunschkonzert! Hör auf, jeden Tag wie ein gehässiger Hund zu bellen und Kurden zu drohen!

Erdogan: Herr Präsident, ich entschuldige mich noch einmal für meine Dummheiten! Wir dachten, dass das mit den Terroristen in Afrin innerhalb von einer Woche erledigt wäre. Dann hätten wir in Qamishli und Kobani weitermachen können. Dann wäre überall auch die Flagge, die Flagge Ihres NATO-Verbündeten Türkei, auf allen Gebäuden und an den Spitzen der Hügel und der Berge zu sehen. Herr Präsident, der Widerstand dieser Terroristen war aber überraschend stark. Sie verfügten über modernste Waffen,

wahrscheinlich auch über welche aus den USA... Wir mussten fast zwei Monate lang Tag und Nacht gegen die Terroristen in Afrin kämpfen. Zum Glück sind Russland, der Iran und der Diktator Assad den Terroristen in Afrin nicht zur Hilfe geeilt. Herr Präsident, Putin ist ein Feind des Westens, wir Türken sind schon immer die treuesten Freunde der USA gewesen. Lassen Sie bitte die Türkei nicht allein im Kampf gegen die separatistischen Terroristen! Diese Terroristen sind Feinde Allahs und Feinde des Westens!

Trump: Erdogan, über deine Geschichten kann ich nur lachen... Du hättest wissen müssen, dass Kurden Helden sind. Die Kurden kämpfen seit Jahren tapfer gegen den IS. Ohne diese Kurden, ohne ihre Opferbereitschaft hätte Amerika viele Soldaten verlieren können. Du aber hast die Islamisten großgezogen!

Erdogan: Aber Herr Präsident...! Wir haben den IS unterstützt, weil Obama und Hillary Clinton das wollten und weil wir dafür Anweisungen aus der NATO-Zentrale in Brüssel erhielten.

Trump: Okay, okay... das weiß ich auch! Aber trotzdem, die Türkei muss für unsere Unterstützung bezahlen. Es gibt nichts um sonst! Wir sind hier nicht bei der Wohlfahrt! Es reicht, wir haben der Türkei lang genug gegen die Kurden geholfen, auch im Irak und in der Türkei...

Erdogan: Aber Herr Präsident, wir sind doch Partner bei der NATO!

Trump: Erdogan, jetzt ist es aber Schluss! Wir haben nicht nur türkische Probleme, wir müssen uns auch um die ganze Welt kümmern, auch um die Saudis... Apropos Saudis: Die bringen zwar manchmal Journalisten um, aber für unsere Dienste zahlen sie immer fleißig und rechtzeitig und zwar in harter Währung und nicht in der wertlosen türkischen Lira!

Erdogan: Aber Herr Präsident...!

Trump: Nun ist aber wirklich Schluss! Wenn unsere Frauen nicht anwesend wären, hätte ich dir schon längst eine verpasst... Jetzt verschwinde, ich muss ein paar Sachen twittern... Wir werden die Türkei schon irgendwie unterstützen...

Erdogan: Teşekkürler, danke, Herr Präsident! Allah schütze Sie und Amerika!

Übersetzt von Dr. Kamal Sido, Türkeiexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker

<https://gfbvblog.wordpress.com/2018/11/15/hau-ab-es-ist-genug-wir-werden-die-turkei-schon-irgendwie-unterstutzen/>, 15.11.2018

Verfolgung iranischer Exiloppositionelle in Deutschland

„Dass die Bundesregierung keine Hinweise auf mögliche Anschlagpläne des iranischen Geheimdienstes auf in Deutschland lebende Exiloppositionelle hat, ist eine gute Nachricht. Denn der iranische Geheimdienst hat eine lange Tradition von politischen Morden an exilierten Oppositionellen. Als bekanntestes Beispiel sei das Mykonos-Attentat erwähnt“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Iranische Geheimdienstaktivitäten in Deutschland“ (Drs. 19/6594). Die Abgeordnete weiter:

„Ich sehe in iranischen Oppositionsgruppen wie den Volksmodjahedin oder monarchistischen Schah-Anhängern keine demokratische Alternative zum gegenwärtigen Regime in Teheran. Doch ausländischen Geheimdiensten darf es nicht erlaubt werden, Exiloppositionelle in Deutschland zu verfolgen – und zwar unabhängig davon, wie diese Oppositionsgruppierungen politisch einzuordnen sind. Das gilt für die Geheimdienste des Mullah-Regimes genauso wie für die Spione des türkischen Präsidenten Erdogan.“

Die Anfrage und Antwort sind hier einzusehen:

https://www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2019/01/KA-19_6594-Iranische-Geheimdienstaktivit%C3%A4ten-in-Deutschland.pdf

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE, www.ulla-jelpke.de, www.linksfraktion.de

Iran: Druck auf Opposition sowie ethnische und religiöse Minderheiten wird stärker

40 Jahre nach Beginn der Islamischen Revolution im Iran sieht die Realität für Opposition und Minderheiten in dem Land düster aus. Der Nahostexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Kamal Sido, sagte anlässlich des 40. Jahrestages der Rückkehr des religiösen Führers Ayatollah Khomeini aus dem französischen Exil (1.2.79) in Göttingen: „Nach dem Sturz der repressiven Schah-Monarchie und der Übernahme der Macht durch die schiitischen Mullahs 1979 hat sich die Menschenrechtssituation im Iran nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: Mit willkürlichen Inhaftierungen und drakonischen Strafen verstärkt das Regime den Druck auf demokratische Oppositionelle, Frauenaktivisten, Kurden, Bahai, konvertierte Christen und andere Minderheiten.“

So sollen im Iran im Jahr 2018 mindestens 207 Menschen hingerichtet worden sein, unter ihnen fünf Min-

derjährige. Mehr als 7.000 Personen sollen nach Angaben iranischer Menschenrechtler willkürlich festgenommen worden sein. 1.400 von ihnen waren Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten, 467 Gewerkschaftler, 112 Frauenrechtsaktivisten, 91 Studenten, 50 Medienaktivisten und Journalisten sowie elf Rechtsanwälte. Die meisten Verhaftungen erfolgten während der Proteste gegen die Regierung in den vergangenen Monaten.

Es gab jedoch auch Festnahmen bei Razzien aufgrund religiöser Verfolgung. So wurden 2018 mindestens 67 Christen verhaftet, vor allem Konvertiten. Einige von ihnen wurden bereits vor Gericht gestellt und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere sollen noch auf ihr Gerichtsverfahren warten. Da konvertierte Christen im Iran ihren Glauben nicht öffentlich leben können, gehen sie nach Angaben der GfbV in den Untergrund. Es entstehen immer mehr „Hauskirchen“. Diese werden regelmäßig von iranischen Sicherheitskräften gestürmt und durchsucht. Anwesende Gläubige werden verhaftet.

Im Vielvölkerstaat Iran sind die Volksgruppen der Aseri, Kurden, Araber, Belutschen, Turkmenen, Assyrer sowie andere kleinere ethnische Minderheiten immer noch nicht als eigenständige Völker mit eigener Sprache und Kultur anerkannt. Sie alle werden unterdrückt und diskriminiert. Ähnlich ergeht es allen, deren Weltanschauung und Glauben von der Staatsreligion abweicht. „Angehörige der Religionsgemeinschaften der Baha'i, Sufi-Derwische, Sunniten und christlichen Konvertiten werden immer wieder willkürlich beschuldigt, Spione ausländischer Mächte zu sein, kurzerhand zu Staatsfeinden erklärt und inhaftiert“, berichtete Sido. „Viele von ihnen leiden unter unsäglichsten Bedingungen in iranischen Gefängnissen.“

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.,

K.Sido@gfbv.de, www.gfbv.de

Entwicklungspartnerschaft mit kurdischer Autonomieregion im Nordirak eingehen

Die Bundesregierung muss ihre Entwicklungspolitik mit dem Irak neu ausrichten“, fordert MdB Helin-Evrin Sommer, Sprecherin für Entwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE. zur Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage. Sommer weiter:

„Der Irak ist ein warnendes Beispiel für die langfristigen humanitären, sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Regimechange-Kriegen. Aktuell sind ca. 1,9 Millionen Menschen im Land auf Ernährungshilfen angewiesen. Angesichts dessen ist es zu begrüßen, dass Deutschland seine

humanitäre Hilfe für den Irak noch im laufenden Jahr auf 70 Millionen aufstocken will. Es muss jedoch ausgeschlossen sein, dass das autoritäre Regime in Bagdad die internationale Unterstützung für seine Klientelpolitik missbraucht, um die eigene Herrschaft abzusichern.

Die Bundesregierung sollte ihre bisherige Unterstützung für die kurdische Autonomieregion im Nordirak zu einer Entwicklungspartnerschaft aufwerten. Im Unterschied zu dem repressiven Regime in Bagdad haben sich die Kurden als ein verlässlicher Partner erwiesen. Über eine Million irakische Binnenvertriebene und Kriegsflüchtlinge aus Syrien haben in Südkurdistan eine sichere Zuflucht gefunden. Die Bundesregierung hat nun bestätigt, dass die Geflüchteten sozial wie beruflich schnell integriert werden und es keine nennenswerten Spannungen mit der kurdischen Bevölkerung gibt. Hinzu kommt, dass in der kurdischen Autonomieregion seit 2016 keine Todesurteile mehr vollstreckt wurden, sodass die Gesamtzahl aller Hinrichtungen auf den Zentralirak entfällt. Laut Amnesty International gehörte der Irak 2017 erneut zu denjenigen Staaten, die die meisten Todesstrafen weltweit vollstreckt haben.

Des Weiteren sind die 130.000 Mann starken, regimeloyalen islamistischen Terrormilizen der „Volksmobilisierungseinheiten“ bis heute nicht aufgelöst, sondern lediglich dem Oberbefehl des irakischen Premierministers unterstellt. Sie bilden damit einen Staat im Staate und stellen ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko dar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Terrorgruppen in irgendeiner Weise vom militärischen Know How der Bundeswehr profitieren und Deutschland damit unfreiwillig zur Aufrüstung einer schiitisch-islamistischen Terrorarmee beiträgt. Daher muss der Ausbildungseinsatz der Bundeswehr mit den zentralirakischen Streitkräften sofort beendet werden.“

Helin Evrim Sommer, MdB,

helin-evrim.sommer.ma04@bundestag.de

Auszeichnung für mutige Kurdin

Rolf Gössner

**Leyla Imret, Bürgermeisterin von Cizre (Türkei),
mit Carl-von-Ossietzky-Medaille 2018 geehrt.**

Die kurdische Kommunalpolitikerin und Bürgermeisterin Leyla Imret aus Cizre in der Türkei ist kürzlich von der Internationalen Liga für Menschenrechte mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2018 ausgezeichnet worden. Die Verleihungsfeier fand im Grips Theater Berlin statt. Zusammen mit Imret hat auch der Diplom-Sozialarbeiter Ottmar Miles-Paul aus Kassel, ehemaliger rheinland-pfälzischer Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen,

die Medaille erhalten. In der Begründung der Liga heißt es: „Mit ihrem herausragenden Engagement setzen sich beide Auszuzeichnende mit allem Nachdruck für die Rechte benachteiligter und unterdrückter Menschen ein; sie lenken damit den Blick der Öffentlichkeit auf die soziale und politische Ausgrenzung und Unterdrückung von Minderheiten.“



Die nach dem Publizisten, Pazifisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky benannte Medaille verleiht die Liga schon seit 1962. Ausgezeichnet werden Personen oder Gruppen, die sich durch Zivilcourage und herausragendes Engagement um die Verwirklichung und Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens verdient gemacht haben. 2016 zeichnete die Liga das Seentretungsprojekt SOS-Mediterranee und den Dokumentarfilmografen Kai Wiedenhöfer aus, 2014 den Whistleblower Edward Snowden, die Filmregisseurin Laura Poitras sowie den Journalisten Glenn Greenwald.

Zurück zu Leyla Imret, einer ganz außergewöhnlichen jungen Frau, deren bisheriges bewegtes Leben sich im kurdischen Südosten der Türkei, dann überwiegend in Norddeutschland, danach wieder in der Türkei abgespielt hat. Wie kam es dazu? Leyla Imret wurde 1987 in Cizre geboren, einer kurdischen Stadt in der Provinz Şırnak in Südostanatolien, am Fluss Tigris gelegen und nahe der Grenze zu Syrien und Irak. Ihr Vater war Widerstandskämpfer der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Türkische Sicherheitskräfte töteten ihn 1991, als Leyla gerade vier Jahre alt war. Ihre gesamte Familie geriet zunehmend in Gefahr, weshalb ihre Mutter Leyla im Alter von sieben Jahren zu Verwandten nach Deutschland schickte. Seitdem lebte sie in Osterholz-Scharmbeck in der Nähe von Bremen, wo sie eine behütete Kindheit und Jugend verbrachte, die Schule besuchte und schließlich eine Ausbildung zur Friseurin absolvierte.

Erst nach 13 Jahren sah sie ihre Mutter und ihre Geschwister in der Türkei wieder. Und nach fast zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik entschließt sich die junge Kurdin 2013, endgültig in ihre Geburtsstadt Cizre zurückzukehren. Eine mutige und riskante Entscheidung – auch wenn es damals Zeiten des Waffenstillstands und des Dialogs waren zwischen dem türkischen Staat sowie Kurden und

PKK. Doch schon bald traf Leyla Imret eine folgenschwere Entscheidung: Sie nahm 2014 für die linksoppositionelle prokurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) mehr oder weniger spontan an der türkischen Kommunalwahl teil und kandidierte für das Bürgermeisteramt ihrer Heimatstadt. Und tatsächlich erhielt sie über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen und wurde zur Bürgermeisterin von Cizre gewählt – eine Sensation. Der Name und das hohe Ansehen ihres Vaters, der als Widerstandskämpfer für die Freiheit der Kurden gekämpft hatte und dabei von türkischen Sicherheitskräften erschossen worden war, zeigte in Cizre immer noch Wirkung. Leyla Imret ist die erste Bürgermeisterin des Ortes und zählte mit 26 Jahren zu den jüngsten Bürgermeistern der Türkei. In der Bevölkerung ist sie äußerst beliebt und populär. Während ihrer Amtszeit setzt sie sich mit aller Kraft für Wiederaufbau, Gleichberechtigung und menschenwürdige Lebensbedingungen der rund 140.000 Einwohner zählenden Stadt ein – eine vom Krieg der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung gebeutelte Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen sozialen und strukturellen Problemen.

Leyla Imret hatte ihre Freiheit und Sicherheit in der Bundesrepublik aufgegeben, um sich für die Freiheit ihrer Stadt und ihres Volkes einzusetzen – und geriet schon ein Jahr später in dramatische Turbulenzen. Nach den türkischen Parlamentswahlen 2015, als die prokurdische HDP über 13 Prozent der Stimmen gewann und damit als drittstärkste Fraktion die absolute Mehrheit der regierenden AKP kippte, flammte der türkisch-kurdische Konflikt auf. Betrieben von Präsident Erdoğan und seiner AKP-Regierung wieder auf. Im Herbst 2015, während Zentraleuropa mit der sogenannten Flüchtlingskrise beschäftigt war, führte die Türkei einen regelrechten Krieg gegen kurdische Städte und ihre Bewohner, verhängte die Regierung Ausgangssperren über mehrere Orte im Südosten des Landes, so auch über Cizre, kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdische Zivilbevölkerung.

Das türkische Militär bekämpfte die PKK mit schweren Kriegswaffen – zum Teil aus deutscher Produktion. Cizre gleicht in vielen Bezirken einer Geisterstadt, ganze Stadtteile sind verwüstet, viele Menschen getötet und Überlebende vertrieben worden.

Im September 2015 eröffnet die türkische Staatsanwaltschaft gegen Leyla Imret ein Strafverfahren wegen „Aufwiegelung des Volkes gegen den Staat“ und „Propaganda für eine Terrororganisation“ – den Verdacht lieferte ein Interview, das sie ausländischen Medien gegeben hatte, in dem sie angesichts der aktuellen Situation von „Bürgerkrieg“ gesprochen haben soll. Ihr drohen 40 Jahre Haft. Kurze Zeit später wird sie – nach zwei Jahren Amtszeit – durch den türkischen Innenminister ihres Amtes enthoben und die Stadt später einer Zwangsverwaltung unterworfen.

Leyla Imret versuchte dennoch, in Cizre weiterzuarbeiten, hob noch ein Jugendzentrum für Jugendliche aus der Taufe und plante ein Kultur- und Bildungszentrum für Frauen. Dann geriet sie in akute Gefahr, erlebte eine Wohnungsdurchsuchung, mehrmalige Verhaftungen und Freilassung unter Polizeiaufsicht. Zeitweise galt sie als verschollen – woraufhin sich der Kreistag des Landkreises Osterholz in einer Resolution mit der Bürgermeisterin von Cizre solidarisch erklärte, ihre Freilassung und die Einhaltung der Menschenrechte forderte.

Nach dem Putschversuch eines Teils des türkischen Militärs im Sommer 2016 und angesichts ihrer eigenen politischen Verfolgung in der Türkei tauchte Leyla Imret unter, flüchtete außer Landes und schlug sich 2017 über den Nord-Irak in ihre zweite Heimat, nach Deutschland, durch. Nach mehreren Festnahmen und Freilassungen unter Auflagen, so Imret, habe sie sich willkürlicher Bedrohung ausgesetzt gesehen, und angesichts der katastrophalen Menschenrechtssituation in der Türkei sei ihr Vertrauen in türkische Gerichte und auf ein faires Verfahren geschwunden. Auch in der Bundesrepublik lebt sie wegen ihres politischen Engagements und angesichts eines dichten türkischen Spitzel- und Agentennetzes nicht wirklich sicher – lebt deshalb zeitweise im Verborgenen. Tatsächlich müssen Kurden, Kritiker und Gegner des autokratischen türkischen Regimes auch hierzulande in einem Klima der Angst leben – in Angst vor Bespitzelung, Verfolgung und Bedrohung oder müssen gar um ihr Leben fürchten. Sie fühlen sich vom bundesdeutschen Staat insoweit jedenfalls nicht ausreichend geschützt.

Leyla Imret, deren eindrucksvolles Leben und Schicksal die Berliner Regisseurin Asli Özarlan in einem mehrfach preisgekrönten Dokumentarfilm nachgezeichnet hat („Dil Leyla“, 2017), setzt sich auch von hier aus weiterhin unerschrocken für eine friedliche und gerechte Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ein sowie für die Verwirklichung der Menschenrechte in der Türkei – aber auch gegen bundesdeutsche Waffenexporte in die Türkei und eine allzu enge deutsch-türkische Kooperation in „Sicherheitsfragen“ und in Sachen europäischer Flüchtlingsdeal. Sie fühlt sich auch im bundesdeutschen Exil für die Stadt Cizre und ihre Bevölkerung verantwortlich, deren demokratisch gewählte Bürgermeisterin sie weiterhin ist; und sie setzt sich immer noch für Friedensgespräche zwischen der Türkei und der PKK ein. Denn: „Um die Türkei zu demokratisieren“, so Leyla Imret, „muss die Kurdenfrage gelöst werden ... Die Menschen sind erschöpft von der Gewalt.“ Trotz ihrer persönlichen Gefährdung zögerte Leyla Imret nicht, als sachverständige Zeugin vor dem nichtstaatlichen Internationalen Tribunal der Völker („Permanent Peoples' Tribunal on Turkey and Kurds“) in Paris zu den unfassbaren Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates in ihrer Stadt auszusagen.

Das Tribunal widmete sich im März 2018 den gravierenden Vorwürfen, die türkische Armee habe 2015 und 2016 im kurdischen Südosten Verbrechen und Massaker begangen. Es ging dabei auch um den Vorwurf, die türkische Armee habe Anfang 2016 in Cizre mehrere Keller, in denen Bewohner der Stadt Zuflucht gesucht hatten, beschossen, wobei zahlreiche Menschen verbrannten und ärztliche Hilfe bewusst verhindert worden sei.

Eines der sieben Mitglieder des Tribunals, der Hamburger Politikwissenschaftler und Völkerrechtler Norman Paech, hielt anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille die Laudatio auf Leyla Imret. Bereits am 25. Mai 2018 hatte das Tribunal seine Entscheidung verkündet: Die Türkei wird verurteilt wegen systematischer Menschenrechtsverletzungen, Kriegs- und Staatsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung. Im November 2018 reiste Leyla Imret dann nach Straßburg, um auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Zeugin zu den Übergriffen während der türkischen Militäraktionen in Cizre auszusagen. Das Urteil steht noch aus.

Leyla Imret hat die Carl-von-Ossietzky-Medaille wegen ihres mutigen Engagements für die Rechte der kurdischen Bevölkerung in Cizre, für die politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei, für demokratische Autonomie und Gerechtigkeit mehr als verdient. Sie kämpft für einen konföderalistischen Staat, in dem alle Menschen unabhängig von ihrem ethnischen oder religiösen Hintergrund gleichgestellt sind.

Leyla Imret holt gerade das Abitur nach, möchte Politik- und Verwaltungswissenschaft studieren. Eine beeindruckende Persönlichkeit, eine starke Frau und Hoffnungsträgerin für die kurdische Bevölkerung hier und in der Türkei. Sie ist inzwischen eine der beiden Deutschland-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), deren ehemaliger Vorsitzender Selahattin Demirtaş seit 2016 in türkischer Haft sitzt - obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese überlange U-Haft vor Kurzem für rechtswidrig erklärte und die Türkei aufforderte, Demirtaş zu entlassen.

Doch die türkische Justiz widersetzt sich offen und im Einklang mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan dieser Entscheidung und hat eine Verurteilung von Demirtaş wegen „Terrorpropaganda“ zu vier Jahren und acht Monaten Haft im Berufungsprozess kurzerhand bestätigt. Damit ist die U-Haft in eine Strafhaft übergegangen. In einem weiteren Verfahren gegen Demirtaş fordert die Staatsanwaltschaft insgesamt 142 Jahre Gefängnis.

Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist, ist Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie Mitherausgeber von „Ossietzky“. Als Anwalt, Prozessbeobachter, Delegationsteilnehmer und Referent beschäftigt er sich schon lange mit der politischen Entwicklung der Türkei, mit der kurdischen Frage und einer verhängnisvollen deutsch-türkischen

„Sicherheitskooperation“ (vgl. „Ossietzky“ Nr. 19 v. 7.10.2017).
Kurztrailer zum Film „Dil Leyla“: <https://www.youtube.com/watch?v=qli4o5U5pil>
Gesamter Film unter: <https://vimeo.com/ondemand/dilleyla>; <http://www.ossietzky.net/>

„Kann die Türkei noch ein Bündnispartner sein?“

Das Kölner Plenum „Frieden und Freiheit für die Türkei und Kurdistan“ ist ein Zusammenschluss türkischer, kurdischer und „deutscher“ Friedens- und Menschenrechtsgruppen.

Wir haben im März 2018 eine breit unterstützte Demonstration gegen den türkischen Angriffskrieg gegen Afrin organisiert. Nach dieser Demonstration ist die Idee entstanden, eine Podiums- und Diskussionsveranstaltung mit dem Kölner MdB Dr. Rolf Mützenich, der auch Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags ist, zu organisieren.

Herr Dr. Mützenich hat uns dann mehrfach Termine zugesagt, diese aber dann jeweils wieder absagen müssen. Schließlich konnte er uns verbindlich den 15. November 2018 zusagen, den er dann aber aufgrund eines Sterbefalls in seiner Familie kurzfristig wieder absagen musste.

Wir konnten neben Herrn Dr. Mützenich als Fachpolitiker aus der SPD, Mesale Tolu, die als deutsche Staatsbürgerin aufgrund ihrer journalistischen Arbeit rund ein Jahr in der Türkei inhaftiert war und Dr. Rolf Gössner für das Podium gewinnen. Die Moderation wurde von Birgit Morgenrath übernommen.



Nach der kurzfristigen Absage von Herrn Mützenich konnten wir Memo Sahin vom Dialogkreis Türkei-Kurdistan für das Podium gewinnen.

Jörg Detjen begrüßte die Gäste der Veranstaltung im Namen des Plenums und berichtete vor allem über eine Delegationsreise, die einige Tage später zur Beobachtung des Prozesses gegen Adil Demirci in die Türkei gefahren ist.

Zu Beginn der mit rund 100 Menschen gut besuchten Veranstaltung berichtete der Bruder des in der Türkei wegen „Terrorismus“ angeklagten Kölner Sozialarbeiter und Journalisten Adil Demirci vom für den 20.11.18 terminierten Prozess. Dilan Örs, Tochter der Kölner Musikerin Hozan Cane, die am Tag vor unserer Veranstaltung in der Türkei zu 6 Jahren wegen angeblicher „Unterstützung der PKK“ verurteilt worden ist berichtete über den Prozess.

Mesale Tolu berichtete über Ihre Inhaftierung in der Türkei und die Wichtigkeit der Solidarität. Memo Sahin referierte über die Entwicklung in der Türkei und in Kurdistan, aber auch das Verhalten der Deutschen Regierung und der Europäischen Union wie Waffenexporte, Kriminalisierung und Repression gegen die dortige Opposition.

Dr. Rolf Gössner sprach in seinem Beitrag v.a. über die geheimdienstliche und polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der BRD (und Europas) und der Türkei bei der Verfolgung Oppositioneller. Herr Dr. Mützenich hat für die Veranstaltung ein Grußwort und eine Stellungnahme geschrieben, die dann verlesen und vorher schon ausgelegt worden ist.

In der anschließenden Diskussion auch mit dem Publikum betonten alle Teilnehmenden, dass Druck v.a. auf die Bundesregierung und Solidarität mit den in der Türkei (aber auch durch die Türkei hier) Verfolgten wichtig ist. Unsere Veranstaltung hat zudem ein Team der Fernsehsendung ttt genutzt, um Interviews mit Dilan Örs und Mesale Tolu zu machen (Sendung vom 18.11.18 – <https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/ttt/videos/ttt-18112018-hozan-cane-video-100.html>)

Kölner*innen fordern Freilassung von Hozan Canê und Adil Demirci

Mit nachstehendes Schreiben lud die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Frau Reker zu einer fraktionsübergreifenden Veranstaltung im Rathaus ein.

„Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Motto „Freiheit für die Kölnerin Hozan Cane und den Kölner Adil Demirci!“ veranstalten das Referat für internationale Angelegenheiten zusammen mit den Ratsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP sowie den Ratsgruppen BUNT und GUT am Dienstag, 15. Januar 2019, 18:30 bis 20:00 Uhr im Rathaus (Spanischer Bau), Ratssaal ein Rathausgespräch mit folgendem Programm: Vorträge von Rechtsanwältin Newroz Akalin zum Berufungsverfahren von Hozan Canê und Rechtsanwalt Mustafa Peköz zum bevorstehenden Prozess gegen Adil Demirci am 14. Februar 2019 in Istanbul.

Talkrunde mit der Tochter Dilan Örs und dem Bruder Tamer Demirci, Vertreter/innen der Fraktionen im Kölner Rat: Christian Joisten (SPD), Dr. Helge Schlieben (CDU), Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen), Jörg Detjen (DIE LINKE), Katja Hoyer, (FDP) sowie Anke Brunn (Präsidium IB) und Berivan Aymaz, MdL (Bündnis 90/Die Grünen) Moderation: Ratsmitglieder Martin Erkelenz (CDU) und Güldane Tokyürek (DIE LINKE)

Zu dieser Veranstaltung lade ich Sie herzlich ein.
Freundliche Grüße, Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln“



© Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Auf der gut besuchten Veranstaltung, die von Frau Reker eröffnet wurde, wurde folgender Appell verabschiedet:

Kölner Appell:

„Freilassung von Hozan Cane und Adil Demirci“

Am 27. September 2018 hat der Rat der Stadt Köln in einer Resolution die Städtepartnerschaft zwischen Istanbul und Köln als „gelebtes Zeichen der Verbundenheit zwischen der Türkei und der Stadt Köln, in der über 98.000 Bürgerinnen und Bürger türkischer Herkunft leben“, bezeichnet und dabei auch die Notwendigkeit eines kritischen Dialogs über die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit betont. Darüber hinaus hat der Rat die türkische Regierung aufgefordert, zu rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien zurückzukehren und die „Meinungs- und Presse- und Kunstfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsrechte“ wiederherzustellen.

Trotzdem sitzt der Kölner Adil Demirci seit neun Monaten in Untersuchungshaft. Und die Kölner Künstlerin Hozan Cane wurde zu sechs Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Hozan Cane und Adil Demirci sind deutsche Staatsbürger und leben in Köln. Beide haben sich nach allen vorliegenden Informationen nichts zu Schulden kommen lassen.

Die Türkei ist Mitglied des Europarates und muss sich an die geltenden europäischen Verträge halten. Wir, die im Kölner Rat vertretenen demokratischen Parteien, fordern deshalb die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Türkei, insbesondere des Artikels 5

(Recht auf Freiheit und Sicherheit). Vor allem aber fordern wir die sofortige Freilassung von Hozan Cane und Adil Demirci.

Köln, den 15. Januar 2019, Fraktionen im Rat der Stadt Köln: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP und die Ratsgruppen BUNT und GUT

IPPNW-Delegationsreise

Geplant ist die Delegationsreise vom 16. bis 30.3.2019. Flug nach Istanbul und dann weiter nach Diyarbakir oder vielleicht diesmal Van?

Einige Teilnehmende möchten gerne die „Häuser der Hoffnung“ in Sirnak sehen und nach Rojava weiterreisen. Noch ist Platz für alle Wünsche.

„Suche Frieden und jage ihm nach“ aus Psalm 34 ist die Jahreslosung für 2019. Wenn das keine Herausforderung ist!

**Anmeldungen an Dr. Gisela Penteker,
Penteker@t-online.de**

NEUERSCHEINUNG

taz gazete: „Nicht loslassen“



Zweieinhalb Jahre nach dem Putschversuch bleibt die Türkei kompliziert und die Zukunft weiter ungewiss. Das deutsch-türkische Online-Portal taz gazete berichtet seit dieser Zeit weiter über Menschenrechtsverletzungen und die schwindende Pressefreiheit in der Türkei. Nun ist das zweite Journal der gazete-Redaktion mit dem mutigen

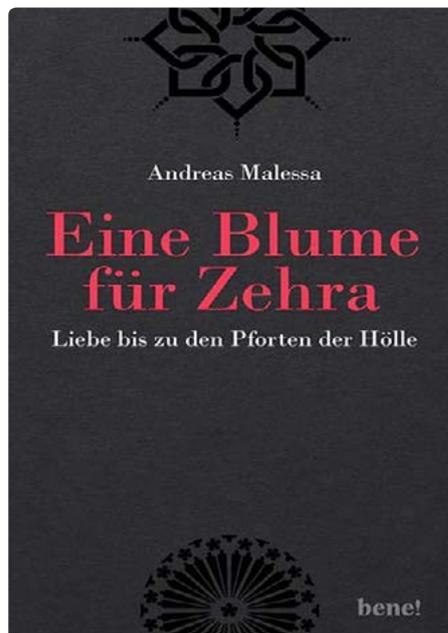
Motto „Nicht loslassen“ erschienen. Der Kauf des Journals trägt zur Finanzierung dieses Projekts der taz Panter Stiftung bei.

Die Suche nach einer anderen Zukunft vereint viele Menschen aus der Türkei, so unterschiedlich ihre persönliche Situation und ihre Geschichten auch sein mögen. Wie geht es für sie weiter, ob nun in der Türkei oder im Exil? Im neuen Journal „Nicht loslassen“ widmet sich taz gazete genau dieser Frage. Angesichts der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei gilt es auch in Deutschland mehr denn je, nicht locker zu lassen. taz gazete bleibt solidarisch – bleiben Sie es auch und unterstützen Sie mit dem Kauf des neuen Journals taz gazete – das deutsch-türkische Projekt der taz Panter Stiftung.

Unter nachfolgendem Link können Sie sich ein Bild von der neuen Ausgabe machen:

https://download.taz.de/gazete_Journal_No2_Inhalte.pdf
taz.de/gazetejournal, gazete.taz.de,
geno@taz.de, Internet www.taz.de

Eine Blume für Zehra



Spannend: Michael Blume, Referatsleiter im Staatsministerium von Baden-Württemberg, und sein Team haben mehr als 1.000 Frauen und Kinder aus den Fängen der IS-Terroristen gerettet – darunter Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad.

Berührend: die Kraft der Liebe und der Einsatz für das Gute.

Ein gutes Beispiel: Die Geschichte von Zehra und Michael Blume zeigt, wie eine Beziehung zwischen einer Muslimin und einem Christen gelingen kann.

Michael Blume setzt alles auf eine Karte, wenn es darum geht, Menschenleben zu retten und Terroropfern eine Zukunft zu ermöglichen. Mit seinem kleinen Team ist er 14-mal während des Krieges in den Nordirak gereist, bis zu den Pforten der Hölle. Eine der nach Deutschland evakuierten Frauen, Nadia Murad, wurde 2018 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Michael Blume ist ein romantischer Typ. Mit einer welken Geranie tritt er vor Zehra, um ihr seine Liebe zu gestehen – und das halbe Mädchengymnasium schaut zu. Mit angezogener Handbremse kurvt er durch den Schwarzwald, um seine Jugendliebe zu sehen. Später lernt das junge Paar schnell, welche Verwicklungen eine deutsch-türkische Liebe in der Provinz mit sich bringt – gerade wenn es um Glaubensfragen zwischen Christentum und Islam geht.

Michael Blume überrascht. Man muss lachen und weinen, wenn man ihn auf seinem Weg begleitet. Leidet mit, wenn ihn der Verfassungsschutz wegen Terrorverdacht öffentlich an den Pranger stellt. Und man merkt: Um andere sorgt er sich meist mehr als um sich selbst. Es ist seiner Frau Zehra und ihm ein Herzensanliegen, dass wir einander besser verstehen und respektieren – gerade auch in Glaubens- und Wertefragen.

Ganz nebenbei ist dieses von Journalist Andreas Malessa furios erzählte Buch ein Stück deutscher Geschichte im Kleinformat.

bene! · Verlagsgruppe Droemer Knauer GmbH & Co. KG

ISBN 978-3-96340-036-0

https://www.droemer-knauer.de/sixcms/detail.php?template=dkr_suche_start&fulltext=Eine+Blume+f%C3%BCr+Zehra

Cr+Zehra

Für die Bereitstellung der Karikaturen danken wir Klaus Stuttmann sehr.
<http://www.stuttmann-karikaturen.de>

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., info@civaka-azad.org, www.civaka-azad.org

Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de

Institut für Kurdische Studien e.V., <http://www.ifkurds.de>

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, www.pen-kurd.org/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), www.tesev.org.tr/eng/

Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de

